 **Die Sparkasse Bremen AG**
Am Brill 1-3, 28195 Bremen

Basisprospekt vom 29. August 2008

für **Inhaberschuldverschreibungen**

[mit fester Verzinsung] [mit fester Stufen-Verzinsung] [ohne periodische Verzinsung] [mit variabler Verzinsung] [mit Reverse Floating Verzinsung] [mit Kündigungsrecht der Emittentin] [ohne Kündigungsrecht der Emittentin]

INHALTSVERZEICHNIS

1	ZUSAMMENFASSUNG DES PROSPEKTES.....	6
1.1	Wichtige Hinweise	6
1.2	Die Sparkasse Bremen AG	6
1.2.1	Kurzbeschreibung der Emittentin	6
1.2.2	Zusammenfassung ausgewählter Finanzinformationen	9
1.2.3	Risikofaktoren hinsichtlich der Emittentin	11
1.3	Die Inhaberschuldverschreibungen	12
1.3.1	Beschreibung	12
1.3.2	Risikofaktoren hinsichtlich der Wertpapiere	13
2	RISIKOFAKTOREN	16
2.1	Emittentin	16
2.2	Wertpapiere	19
3	EMITTENTENBESCHREIBUNG.....	23
3.1	Angaben zur Emittentin	23
3.1.1	Verantwortliche Personen	23
3.1.2	Abschlussprüfer	23
3.1.3	Angaben über die Emittentin	24
3.1.3.1	Juristischer Name und Handelsregistereintragung	24
3.1.3.2	Gründung der Die Sparkasse Bremen AG	24
3.1.3.3	Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz	24
3.1.3.4	Geschäftsanschrift und Internetpräsenz	24
3.1.3.5	Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind	24

3.1.4	Geschäftsüberblick	25
3.1.4.1	Aufgaben und Funktionen	25
3.1.4.2	Geschäftsfelder	25
3.1.4.3	Geschäftsgebiet	26
3.1.5	Organisationsstruktur	26
3.1.6	Trendinformationen	27
3.1.7	Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane	28
3.1.7.1	Organe	28
3.1.7.2	Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder	28
3.1.7.3	Die Hauptversammlung	30
3.1.7.4	Interessenkonflikte	30
3.1.8	Hauptaktionär der Die Sparkasse Bremen AG	31
3.1.9	Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin	31
3.1.9.1	Geschäftsjahr	31
3.1.9.2	Historische Finanzinformationen	31
3.1.10	Gerichts- und Schiedsverfahren	32
3.1.11	Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Die Sparkasse Bremen AG	32
3.1.12	Einsehbare Dokumente	32
3.2	Historische Finanzinformationen	32
4	WERTPAPIERBESCHREIBUNG FÜR SCHULDVERSCHREIBUNGEN DER DIE SPARKASSE BREMEN AG	32
4.1	Allgemeines	32
4.2	Verantwortliche Personen	33
4.3	Wichtige Angaben	34
4.3.1	Interessen - einschließlich der Interessenkonflikte	34
4.3.2	Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses	34

4.4	Angaben über die anzubietenden nachrangigen oder nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit fester, mit fester Stufen-, ohne periodische, mit variabler oder mit Reverse Floating Verzinsung	34
4.4.1	Wertpapiergattung, Identifikationsnummer	34
4.4.2	Anwendbares Recht	34
4.4.3	Verbriefung	35
4.4.4	Währung	35
4.4.5	Status und Rang	35
4.4.6	Kündigungsrecht der Emittentin	36
4.4.7	Verzinsung	37
4.4.8	Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung	41
4.4.9	Rendite	41
4.4.10	Ermächtigung	42
4.4.11	Emissionstermin	42
4.4.12	Übertragbarkeit der Wertpapiere	42
4.4.13	Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland	42
4.4.14	Verkaufsbeschränkungen	43
4.5	Bedingungen und Konditionen des Angebots	43
4.5.1	Angebotsstatistiken, Zeitplan und erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung des Angebots	43
4.5.1.1	Emissionsvolumen, Stückelung	43
4.5.1.2	Beginn des öffentlichen Angebots und Verkaufsbeginn	44
4.5.1.3	Lieferung der Wertpapiere	44
4.5.2	Potentielle Investoren	44
4.5.3	Kursfestsetzung, Verkaufskurs	44
4.5.4	Platzierung und Emission	44
4.5.4.1	Platzierung	44
4.5.4.2	Zahl- und Hinterlegungsstelle	45
4.6	Zulassung zum Handel	45

4.7	Zusätzliche Informationen	45
4.7.1	Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden	45
4.7.2	Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen	45
4.7.3	Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen	46
5	ANLEIHEBEDINGUNGEN	46
6	ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN	54
7	ANHANG MIT HISTORISCHEN FINANZINFORMATIONEN	60
	Lagebericht 2006	F 01/06
	Jahresabschluss 2006	F 19/06
	Jahresbilanz	F 20/06
	Gewinn- und Verlust-Rechnung	F 22/06
	Anhang	F 23/06
	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F 35/06
	Lagebericht 2007	F 01/07
	Jahresabschluss 2007	F 15/07
	Jahresbilanz	F 16/07
	Gewinn- und Verlust-Rechnung	F 18/07
	Anhang	F 19/07
	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F 31/07
8	UNTERSCHRIFTENSEITE	61

1 Zusammenfassung des Prospektes

1.1 Wichtige Hinweise

Die nachfolgende Zusammenfassung ist als Einführung zu diesem Basisprospekt (nachfolgend auch „Prospekt“ genannt) zu verstehen. Die Zusammenfassung ist im Zusammenhang mit dem gesamten Inhalt des Basisprospektes einschließlich der durch Verweis einbezogenen Dokumente sowie etwaigen Nachträgen zu lesen. Eine Anlageentscheidung sollte daher nicht allein auf diese Zusammenfassung gestützt, sondern erst nach Studium des Basisprospektes einschließlich der durch Verweis einbezogenen Dokumente sowie etwaiger Nachträge und der Endgültigen Bedingungen im Sinne des Art. 26 Abs. 5 Verordnung (EG) Nr. 809/2004 und § 6 des Wertpapierprospektgesetzes (WpPG) (nachfolgend „Endgültige Bedingungen“ genannt) getroffen werden, die im Zusammenhang mit der Emission von Inhaberschuldverschreibungen (nachfolgend auch „Schuldverschreibungen“ genannt) stehen. Die Sparkasse Bremen AG (nachfolgend auch „Emittentin“ genannt) haftet für den Inhalt dieser Zusammenfassung, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird. Jeder Anleger sollte sich darüber bewusst sein, dass für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in einem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben könnte.

1.2 Die Sparkasse Bremen AG

1.2.1 Kurzbeschreibung der Emittentin

Bezeichnung	Die Sparkasse Bremen AG
Rechtsform	Die Sparkasse Bremen AG ist eine öffentliche Sparkasse des Privatrechts in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Sie ist eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht Bremen unter der Nummer HR B 21770.

Rechtsordnung	Deutsches Recht
Sitz	Bremen
Hauptaktionär	Alleingesellschafterin der Die Sparkasse Bremen AG ist die Finanzholding der Sparkasse in Bremen in der Rechtsform eines eingetragenen wirtschaftlichen Vereins mit Rechtsfähigkeit kraft staatlicher Verleihung. Träger der Finanzholding sind deren Mitglieder. Mitglieder sind die Stadtgemeinde Bremen, die Vorstandsmitglieder, der Konsulent sowie natürliche Personen, die von der Mitgliederversammlung im Wege des Selbstergänzungsrechts gewählt werden.
Aufgaben	Die Sparkasse Bremen AG erbringt gemäß ihrer Satzung geld- und kreditwirtschaftliche Leitungen nach wirtschaftlichen Grundsätzen und den Anforderungen des Marktes unter Berücksichtigung ihrer am Gemeinwohl orientierten Aufgabenstellung. Sie gibt insbesondere Gelegenheit zur sicheren und verzinslichen Anlage von Ersparnissen und anderen Geldern, fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und dient der Befriedigung des Kreditbedarfs der örtlichen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Mittelstandes.
Organe	Organe sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.
Geschäftsfelder	Gegenstand der Geschäftstätigkeit der Die Sparkasse Bremen AG ist der Betrieb von Bankgeschäften jeder Art gemäß § 1 Abs. 1 KWG sowie das Erbringen von Finanzdienstleistungen gemäß § 1 Abs. 1a KWG und sonstigen Dienstleistungen. Ausgenommen hiervon ist das Investmentgeschäft gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 KWG. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt in der Region Bremen.

In begründeten Ausnahmefällen wird Die Sparkasse Bremen AG auch überregional und international tätig.

Ausgewählte wichtige
Ereignisse aus jüngster Zeit
in der Geschäftstätigkeit
der Emittentin

Innerhalb des aktuellen Geschäftsjahres gab es kein wichtiges Ereignis in der Geschäftstätigkeit, das in erheblichem Maße Auswirkungen auf die Zahlungsfähigkeit der Die Sparkasse Bremen AG hat.

Geschäftsanschrift

Die Sparkasse Bremen AG
Am Brill 1-3, 28195 Bremen
Telefon: 0421/179-0

Internetseite

www.sparkasse-bremen.de

1.2.2 Zusammenfassung ausgewählter Finanzinformationen

Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung bestimmter Finanzinformationen gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) über Die Sparkasse Bremen AG für die Geschäftsjahre 2006 und 2007, jeweils zum Jahresultimo. Sie sind den geprüften und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschlüssen der Geschäftsberichte 2006 und 2007 der Emittentin entnommen:

	31.12.2007 in T€	31.12.2006 in T€
Bilanz		
Barreserve	256.501	279.700
Forderungen an Kreditinstitute	1.955.504	1.127.197
Forderungen an Kunden	7.316.975	7.335.378
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	753.623	620.050
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	589.384	1.242.585
Beteiligungen	118.905	74.935
Anteile an verbundenen Unternehmen	107.020	107.807
Treuhandvermögen	19.718	19.513
Immaterielle Anlagewerte	8.302	8.071
Sachanlagen	112.018	117.989
Sonstige Vermögensgegenstände	41.645	33.792
Rechnungsabgrenzungsposten	2.690	3.027
<i>Bilanzsumme Aktiva</i>	<i>11.282.285</i>	<i>10.970.044</i>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.924.405	3.004.938
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.894.331	6.528.426
Verbriefte Verbindlichkeiten	292.931	267.179
Treuhandverbindlichkeiten	19.718	19.513
Sonstige Verbindlichkeiten	44.378	33.808
Rechnungsabgrenzungsposten	8.081	10.891
Rückstellungen	277.615	273.364
Nachrangige Verbindlichkeiten	148.665	169.708
Genussrechtskapital	147.226	147.226
Eigenkapital	524.935	514.991
<i>Bilanzsumme Passiva</i>	<i>11.282.285</i>	<i>10.970.044</i>

	2007 in T€	2006 in T€
Gewinn- und Verlust-Rechnung		
Zinserträge	490.742	444.626
Zinsaufwendungen	343.902	295.517
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	58.399	66.123
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungs- verträgen	3.111	5.757
Provisionserträge	64.673	61.610
Provisionsaufwendungen	5.580	5.847
Nettoertrag oder Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	3.641	1.334
Sonstige betriebliche Erträge	24.350	25.743
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	201.164	203.263
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	10.919	11.116
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.952	8.452
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	-37.842	-68.215
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	-27.472	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0	2.115
Aufwendungen aus Verlustübernahme	757	402
<i>Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</i>	<i>11.328</i>	<i>14.496</i>
Steuern	828	-618
<i>Jahresüberschuss</i>	<i>10.500</i>	<i>15.114</i>

1.2.3 Risikofaktoren hinsichtlich der Emittentin

Die Zahlungsfähigkeit der Die Sparkasse Bremen AG wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen. Folgende Aspekte können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Die Sparkasse Bremen AG, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre finanzielle Lage haben:

Risikomanagement

Die Sparkasse Bremen AG investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf die Die Sparkasse Bremen AG auswirken.

Operationelles Risiko

Schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige externe Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes sowie eine Unangemessenheit oder ein Versagen von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebes der Die Sparkasse Bremen AG mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Das gleiche gilt für den Ausfall der Datenverarbeitungssysteme der Die Sparkasse Bremen AG.

Wettbewerb

Sollte es der Die Sparkasse Bremen AG nicht gelingen, dem Wettbewerb, dem sie in allen Geschäftsbereichen ausgesetzt ist, durch attraktive Dienstleistungen zu begegnen, kann dies ihre Profitabilität gefährden.

Bonitätsrisiko

Sollte die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken, wäre die Emittentin höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt. Die Emittentin kann nicht garantieren, dass

ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere erhebliche Risikovorsorge für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss.

Marktpreisrisiko

Rückläufige Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und weltweit, veränderte Zinssätze sowie höhere Risikoaufschläge können zu einer Verschlechterung der Ertragslage der Die Sparkasse Bremen AG führen.

Liquiditätsrisiko

Im Falle einer Liquiditätskrise wäre Die Sparkasse Bremen AG möglicherweise nicht in der Lage, ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen in vollem Umfang bzw. zeitgerecht nachzukommen.

1.3 Die Inhaberschuldverschreibungen

1.3.1 Beschreibung

Die Ausstattung der Wertpapiere sowie die Angebotsbedingungen ergeben sich aus diesem Prospekt in Verbindung mit den Endgültigen Bedingungen für die jeweilige Emission. Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots veröffentlicht und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt.

Anleger sollten bei der Entscheidung über einen Erwerb von Schuldverschreibungen zunächst ihre jeweilige finanzielle Situation und ihre Anlageziele berücksichtigen und die Eignung solcher Schuldverschreibungen angesichts ihrer persönlichen Umstände immer vor Erwerb mit ihren eigenen Finanz-, Rechts- und Steuerberatern erörtern.

Bei den anzubietenden Wertpapieren handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen der Die Sparkasse Bremen AG, jeweils ausschließlich lieferbar in Miteigentumsanteilen an einer Global-Inhaberschuldverschreibung mit einem Mindestnennwert in Höhe von EUR ●. Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Emittentin und der Gläubiger unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Die Emittentin beabsichtigt, laufend Emissionen von Schuldverschreibungen [mit fester Verzinsung] [mit fester Stufen-Verzinsung] [ohne periodische Verzinsung] [mit variabler Verzinsung] [mit Reverse Floating Verzinsung] [mit Kündigungsrecht der Emittentin] [ohne Kündigungsrecht der Emittentin] zu begeben.

1.3.2 Risikofaktoren hinsichtlich der Wertpapiere

Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren

Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.

Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit

Soweit die Emittentin die Zulassung der Schuldverschreibungen zum Handel im regulierten Markt oder deren Einbeziehung in den Freiverkehr einer Börse nicht beabsichtigt, plant die Emittentin dennoch regelmäßig An- und Verkaufskurse für die Schuldverschreibungen zu stellen. Sie übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen während der Laufzeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs wieder verkauft werden können.

Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuern

Neben- und Folgekosten beim Kauf und Verkauf der Schuldverschreibungen sowie mögliche steuerliche Folgen der Anlage in Schuldverschreibungen können negative Auswirkungen auf die Rendite der Anlage haben.

Risiko auf Grund vorzeitiger Kündigung durch die Emittentin

Sofern die Emittentin das Recht hat, die Schuldverschreibungen ordentlich oder außerordentlich zu kündigen und somit vorzeitig zum Nennwert zurückzubezahlen, besteht das Risiko, dass negative Abweichungen gegenüber der erwarteten Rendite eintreten können.

Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus [und bei veränderlichem Zinssatz]

[Ein Ansteigen des Marktzinsniveaus kann bei verzinsten Wertpapieren eine negative Auswirkung auf den Kurswert haben.]

[Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.]

[Der Kurs von Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung wird durch Veränderungen des Marktzinsniveaus stärker beeinflusst als der von üblichen Anleihen.]

[Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.]

[Bei Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzinsung berechnet sich der Zinsertrag in entgegen gesetzter Richtung zum Referenzzinssatz: Bei steigendem Referenzzinssatz sinkt der Zinsertrag, während er bei fallendem Referenzzinssatz steigt. Das Risiko für den Anleger ist hoch, wenn sich ein Anstieg der langfristigen Marktzinsen anbahnt, auch wenn die kurzfristigen Zinsen fallen. Der bei einer Reverse Floating Verzinsung in diesem Fall steigende Zinsertrag ist kein adäquater Ausgleich für die eintretenden Kursverluste der Schuldverschreibungen, da diese überproportional ausfallen.]

Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb

Bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibungen kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen: Kommt es zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin

hinsichtlich der Schuldverschreibungen oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen.

Ausfallrisiko bei Nachrangschuldverschreibungen

Inhaber von Nachrangschuldverschreibungen tragen ein größeres Ausfallrisiko als die Inhaber nicht nachrangiger Schuldverschreibungen. Bei Insolvenz der Emittentin werden zunächst alle nicht nachrangigen Ansprüche von Gläubigern vollständig befriedigt. Erst danach werden, soweit möglich, ausstehende Nachrangschuldverschreibungen bedient.

Risiko durch Basiswertentwicklung

Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen (Schuldverschreibungen mit variabler oder mit Reverse Floating Verzinsung) umfasst immer das Risiko, dass die Zinsen ganz oder zum Teil verloren werden können. Eine Anlage erfordert die genaue Kenntnis der Funktionsweise der jeweiligen Transaktion. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit der Anlage in die zu Grunde liegenden Basiswerte (Referenzzinssatz) haben und die damit verbundenen Risiken kennen. Die derivative Verzinsung einer Schuldverschreibung, die auf Formeln bezogen ist, hat möglicherweise ein kumuliertes oder sogar potenziertes Risiko zur Folge. Anleger sind möglicherweise nicht in der Lage, sich gegen diese verschiedenen Risiken in Bezug auf Schuldverschreibungen mit derivativer Verzinsung abzusichern.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Schuldverschreibungen nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Dieses Risiko ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen und wird bei Schuldverschreibungen mit derivativer Zinsstruktur durch den Basiswert beeinflusst.

2 Risikofaktoren

2.1 Emittentin

Die Sparkasse Bremen AG ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt. Die Verwirklichung dieser Risiken könnte im schlimmsten Fall erheblich nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Die Sparkasse Bremen AG, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage zur Folge haben und damit ihre Fähigkeit beeinträchtigen, ihre Verpflichtungen aus den von ihr begebenen Wertpapieren gegenüber den Anlegern zu erfüllen. Die Zahlungsfähigkeit der Die Sparkasse Bremen AG wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen.

Zwar hat Die Sparkasse Bremen AG zur Begrenzung und Kontrolle dieser Risiken ein umfassendes Risikomanagementsystem etabliert, das möglichst sicherstellen soll, dass die Verpflichtungen im Rahmen von Wertpapieremissionen jederzeit erfüllt werden können. Den gesetzlichen Rahmen für diese Risikosteuerung bildet das Gesetz über das Kreditwesen (KWG) konkretisiert durch die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Die Realisierung von Risiken kann trotz dieses Risikomanagementsystems jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Risikomanagement

Die Sparkasse Bremen AG investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf Die Sparkasse Bremen AG auswirken. Sollte sich herausstellen, dass diese Überwachungsmechanismen zur Begrenzung der sich tatsächlich realisierenden Risiken nicht voll wirksam sind oder diese noch nicht abdecken, könnten höhere als vorhergesehene Verluste insgesamt zu einem Umsatz- und Gewinnrückgang oder Verlust sowie zu einem Reputationsschaden führen. Selbst wenn die Methoden und Verfahren zur Risikomessung voll wirksam sind, können trotzdem Verluste und / oder Umsatz- und Gewinnrückgänge eintreten.

Operationelles Risiko

Unvorhergesehene Ereignisse wie schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige externe Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes sowie eine Unangemessenheit oder ein Versagen von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebes der Die Sparkasse Bremen AG mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Auch eine Auswirkung auf die Versicherbarkeit solcher Ereignisse mit möglichen erhöhten zukünftigen Risiken kann die Folge sein.

Die Geschäftstätigkeit der Die Sparkasse Bremen AG hängt, wie bei Kreditinstituten üblich, in hohem Maße von funktionierenden Kommunikations- und Datenverarbeitungssystemen ab. Schon bei einem kurzen Ausfall der Datenverarbeitungssysteme könnte Die Sparkasse Bremen AG offene Positionen nicht wie geplant schließen und Kundenaufträge möglicherweise nicht ausführen. Die dadurch entstehenden Schäden und Kosten, unter anderem auch für die Wiederbeschaffung der notwendigen Daten, könnten trotz vorhandener Datensicherung, im Notfall einspringender EDV-Systeme (sog. Backup-Systeme) und sonstiger Notfallpläne beträchtlichen finanziellen Aufwand und Kundenverluste verursachen, die wiederum zu einer wesentlichen Verschlechterung der Finanzlage und des Betriebsergebnisses der Die Sparkasse Bremen AG führen könnten.

Wettbewerb

In allen Geschäftsbereichen der Die Sparkasse Bremen AG herrscht starker Wettbewerb. Wenn es der Die Sparkasse Bremen AG nicht gelingen sollte, dem starken Wettbewerb mit sorgfältiger Schuldnerauswahl und attraktiven und profitablen Produkten und Dienstleistungen zu begegnen, könnte ihre Profitabilität gefährdet sein.

Bonitätsrisiko

Als Kreditinstitut ist Die Sparkasse Bremen AG dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Vertragspartner ihren Verpflichtungen gegenüber der Die Sparkasse Bremen AG nicht nachkommen können. Obwohl Die Sparkasse Bremen AG ihre Kreditengagements und Sicherheiten regelmäßig überprüft, kann auf Grund schwer oder nicht vorhersehbarer Umstände und Ereignisse die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken.

Die Sparkasse Bremen AG wäre dann höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt. Sie kann nicht garantieren, dass ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere Risikovorsorge in erheblichem Umfang für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss.

Marktpreisrisiko

Rückläufige Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und weltweit, veränderte Zinssätze auf Grund unbeeinflussbarer Faktoren (z. B. Geldpolitik) sowie höhere Risikoaufschläge können zu einem Rückgang des Zinsüberschusses als wichtigste Ertragsquelle der Bank, einer Erhöhung der Zinsausgaben und daraus resultierend zu einer Verschlechterung der Ertragslage mit einer Aushöhlung der Profitabilität führen.

In einigen Geschäftsbereichen der Die Sparkasse Bremen AG können starke Schwankungen der Märkte (sog. Volatilität) oder ein Gleichbleiben der Kurse (sog. Seitwärtsbewegungen der Märkte) zur Folge haben, dass die Markttätigkeit zurückgeht und die Liquidität sinkt. Eine solche Entwicklung kann zu erheblichen Verlusten führen, wenn es der Die Sparkasse Bremen AG nicht rechtzeitig gelingt, die sich verschlechternden Positionen zu liquidieren.

Steigende Zinssätze könnten einen Rückgang der Nachfrage nach Krediten und damit der Absatzmöglichkeiten von Krediten der Die Sparkasse Bremen AG zur Folge haben. Sinkende Leitzinsen könnten sich u. a. durch vermehrte vorzeitige Rückzahlungen von Krediten und stärkeren Wettbewerb um Kundeneinlagen auf Die Sparkasse Bremen AG auswirken.

Gefahr verminderter Zahlungsfähigkeit

Die Gefahr verminderter Zahlungsfähigkeit verwirklicht sich, wenn ein Kreditinstitut seinen derzeitigen oder künftigen Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig nachkommen kann. Falls eine solche Liquiditätskrise eintritt, wäre eine Refinanzierung nur zu höheren Marktzinsen möglich (sog. Refinanzierungsrisiko). Zudem könnten Aktiva nur zu einem Abschlag von den Marktgesetzen liquidiert werden (sog. Marktliquiditätsrisiko). Zur Begrenzung dieser Risiken betreibt Die Sparkasse Bremen AG ein Liquiditätsmanagement. Hierbei ist sie bestrebt, Konzentrationen auf die Finanzierungsmittel mit sehr kurzfristigen Fälligkeiten zu vermeiden und genügend liquide

Aktiva vorzuhalten, um unerwartete Liquiditätsaufrufe bedienen zu können. Trotz dieses Liquiditätsmanagements ist die Realisierung dieses Risikos aber nicht ausgeschlossen.

2.2 Wertpapiere

Sollte eines oder sollten mehrere der folgenden Risiken eintreten, könnte es zu wesentlichen und nachhaltigen Kursrückgängen der Schuldverschreibungen oder im Extremfall zu einem Totalverlust der Zinsen und – im Falle eines Zahlungsausfalles der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen – zu einem Totalverlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals kommen.

Die individuelle Beratung durch den Anlageberater vor der Kaufentscheidung ist in jedem Fall unerlässlich und wird nicht durch diesen Basisprospekt und die jeweiligen Endgültigen Bedingungen ersetzt.

Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren

Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.

Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit

Soweit die Emittentin die Zulassung der Schuldverschreibungen zum Handel im regulierten Markt oder deren Einbeziehung in den Freiverkehr einer Börse nicht beabsichtigt, plant die Emittentin dennoch, unter gewöhnlichen Marktbedingungen regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Schuldverschreibungen zu stellen. Die Emittentin übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs, insbesondere zum Erwerbkurs oder Nennbetrag, wieder verkauft werden können.

Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuerlast

Beim Kauf und Verkauf von Schuldverschreibungen fallen neben dem aktuellen Preis des Wertpapiers verschiedene Nebenkosten und Folgekosten (insbesondere Transaktionskosten, Provisionen, Depotentgelte) an, die die Rendite der Schuldverschreibungen erheblich verringern oder sogar ausschließen können.

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen oder vom Anleihegläubiger bei Verkauf oder Rückzahlung der Schuldverschreibungen steuerlich realisierte Gewinne sind in seiner Heimatrechtsordnung oder in anderen Rechtsordnungen, in denen er Steuern zahlen muss, möglicherweise steuerpflichtig.

Risiko auf Grund vorzeitiger Kündigung durch die Emittentin

Sofern die Emittentin das Recht hat, die Anleihe insgesamt entweder außerordentlich oder ordentlich zu den in den Anleihebedingungen genannten Terminen zu kündigen und vorzeitig zum Nennbetrag zurückzuzahlen, besteht ein Risiko für den Anleger, dass sein Investment nicht die erwartete Dauer hat.

Die vorzeitige Rückzahlung einer Schuldverschreibung kann außerdem dazu führen, dass negative Abweichungen gegenüber der erwarteten Rendite eintreten und der zurückgezahlte Nennbetrag der Schuldverschreibungen niedriger als der für die Schuldverschreibungen vom Anleihegläubiger gezahlte Kaufpreis ist und dadurch das eingesetzte Kapital zum Teil verloren ist.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass Anleger die Beträge, die sie bei einer Kündigung erhalten, nur noch mit einer niedrigeren Rendite als die gekündigten Schuldverschreibungen anlegen können.

Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus [und bei veränderlichem Zinssatz]

[Ein Ansteigen des Marktzinsniveaus kann bei verzinsten Wertpapieren eine negative Auswirkung auf den Kurswert haben. Das Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt kann täglich schwanken und daher täglich zu Änderungen im Wert der Schuldverschreibungen

führen. Ein Ansteigen des Marktzinsniveaus kann eine negative Auswirkung auf den Kurswert haben. Das Marktzinsniveau wird weitgehend durch die staatliche Haushaltspolitik, die Politik der Notenbank, die Entwicklung der Konjunktur, die Inflation sowie das ausländische Zinsniveau und die Wechselkursereignisse beeinflusst. Die Bedeutung der einzelnen Faktoren ist allerdings nicht direkt quantifizierbar und schwankt im Zeitablauf.]

[Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.]

[Bei Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung haben Veränderungen des Marktzinsniveaus wegen der stark unter dem Nennwert liegenden Emissionskurse, die durch die Abzinsung zustande kommen, wesentlich stärkere Auswirkungen auf die Kurse als bei üblichen Anleihen.]

[Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.]

[Bei Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzinsung berechnet sich der Zinsertrag in entgegen gesetzter Richtung zum Referenzzinssatz: Bei steigendem Referenzzinssatz sinkt der Zinsertrag, während er bei fallendem Referenzzinssatz steigt. Das Risiko für den Anleger ist hoch, wenn sich ein Anstieg der langfristigen Marktzinsen anbahnt, auch wenn die kurzfristigen Zinsen fallen. Der bei einer Reverse Floating Verzinsung in diesem Fall steigende Zinsertrag ist kein adäquater Ausgleich für die eintretenden Kursverluste der Schuldverschreibungen, da diese überproportional ausfallen.]

Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibung

Wird der Erwerb der Schuldverschreibungen mit Kredit finanziert und kommt es anschließend zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen. Dadurch kann sich

das Verlustrisiko erheblich erhöhen. Ein Anleger sollte nicht darauf vertrauen, aus Gewinnen eines Geschäftes den Kredit zurückzahlen und die Zinslast bestreiten zu können.

Ausfallrisiko bei Nachrangschuldverschreibungen

Inhaber von Nachrangschuldverschreibungen erhalten im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin Zahlungen auf ausstehende Nachrangschuldverschreibungen erst, nachdem alle anderen nicht nachrangigen Ansprüche von Gläubigern vollständig befriedigt wurden, wenn und soweit dann noch Vermögenswerte für Zahlungen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen vorhanden sind. Sie tragen damit ein größeres Ausfallrisiko als die Inhaber nicht nachrangiger Schuldverschreibungen.

Zinsrisiko durch Basiswertentwicklung

Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen (Schuldverschreibungen mit variabler oder mit Reverse Floating Verzinsung) umfasst immer das Risiko, dass die Zinsen ganz oder zum Teil verloren werden können. Eine Anlage erfordert die genaue Kenntnis der Funktionsweise der jeweiligen Transaktion. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit der Anlage in die zu Grunde liegenden Basiswerte (Referenzzinssatz) haben und die damit verbundenen Risiken kennen. Die derivative Verzinsung einer Schuldverschreibung, die auf Formeln bezogen ist, hat möglicherweise ein kumuliertes oder sogar potenziertes Risiko zur Folge. Anleger sind möglicherweise nicht in der Lage, sich gegen diese verschiedenen Risiken in Bezug auf Schuldverschreibungen mit derivativer Verzinsung abzusichern.

Die Wertentwicklung des jeweiligen Basiswertes (Referenzzinssatz) hängt von einer Reihe zusammenhängender Faktoren ab, darunter volkswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche und politische Ereignisse, über die Die Sparkasse Bremen AG keine Kontrolle hat. Falls die Formel zur Ermittlung von Zinsen darüber hinaus einen Multiplikator oder Hebefaktor, Zinsober- oder -untergrenzen enthält, wird die Wirkung von Veränderungen beim jeweiligen Basiswert für den zu zahlenden Betrag verstärkt. Eine historische Wertentwicklung des Basiswertes kann nicht als aussagekräftig für die künftige Wertentwicklung während der Laufzeit von Schuldverschreibung mit derivativen Zinsstrukturen angesehen werden.

Die Sparkasse Bremen AG kann für eigene Rechnung oder für Kundenrechnung Geschäfte abschließen, die auch „Basiswerte“ im Rahmen von Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen betreffen und diesen möglicherweise beeinflussen.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Schuldverschreibungen nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Dieses Risiko ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen und wird bei Schuldverschreibungen mit derivativer Zinsstruktur durch den Basiswert beeinflusst.

Erhöhtes Risiko bei Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen

Die Anlage in Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen ist gegenüber anderen Anleihen durch ein erhöhtes Renditerisiko gekennzeichnet.

3 Emittentenbeschreibung

3.1 Angaben zur Emittentin

3.1.1 Verantwortliche Personen

Die Sparkasse Bremen AG mit Sitz in Bremen übernimmt gemäß § 5 Abs. 4 Wertpapierprospektgesetz die Verantwortung für den Inhalt des Prospektes und erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

3.1.2 Abschlussprüfer

Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2006 und 2007 war der Hanseatische Sparkassen- und Giroverband, Prüfungsstelle, Überseering 4, 22297 Hamburg. Die zuständigen Wirtschaftsprüfer dieser Prüfungsstelle sind Mitglieder der Wirtschaftsprüfungskammer und des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IdW), Tersteegenstraße 14, 40474 Düsseldorf. Die geprüften und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehenen Finanzinformationen sind unter Abschnitt 3.2 aufgeführt.

3.1.3 Angaben über die Emittentin

3.1.3.1 Juristischer Name und Handelsregistereintragung

Die Sparkasse Bremen AG ist im Handelsregister des Amtsgerichts Bremen unter HR B 21770 eingetragen.

3.1.3.2 Gründung der Die Sparkasse Bremen AG

Die heutige Sparkasse Bremen AG wurde am 29. Juni 1825 in der Freien Hansestadt Bremen als Die Sparkasse in Bremen in der Rechtsform eines eingetragenen wirtschaftlichen Vereins nach altem bremischen Recht mit Rechtsfähigkeit kraft staatlicher Verleihung gegründet.

Im Geschäftsjahr 2004 erfolgte mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2004 die Ausgliederung des operativen Bankbetriebes auf Die Sparkasse Bremen AG. Der wirtschaftliche Verein – seit 1825 als Die Sparkasse in Bremen Träger des Sparkassengeschäfts – blieb erhalten, firmiert seit dem 6. September 2004 als Finanzholding der Sparkasse in Bremen und hält sämtliche Aktien der Die Sparkasse Bremen AG.

3.1.3.3 Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz

Die Sparkasse Bremen AG ist eine öffentliche Sparkasse des Privatrechts in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Der Sitz ist in Bremen.

3.1.3.4 Geschäftsanschrift und Internetpräsenz

Die Sparkasse Bremen AG ist unter ihrer Geschäftsanschrift Am Brill 1-3, 28195 Bremen, Telefon: 0421/179-0 sowie im Internet unter www.sparkasse-bremen.de erreichbar.

3.1.3.5 Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind

Innerhalb des aktuellen Geschäftsjahres gab es kein wichtiges Ereignis in der Geschäftstätigkeit, das in erheblichem Maße Auswirkungen auf die Zahlungsfähigkeit der Die Sparkasse Bremen AG hat.

3.1.4 Geschäftsüberblick

3.1.4.1 Aufgaben und Funktionen

Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Die Sparkasse Bremen AG ist die am 6. September 2004 in Kraft getretene Satzung, die am 26. Mai 2004 von der Hauptversammlung beschlossen wurde.

Die Sparkasse Bremen AG erbringt gemäß ihrer Satzung geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen nach wirtschaftlichen Grundsätzen und den Anforderungen des Marktes unter Berücksichtigung ihrer am Gemeinwohl orientierten Aufgabenstellung. Sie gibt insbesondere Gelegenheit zur sicheren und verzinslichen Anlage von Ersparnissen und anderen Geldern, fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und dient der Befriedigung des Kreditbedarfs der örtlichen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Mittelstandes.

3.1.4.2 Geschäftsfelder

Gegenstand der Geschäftstätigkeit der Die Sparkasse Bremen AG ist der Betrieb von Bankgeschäften jeder Art gemäß § 1 Abs. 1 KWG sowie das Erbringen von Finanzdienstleistungen gemäß § 1 Abs. 1a KWG und sonstigen Dienstleistungen. Ausgenommen hiervon ist das Investmentgeschäft gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 KWG. Die Sparkasse Bremen AG kann ihren Unternehmensgegenstand selbst sowie durch Tochter- und Beteiligungsunternehmen verwirklichen.

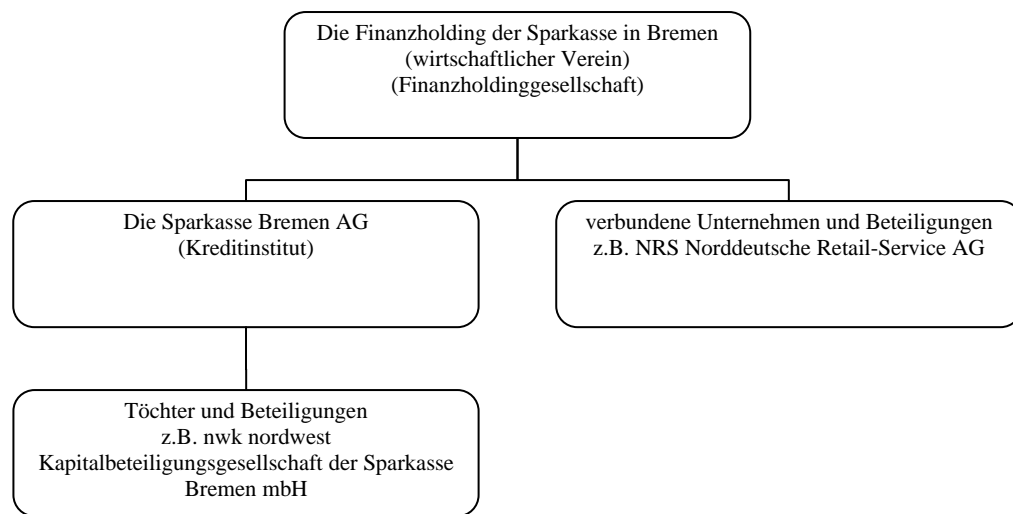
Soweit gesetzlich zulässig, ist Die Sparkasse Bremen AG zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar zu dienen. Die Gesellschaft kann zu diesem Zweck insbesondere Unternehmensverträge abschließen sowie im In- und Ausland Zweigniederlassungen errichten, andere Unternehmen gründen, erwerben oder sich an ihnen beteiligen.

3.1.4.3 Geschäftsgebiet

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Die Sparkasse Bremen AG liegt in der Region Bremen. In begründeten Ausnahmefällen wird Die Sparkasse Bremen AG auch überregional und international tätig.

3.1.5 Organisationsstruktur

Die Sparkasse Bremen AG ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, stellt einen Konzernabschluss auf, in den Die Sparkasse Bremen AG einbezogen wird. Auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses gemäß § 340 i HGB in Verbindung mit § 296 Abs.2 HGB verzichtet Die Sparkasse Bremen AG, da die Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowohl einzeln als auch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.



Als Mitglied des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes (im Folgenden HSGV) ist Die Sparkasse Bremen AG dem beim HSGV für seine Mitgliedssparkassen gebildeten Stützungsfonds angeschlossen. Im Fall wirtschaftlicher Schwierigkeiten einer Mitgliedssparkasse, die geeignet sind, deren Bestand zu gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich zu beeinträchtigen (Stützungsfall), kann der HSGV mit Hilfe des Stützungsfonds die Hilfsmaßnahmen treffen, die nach den Erfordernissen des Einzelfalles geeignet sind, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des den Stützungsfonds in Anspruch nehmenden Mitglieds zu beheben.

Darüber hinaus ist der Stützungsfonds des HSGV in das Sicherungssystem der regionalen Sparkassen-Stützungsfonds und damit in einen „überregionalen Ausgleich“ eingebunden. Übersteigen die für die Regelung eines Stützungsfalles notwendigen Aufwendungen die vorhandenen Mittel des beim HSGV gebildeten Stützungsfonds, tritt somit ein überregionaler Ausgleich unter den regionalen Sparkassen-Stützungsfonds im Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) ein. Darüber hinaus besteht ein zusätzlicher Haftungsverbund zwischen dem Sicherungssystem der Sparkassen-Stützungsfonds, der Sicherheitsreserve der Landesbanken/Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Die genannten Sicherungseinrichtungen sind, da sie die angeschlossenen Institute selbst schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleisten, als institutssichernde Einrichtungen im Sinne des § 12 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes zu bewerten. Ihr Eingreifen im Stützungsfall gewährleistet im Ergebnis, dass die Ansprüche aller Kunden, insbesondere der Einleger z.B. aus Spar-, Termin- oder Sichteinlagen sowie verbrieften Forderungen, wie auch alle anderen Ansprüche erfüllt werden können. Näheres regeln die Satzung für den Sparkassen-Stützungsfonds des HSGV, die Satzung für den überregionalen Ausgleich der Sparkassen-Stützungsfonds und die Satzung für den Haftungsverbund zwischen den Sparkassen-Stützungsfonds und der Sicherheitsreserve der Landesbanken/Girozentralen sowie dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen, die Die Sparkasse Bremen AG auf Anfrage zur Verfügung stellt.

3.1.6 Trendinformationen

Seit dem 31. Dezember 2007 (Stichtag des letzten veröffentlichten Jahresabschlusses) sind keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Die Sparkasse Bremen AG eingetreten.

3.1.7 Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane

3.1.7.1 Organe

Die Organe der Die Sparkasse Bremen AG sind:

- der Vorstand
- der Aufsichtsrat
- die Hauptversammlung

3.1.7.2 Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder

Der Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG besteht satzungsgemäß aus mindestens zwei Mitgliedern. Daneben können stellvertretende Mitglieder bestellt werden. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstandes und bestimmt ihre Anzahl.

Mitglieder des Vorstandes sind derzeit:

▪ Jürgen Oltmann (Vorsitzender)

BREBAU GmbH	AR, stv. Vorsitzender
BREMER LAGERHAUS GESELLSCHAFT - Aktiengesellschaft von 1877 -	AR
DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co.	AR, stv. Vorsitzender
Freie International Sparkasse S.A.	VR, Vorsitzender
neue leben Holding AG	AR
neue leben Pensionskasse AG	AR
neue leben Pensionsverwaltung AG	AR
NRS Norddeutsche Retail-Service AG	AR

▪ Dr. rer. nat. Tim Neseemann (stellvertretender Vorsitzender)

GEWOBA Aktiengesellschaft	
Wohnen und Bauen	AR
Wincor Nixdorf Portavis GmbH	AR
Freie Internationale Sparkasse S.A.	VR

- Klaus Schöniger

Freie Internationale Sparkasse S.A.	VR
LBS Landesbausparkasse Bremen AG	AR, stv. Vorsitzender
Öffentliche Versicherung Bremen	AR, stv. Mitglied
S Broker AG & Co. KG	AR
MehrWert Servicegesellschaft mbH	AR

- Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Öffentliche Versicherung Bremen	AR
---------------------------------	----

Die Mitglieder des Vorstandes haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Brill 1-3, 28195 Bremen.

Der Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG besteht satzungsgemäß aus zwölf Mitgliedern, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionäre und sechs Mitgliedern der Arbeitnehmer, sofern sich die Wahl der Arbeitnehmervertreter nach dem Mitbestimmungsgesetz 1976 (MitbestG) bestimmt. Wenn sich die Wahl der Arbeitnehmervertreter nach dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 (BetrVG) bzw. nach dem Drittelbeteiligungsgesetz 2004 (DrittelbG) bestimmt, besteht der Aufsichtsrat aus neun Mitgliedern, und zwar sechs Mitgliedern der Aktionäre und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer.

Mitglieder des Aufsichtsrates sind derzeit:

- Dipl.- Bw. Gerhard Harder (Vorsitzender)
Vorstandsvorsitzender i.R. der swb AG

- Dipl. – Kfm. Klaus Ziegler (stv. Vorsitzender)
Geschäftsführender Gesellschafter der HASECO ZÖGER GmbH & Co. KG

- Dipl. – Kfm. Holger U. Birkigt
Geschäftsführender Gesellschafter der BIRKIGT INT'L CONSULTING & Media GmbH

- Dipl. – Kfm. Joachim M. Clostermann
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs- / Steuerberatungsgesellschaft

- Alexander Künzel
Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

- Otto Lamotte
Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH

- Heiko Oerter
Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

- Hans-Joachim Schur
Angestellter der Die Sparkasse Bremen

- Volker Stange
Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Brill 1-3, 28195 Bremen.

3.1.7.3 Die Hauptversammlung

Das höchste Organ der Die Sparkasse Bremen AG ist ihre Hauptversammlung. Die Hauptversammlung beschließt unter anderem über Satzungsänderungen sowie die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Bilanzgewinns.

3.1.7.4 Interessenkonflikte

Von Seiten der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder bestehen derzeit keine potentiellen Interessenkonflikte zwischen ihren Verpflichtungen gegenüber der Die Sparkasse Bremen AG sowie ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

3.1.8 Hauptaktionär der Die Sparkasse Bremen AG

Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen – in der Rechtsform eines eingetragenen wirtschaftlichen Vereins mit Rechtsfähigkeit kraft staatlicher Verleihung - ist die Alleingesellschafterin der Die Sparkasse Bremen AG. Die Finanzholding betreibt selbst kein operatives Bankgeschäft.

Träger der Finanzholding sind deren Mitglieder. Mitglieder sind die Stadtgemeinde Bremen, die Vorstandsmitglieder, der Konsulent sowie natürliche Personen, die von der Mitgliederversammlung im Wege des Selbstergänzungsrechts gewählt werden.

Die Vorstandsmitglieder der Finanzholding der Sparkasse in Bremen sind zugleich die Vorstandsmitglieder der Die Sparkasse Bremen AG.

3.1.9 Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin

3.1.9.1 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Die Sparkasse Bremen AG entspricht dem Kalenderjahr.

3.1.9.2 Historische Finanzinformationen

Alle in diesem Prospekt dargestellten bzw. enthaltenen Finanzinformationen bezüglich der Die Sparkasse Bremen AG beruhen auf den Geschäftsabschlüssen der Die Sparkasse Bremen AG für ihre zum 31. Dezember 2006 und zum 31. Dezember 2007 abgelaufenen Geschäftsjahre mit den entsprechenden Erläuterungen.

Die geprüften und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehenen historischen Finanzangaben der Die Sparkasse Bremen AG (Jahresabschluss einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers) für die Geschäftsjahre 2006 und 2007 sind im Abschnitt 3.2 dieses Prospektes unter „Historische Finanzinformationen“ abgedruckt. Diese Seiten sind mit einem der Nummerierung voran stehenden „F“ kenntlich gemacht.

3.1.10 Gerichts- und Schiedsverfahren

Staatliche Interventionen und Schiedsverfahren zulasten der Die Sparkasse Bremen AG hat es in den vergangenen 12 Monaten nicht gegeben.

Die Sparkasse Bremen AG führte in den vergangenen 12 Monaten Rechtsstreitigkeiten, die unabhängig von ihrem Ausgang für ihre wirtschaftliche Substanz keine Relevanz haben.

3.1.11 Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Die Sparkasse Bremen AG

Seit dem Ende des Geschäftsjahres 2007 (31. Dezember 2007) sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Die Sparkasse Bremen AG eingetreten.

3.1.12 Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer des Prospektes sind die Geschäftsberichte 2006 und 2007 einschließlich Jahresabschluss, die Satzung der Die Sparkasse Bremen AG sowie Ablichtungen weiterer in diesem Prospekt genannter Unterlagen während der üblichen Öffnungszeiten bei der Die Sparkasse Bremen AG, Am Brill 1-3, 28195 Bremen einsehbar. Die Geschäftsberichte sind unter der vorstehend genannten Anschrift ferner als Druckfassung erhältlich sowie auf der Internetseite der Emittentin (www.sparkasse-bremen.de) abrufbar.

3.2 Historische Finanzinformationen

Im Anhang auf den Seiten F 01/06 bis F 35/06 sowie für das Geschäftsjahr 2007 auf den Seiten F 01/07 bis F 31/07 finden sich der Jahresabschluss einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers sowie der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2006.

4 Wertpapierbeschreibung für Schuldverschreibungen der Die Sparkasse Bremen AG

4.1 Allgemeines

Die nachfolgenden Informationen geben einen Überblick über wesentliche Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen. Da die Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen sowie die Angebotsbedingungen erst bei deren Ausgabe festgelegt werden können, müssen diese Informationen sowie die nachfolgend abgedruckten Anleihebedingungen im Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen, die diesen

Prospekt ergänzen, gelesen werden, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen jeweils gemäß § 14 Wertpapierprospektgesetz veröffentlicht werden.

Die Emittentin beabsichtigt, im Rahmen eines Angebotsprogramms Emissionen von Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung, mit fester Stufen-Verzinsung, ohne periodische Verzinsung, mit variabler Verzinsung oder mit Reverse Floating Verzinsung jeweils mit oder ohne Kündigungsrecht der Emittentin zu begeben.

Die Beschreibung der Schuldverschreibungen erfolgt in der genannten Reihenfolge:

- (i) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit fester Verzinsung
- (ii) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit fester Stufen-Verzinsung
- (iii) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag ohne periodische Verzinsung
- (iv) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit variabler Verzinsung
- (v) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit Reverse Floating Verzinsung

In jedem Fall erfolgt die Rückzahlung am Ende der Laufzeit immer zu mindestens 100 % des Nennbetrages.

4.2 Verantwortliche Personen

Die Sparkasse Bremen AG mit Sitz in Bremen übernimmt für die im Prospekt gemachten Angaben die Verantwortung. Sie erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

4.3 Wichtige Angaben

4.3.1 Interessen - einschließlich der Interessenkonflikte

Die Emittentin ist berechtigt, Schuldverschreibungen für eigene Rechnung oder für Rechnung Dritter zu kaufen und zu verkaufen und weitere Schuldverschreibungen zu begeben. Die Emittentin wird überdies täglich an den internationalen und deutschen Geld- und Kapitalmärkten tätig. Sie kann daher für eigene Rechnung oder für Kundenrechnung Geschäfte abschließen, an denen Anlagewerte, die als „Basiswerte“ im Rahmen der Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen, wie unter dem Abschnitt 4.4.7 beschrieben, dienen, direkt oder indirekt beteiligt sind, und sie kann in Bezug auf diese Geschäfte auf dieselbe Weise handeln, wie wenn die Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen nicht ausgegeben worden wären.

4.3.2 Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses

Der Emissionserlös aus der Begebung von Schuldverschreibungen wird von der Emittentin für die Finanzierung ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit verwendet.

4.4 Angaben über die anzubietenden nachrangigen oder nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit fester, mit fester Stufen-, ohne periodische, mit variabler oder mit Reverse Floating Verzinsung

4.4.1 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Die Sparkasse Bremen AG handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen, Serie ●.

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code ● und die WKN ●.

4.4.2 Anwendbares Recht

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

4.4.3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 8, 60487 Frankfurt am Main, hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen [oder Zinsscheinen] werden nicht ausgestellt.

4.4.4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in ● begeben.

4.4.5 Status und Rang

Die Schuldverschreibungen werden als [nicht-]nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben. Die Schuldverschreibungen einer Serie sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.

Werden die Schuldverschreibungen als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, sind sie mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Werden die Schuldverschreibungen als nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, wird das auf sie eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet. Im Übrigen haben die Ansprüche aus diesen Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 KWG gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin. Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch

durch Dritte gestellt. Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus diesen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarung zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 5 KWG). Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus nachrangigen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG).

4.4.6 Kündigungsrecht der Emittentin

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass kein ordentliches Kündigungsrecht besteht oder dass ein ordentliches Kündigungsrecht der Emittentin besteht wie nachfolgend beschrieben:

Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum ● ([jeweils] der „ vorzeitige Rückzahlungstag“) zu 100 % des Nennbetrages zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin ● Bankgeschäftstage vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen (der „Feststellungstag“) und unverzüglich gemäß § 11 der Anleihebedingungen bekannt machen.

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.

Im Falle der Begebung von nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen können die Endgültigen Bedingungen vorsehen, dass ein außerordentliches Kündigungsrecht besteht wie nachfolgend beschrieben:

Die Emittentin behält sich ein außerordentliches Kündigungsrecht vor. Danach kann sie die nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen Ausgabe ● unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 24 Monaten jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres, frühestens zum ● kündigen, wenn entweder eine Rechtsvorschrift in der Bundesrepublik Deutschland erlassen, geändert oder in einer Weise angewendet wird, die bei der Emittentin zu einer höheren Steuerbelastung im Zusammenhang mit der Ausgabe von nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen führt, als zum Zeitpunkt ihrer Ausgabe oder die Anerkennung nachrangiger Inhaberschuldverschreibungen als haftendes Eigenkapital im Sinne des KWG entfällt oder beeinträchtigt wird.

4.4.7 Verzinsung

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass Schuldverschreibungen [mit fester Verzinsung] [mit fester Stufen-Verzinsung] [ohne periodische Verzinsung] [mit variabler Verzinsung] [mit Reverse Floating Verzinsung] begeben werden.

Die Endgültigen Bedingungen legen die Zinslaufperioden fest. Sofern in den Endgültigen Bedingungen eine Kombination der nachfolgenden Verzinsungsmöglichkeiten vorgesehen ist, wird jeder Zeitraum mit einer dieser Verzinsungsmöglichkeiten als Zinslaufperiode bezeichnet. In diesem Fall legen die Endgültigen Bedingungen zusätzlich den Beginn und das Ende der verschiedenen Zinslaufperioden fest.

[(i) Feste Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [, und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

Die Zinsen sind jeweils am ● fällig, erstmals am ●. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (siehe Abschnitt 4.4.8) vorausgeht, bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Kalendertages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß Abschnitt 4.4.6 vorausgeht.]

[(ii) Feste Stufen-Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [, und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

Die Zinsen sind jeweils am ● fällig, erstmals am ●. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (siehe Abschnitt 4.4.8) vorausgeht, bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Kalendertages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß Abschnitt 4.4.6 vorausgeht.]

[(iii) Ohne periodische Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst.]

[(iv) Variable Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich ● %] [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag, ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention modified following adjusted).

Dabei ist „Bankgeschäftstag“ jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.]

[(v) Reverse Floating Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)] [sowie evtl. weitere Zinslaufperioden] zum maßgeblichen Reverse Floating Zinssatz (der „maßgebliche RF-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich dabei aus ● % abzüglich dem [●-fachen] Referenzzinssatz [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag, ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention modified following adjusted). Dabei ist „Bankgeschäftstag“ jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.]

Für die Zinszahlungen gilt die gesetzliche Verjährungsfrist.

4.4.8 Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % am ● (der „Fälligkeitstag“) oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag zurückgezahlt (siehe auch Abschnitt 4.4.6).

Die zu zahlenden Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf 10 Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

4.4.9 Rendite

[Die Emissionsrendite und die Methode ihrer Berechnung werden jeweils in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt, sofern dies im Hinblick auf die Art der Verzinsung zum betreffenden Zeitpunkt möglich ist.]

4.4.10 Ermächtigung

Aufgrund § 6, Punkt 6.5 der Geschäftsordnung des Vorstandes ist der Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG ermächtigt für die Gesellschaft Schuldverschreibungen aller Art auszugeben.

4.4.11 Emissionstermin

Die Schuldverschreibungen werden voraussichtlich am ● erstmalig emittiert.

4.4.12 Übertragbarkeit der Wertpapiere

Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, übertragbar. Es bestehen seitens der Emittentin keine Übertragungsbeschränkungen.

4.4.13 Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland besteht zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Prospektes keine gesetzliche Verpflichtung der Emittentin zur Einbehaltung oder zum Abzug von Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art auf Kapital und/oder Zinsen der Inhaberteilschuldverschreibungen (Quellensteuer).

Hiervon zu unterscheiden ist die Kapitalertragsteuer, für deren Einbehaltung die auszahlende Stelle verantwortlich ist.

Potentiellen Anlegern der Schuldverschreibungen wird daher geraten, ihren eigenen steuerlichen Berater zur Klärung der steuerlichen Konsequenzen zu konsultieren, die aus dem Kauf, Halten und der Veräußerung der Schuldverschreibungen folgen.

Aufgrund des Unternehmensteuerreformgesetzes vom 14. August 2007 wird zum 1. Januar 2009 in Deutschland eine Abgeltungssteuer in Höhe von 25% (zuzüglich 5,5% Solidaritätszuschlag darauf) auf Kapitalerträge eingeführt. Die Abgeltungssteuer wird durch Abzug von Kapitalertragsteuer an der Quelle erhoben.

Bezüglich der Einzelheiten des Unternehmensteuerreformgesetzes, des jeweils persönlichen Anwendungsbereichs, der Übergangsfristen und der Ausnahmetatbestände (z.B. Sparerfreibeträge) wird jedem Anleger empfohlen, sich von einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe beraten zu lassen.

Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung von Steuern an der Quelle.

4.4.14 Verkaufsbeschränkungen

Die Weitergabe dieses Prospekts und das Angebot der Schuldverschreibungen können in bestimmten Rechtsordnungen gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Die Emittentin geht davon aus, dass Personen, die in den Besitz dieses Prospektes gelangen, sich über solche Beschränkungen informieren und diese beachten.

Insbesondere wurden und werden die Schuldverschreibungen nicht gemäß dem United States Securities Act von 1933 registriert. Sie dürfen weder unmittelbar noch mittelbar zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an oder für Rechnung oder zu Gunsten von Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika angeboten oder verkauft werden. Ein Angebot, Verkauf, Weiterverkauf, Handel oder eine Lieferung, sei es unmittelbar oder mittelbar, innerhalb der Vereinigten Staaten oder an, für Rechnung oder zugunsten von US-Personen erkennt die Emittentin nicht an. Eine gegen diese Beschränkung verstoßende Transaktion kann eine Verletzung des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika darstellen. Die Emittentin ist hierfür nicht verantwortlich.

4.5 Bedingungen und Konditionen des Angebots

4.5.1 Angebotsstatistiken, Zeitplan und erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung des Angebots

4.5.1.1 Emissionsvolumen, Stückelung

Das Emissionsvolumen des Angebots beträgt ●, eingeteilt in ● Inhaberschuldverschreibungen zu je ●.

4.5.1.2 Beginn des öffentlichen Angebots und Verkaufsbeginn

Das öffentliche Angebot beginnt am ● und [erfolgt fortlaufend] [endet am ●].

4.5.1.3 Lieferung der Wertpapiere

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 8, 60487 Frankfurt am Main, hinterlegt wird. Der Anspruch des Anlegers auf Einzelverbriefung ist ausgeschlossen.

Die Anleihegläubiger erhalten eine Gutschrift in Höhe ihres Miteigentumsanteils an der Global-Inhaberschuldverschreibung in ihr jeweiliges Wertpapierdepot gebucht. Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, übertragbar.

4.5.2 Potentielle Investoren

Die Schuldverschreibungen werden an Privatanleger und/oder an institutionelle Investoren in der Bundesrepublik Deutschland verkauft.

4.5.3 Kursfestsetzung, Verkaufskurs

Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt ●. [Anschließend werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]

4.5.4 Platzierung und Emission

4.5.4.1 Platzierung

Die Schuldverschreibungen können [bei der Die Sparkasse Bremen AG, Am Brill 1-3, 28195 Bremen] [●] bezogen werden.

4.5.4.2 Zahl- und Hinterlegungsstelle

Die Zahlstelle für die Schuldverschreibungen ist Die Sparkasse Bremen AG, Am Brill 1-3, 28195 Bremen.

Die Hinterlegungsstelle für die Schuldverschreibungen ist die Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 8, 60487 Frankfurt am Main.

4.6 Zulassung zum Handel

Es ist nicht beabsichtigt, die Schuldverschreibungen zum Handel im regulierten Markt einer Börse zuzulassen.

4.7 Zusätzliche Informationen

4.7.1 Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden

In die Endgültigen Bedingungen einer Emission werden alle noch ausstehenden Informationen zu den Schuldverschreibungen und des jeweiligen Angebots, wie Verzinsung, Laufzeit, [vorzeitige(r) Rückzahlungstag(e),] Fälligkeit, Emissionsvolumen, Beginn des öffentlichen Angebots, Verkaufskurs und Zulassung zum Handel, aufgenommen. Die Endgültigen Bedingungen enthalten somit alle wirtschaftlichen Daten der jeweiligen Emission. Darüber hinaus enthalten die Endgültigen Bedingungen einen Komplettabdruck der Anleihebedingungen. Die Endgültigen Bedingungen können auch durch Einfügung in den Basisprospekt präsentiert werden.

4.7.2 Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen

Dieser Prospekt wird nach seiner Billigung bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und unverzüglich, spätestens einen Werktag vor Beginn des öffentlichen Angebots gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. a Wertpapierprospektgesetz auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht. Die gedruckten Fassungen sind während der üblichen Öffnungszeiten bei der Die Sparkasse Bremen AG, Am Brill 1-3, 28195 Bremen, kostenlos erhältlich.

Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots veröffentlicht und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt. Die Veröffentlichung erfolgt auf der Internetseite der Emittentin. Die gedruckten Fassungen sind während der üblichen Öffnungszeiten bei der Die Sparkasse Bremen AG, Am Brill 1-3, 28195 Bremen kostenlos erhältlich.

4.7.3 Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen

[An der Emission ist kein Berater beteiligt.]

[In der Wertpapierbeschreibung ist kein von einem gesetzlichen Abschlussprüfer überprüfter Inhalt vorhanden.]

[In der Wertpapierbeschreibung sind keine Sachverständigeninformationen eingefügt.]

5 Anleihebedingungen

§ 1 Nennbetrag

Die Emission der Die Sparkasse Bremen AG (die „Emittentin“) im Gesamtnennbetrag von ● (in Worten ●) ist eingeteilt in ● auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen (die „Schuldverschreibungen“) im Nennbetrag von je ●.

§ 2 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Die Sparkasse Bremen AG handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen, Serie ●.

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code ● und die WKN ●.

§ 3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 8, 60487 Frankfurt am Main (die

„Clearstream Banking AG“), hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu, die gemäß den Regeln und Bestimmungen der Clearstream Banking AG übertragen werden können. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen [oder Zinsscheinen] werden nicht ausgestellt.

§ 4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in ● begeben.

§ 5 Kündigungsrecht der Emittentin, Bankgeschäftstag

[Die Kündigung der Schuldverschreibungen seitens der Emittentin ist ausgeschlossen.]

[Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum ● ([jeweils] der „vorzeitige Rückzahlungstag“) zu 100 % des Nennbetrages zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin ● Bankgeschäftstage vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen (der „Feststellungstag“) und unverzüglich gemäß § 11 bekannt machen.]

[„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.]

[Die Emittentin behält sich ein außerordentliches Kündigungsrecht vor. Danach kann sie die nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen Ausgabe ● unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 24 Monaten jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres, frühestens zum ● kündigen, wenn entweder eine Rechtsvorschrift in der Bundesrepublik Deutschland erlassen, geändert oder in einer Weise angewendet wird, die bei der Emittentin zu einer höheren Steuerbelastung im Zusammenhang mit der Ausgabe von nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen führt, als zum Zeitpunkt ihrer Ausgabe oder die Anerkennung nachrangiger Inhaberschuldverschreibungen als haftendes Eigenkapital im Sinne des KWG entfällt oder beeinträchtigt wird.]

§ 6 Fälligkeit und Verjährung

Die Schuldverschreibungen werden voraussichtlich zu 100 % des Nennwertes am ● (der „Fälligkeitstag“) [oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag] zurückgezahlt.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf 10 Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

§ 7 Status und Rang

Die Schuldverschreibungen werden als [nachrangige] [nicht-nachrangige] Schuldverschreibungen ausgegeben.

Die Schuldverschreibungen einer Serie sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.

[Als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen sind diese mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.]

[Das auf die nachrangigen Schuldverschreibungen eingezahlte Kapital wird im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.]

Im Übrigen haben die Ansprüche aus diesen Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 KWG gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG, unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin.

Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt.

Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus diesen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 5 KWG).

Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG).]

§ 8 Verzinsung

[Feste Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [, und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

Die Zinsen sind jeweils am ● fällig, erstmals am ●. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (§ 6) vorausgeht, [bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 5 vorausgeht.].

[Feste Stufen-Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [, und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

Die Zinsen sind jeweils am ● fällig, erstmals am ●. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (§ 6) vorausgeht, [bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 5 vorausgeht.].

[Ohne periodische Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst.]

[Variable Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich ● %] [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag (§ 5) [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag (§ 5), ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention „modified following adjusted“.)

[Reverse Floating Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen Reverse Floating Zinssatz (der „maßgebliche RF-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinsterminen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-

Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich dabei aus ● % abzüglich dem [●-fachen] Referenzzinssatz [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag (§ 5) [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag (§ 5), ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention „modified following adjusted“).

§ 9 Zahlungen

Sämtliche gemäß den Anleihebedingungen zahlbaren Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

§ 10 Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Rückkauf von Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst werden, eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „Schuldverschreibungen“ umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit auch ohne öffentliche Bekanntmachung Schuldverschreibungen zu erwerben und/oder wieder zu verkaufen.

§ 11 Bekanntmachungen

Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Bekanntmachungen erfolgen durch Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger oder einem überregionalen Börsenpflichtblatt.

§ 12 Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

Erfüllungsort ist Frankfurt am Main.

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist Bremen.

§ 13 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Anleihebedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Unwirksame Bestimmungen werden in Übereinstimmung mit Sinn und Zweck dieser Anleihebedingungen ersetzt.

6 Endgültige Bedingungen

Die nachfolgenden Angaben stellen ein Muster der jeweiligen Endgültigen Bedingungen zu diesem Basisprospekt dar. Im Rahmen der Emission werden die mit einem Platzhalter („●“) gekennzeichneten Stellen ausgefüllt und die mit eckigen Klammern („[]“) gekennzeichneten Optionen ausgewählt oder weggelassen.

Dies sind die Endgültigen Bedingungen einer Emission von Schuldverschreibungen nach Maßgabe des Basisprospektes der Die Sparkasse Bremen AG vom [TT.MM.JJJJ]. Vollständige Informationen über Die Sparkasse Bremen AG und das Angebot der Schuldverschreibungen sind nur verfügbar, wenn die Endgültigen Bedingungen und der Basisprospekt vom [TT.MM.JJJJ] einschließlich per Verweis einbezogener Dokumente und etwaiger Nachträge gem. § 16 Wertpapierprospektgesetz (WpPG) zusammen gelesen werden. Der Basisprospekt kann auf der Website der Die Sparkasse Bremen AG (www.sparkasse-bremen.de) eingesehen werden. Kopien des Prospektes werden an der Hauptverwaltung der Die Sparkasse Bremen AG, Am Brill 1-3, 28195 Bremen, zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

- | | |
|---------------------|---|
| 1. Serie: | ● |
| 2. ISIN: | ● |
| 3. WKN: | ● |
| 4. Währung: | ● |
| 5. Status und Rang: | Die Schuldverschreibungen werden als [nicht-]nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben |

6. [Kündigungsrecht

der Emittentin:

Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum ● ([jeweils] der „ vorzeitige Rückzahlungstag“) zu 100 % des Nennbetrages zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin ● Bankgeschäftstage vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen (der „Feststellungstag“) und unverzüglich gemäß § 11 der Anleihebedingungen bekannt machen.]

[Die Emittentin behält sich ein außerordentliches Kündigungsrecht vor. Danach kann sie die nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen Ausgabe ● unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 24 Monaten jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres, frühestens zum ● kündigen, wenn entweder eine Rechtsvorschrift in der Bundesrepublik Deutschland erlassen, geändert oder in einer Weise angewendet wird, die bei der Emittentin zu einer höheren Steuerbelastung im Zusammenhang mit der Ausgabe von nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen führt, als zum Zeitpunkt ihrer Ausgabe oder die Anerkennung nachrangiger Inhaberschuldverschreibungen als haftendes Eigenkapital im Sinne des KWG entfällt oder beeinträchtigt wird.]

7. Verzinsung:

[(bei fester Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [, und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

Die Zinsen sind jeweils am ● fällig, erstmals am ●. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (siehe Abschnitt 4.4.8) vorausgeht, bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Kalendertages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß Abschnitt 4.4.6 vorausgeht.]

[(bei fester Stufen-Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [, und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

Die Zinsen sind jeweils am ● fällig, erstmals am ●. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (siehe Abschnitt 4.4.8) vorausgeht, bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Kalendertages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß Abschnitt 4.4.6 vorausgeht.]

[(ohne periodische Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst.]

[(bei variabler Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)] [sowie evtl. weitere

Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich ● %] [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden

Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.]

[(bei Reverse Floating Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen Reverse Floating Zinssatz (der „maßgebliche RF-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich dabei aus ● % abzüglich dem [●-fachen] Referenzzinssatz [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird

zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.]

8. Fälligkeitstag: ●
9. [Rendite: *(bei festverzinslichen Inhaberschuldverschreibungen:)* Die Emissionsrendite beträgt ●. Berechnungsgrundlage: ●.]
10. Emissionstermin: ●
11. Emissionsvolumen,
Stückelung: Das Emissionsvolumen des Angebots beträgt ●, eingeteilt in ● Inhaberschuldverschreibungen zu je ●.
12. Beginn des öffentlichen Angebots: ●
13. Verkaufskurs: Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt ●. [Anschließend werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]
14. Platzierung: Die Schuldverschreibungen können [bei der Die Sparkasse Bremen AG, Am Brill 1-3, 28195 Bremen] [●] bezogen werden.

7 Anhang mit historischen Finanzinformationen

**DIE SPARKASSE
BREMEN AG
LAGEBERICHT 2006**

RAHMENBEDINGUNGEN

KONJUNKTUR – IN GUTER VERFASSUNG

Die Konjunktur präsentierte sich am Jahresende 2006 – ungeachtet der zuletzt etwas schwächeren Auftragseingänge und Industrieproduktion – in guter Verfassung.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg bundesweit um rund 2,7 % (2005: 0,9 %). Es war der kräftigste Wachstumschub seit 2000 und ist das Resultat unternehmerischer Anstrengungen und einer moderaten Lohnpolitik, flankiert von den ersten Reformergebnissen aus Berlin. Treibende Kräfte waren die dynamische Exportentwicklung, eine positive Investitionstätigkeit sowie eine anziehende Inlandsnachfrage, die den Aufschwung auf breitere Basis stellten und sich endlich positiv auf dem Arbeitsmarkt auswirkten. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresdurchschnitt um 0,7 % auf mehr als 39 Mio. Beschäftigte. Entsprechend verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen von Dezember 2005 (11,1 %) bis Dezember 2006 auf 9,6 %. Im Schatten der guten Arbeits-

marktentwicklung standen allerdings Langzeitarbeitslose, deren Anteil an allen Arbeitslosen deutlich von 36 % auf 42 % zunahm.

Bremen profitierte wiederum von der dynamischen Exportentwicklung. Die Exporte machten den wesentlichen Anteil des heimischen BIP aus. Leistungsträger war hier vor allem die Hafen- und Logistikwirtschaft, insbesondere der Automobilumschlag. Die Zahl der Arbeitslosen sank nicht ganz so kräftig wie in den anderen westdeutschen Bundesländern, verringerte sich binnen Jahresfrist aber immerhin von 37.400 auf 33.000 im Dezember 2006.

Für 2007 lassen die Indikatoren eine Beruhigung der Exporte erwarten. Die weitere konjunkturelle Entwicklung in Deutschland wird deshalb unter anderem davon abhängen, ob die Binnennachfrage trotz Umsatzsteuererhöhung zumindest auf dem erreichten guten Niveau verbleibt.

NRS NORDDEUTSCHE RETAIL-SERVICE AG – EIN WEITERER LEISTUNGSFÄHIGER PARTNER

Der Startschuss fiel am 1. Juli 2006: Die NRS Norddeutsche Retail-Service AG nahm ihre operative Tätigkeit als leistungsfähiger Anbieter von Marktfolge-, Service- und Stabsaufgaben auf. Rund 240 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse Bremen AG und ihres Tochterunternehmens – der Kredit-Service-Center GmbH, die in diesem Zusammenhang an die NRS Norddeutsche Retail-Service AG veräußert wurde – wechselten unter das Dach der neuen Dienstleistungsgesellschaft. Zuvor hatte der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein seinen Grundsatzbeschluss umgesetzt und sich an der NRS Norddeutsche Retail-Service AG beteiligt. An der gemeinsamen Dienstleistungsgesellschaft halten nunmehr die Finanzholding der Sparkasse in Bremen 15 %, die HASPA Finanzholding 60 % (minus 1 Aktie) und der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein 25 % (plus 1 Aktie).

Die drei Partner aus Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein vereinen mit knapp 17.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie einer Bilanzsumme von zusammen rund 80 Mrd. € ein großes Potenzial. Sie bündeln in der NRS Norddeutsche Retail-Service AG Mengen, die für einzelne Sparkassen nicht erreichbar wären, und tragen auf diese Weise dazu bei, durch Kostensenkungspotenziale und Qualitätssteigerungen die Wettbewerbsfähigkeit der Sparkassen vor Ort zu erhöhen und ihre Unabhängigkeit dauerhaft sicherzustellen. Ein wichtiger Wettbewerbsvorteil der Sparkassen bleibt – anders als im Falle von Fusionen – auf diese Weise erhalten: ihre Nähe und Verbundenheit zur Region. Darüber hinaus ist das Kooperationsmodell führend in Deutschland und offen für weitere Mandanten. Wer sich – wie die NRS Norddeutsche Retail-Service AG – frühzeitig auf diesem Markt positioniert, führt das Feld an.

IM FOKUS – DIE VERTRIEBSSPARKASSE

Ein weiterer Schwerpunkt lag und liegt in der weiteren konsequenten Ausrichtung der Sparkasse Bremen zur Vertriebssparkasse. Konsequenterweise trennten wir Anfang 2006 das Firmenkunden- und das Privatkundengeschäft in allen Verantwortlichkeiten und ordneten beides strukturell neu. Parallel dazu legten wir die Projekte »Neue Vertriebsstruktur Privatkunden« und »Neue Vertriebsstruktur Firmenkunden« auf, um unsere Ertragslage auf der Basis der neuen Vertriebsstruktur weiter zu verbessern, d. h. insbesondere im Retailgeschäft profitabler zu werden und uns auf die einzelnen Kundengruppen zu konzentrieren. Beide Projekte befinden

sich in der Umsetzung. Aktuell geht es darum, unsere Leistungs- und Beratungskompetenz im Privatkundengeschäft – bei Verbleib der hohen Präsenz vor Ort – neben dem zentralen Private Banking auf sieben Vermögensmanagement-Standorte sowie unser Filialgeschäft auf 27 Marktbereiche zu konzentrieren. Darüber hinaus gilt es, die Beratungszeiten durch Prozessoptimierungen und -verlagerungen zu erhöhen und unseren Kunden künftig einen Multikanalvertrieb einschließlich Direktvertrieb anzubieten – alles mit der Zielsetzung, unsere guten Marktanteile im Firmenkunden- und im Privatkundengeschäft zu sichern und weiter auszubauen.

GESCHÄFTSVERLAUF

BILANZSUMME LEICHT ERHÖHT

Mit der Geschäftsentwicklung der Sparkasse Bremen können wir durchaus zufrieden sein. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 1,3 % auf 11,0 Mrd. €. Auf der Aktivseite verzeichneten wir einen leichten Rückgang bei den Forderungen an Kunden. Die Schuldverschreibungen und andere Wertpapiere hielten

wir auf konstantem Niveau. Angestiegen sind hingegen zum einen die liquiden Mittel, zum anderen die Forderungen an Kreditinstitute. Auf der Passivseite wuchsen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, während wir die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten.

KREDITGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2006	2005	2004	2003	2002
Gesamtforderungen an Kunden	7.727,3	7.829,3	7.881,7	7.657,5	7.663,0
davon:					
Wechsel	0,0	20,7	46,4	51,9	78,8
Kurz-, mittel- und langfristige Kundenforderungen	7.335,4	7.419,0	7.378,1	7.161,0	7.157,3
davon:					
Erworbene Schuldscheine	262,8	262,4	257,2	6,2	116,7
Durchlaufende Kredite	18,6	19,2	19,7	13,0	5,9
Avale und Indossamentsverbindlichkeiten	373,3	370,4	437,5	431,6	421,0
Forderungen an Kreditinstitute	1.127,2	998,5	939,8	545,3	1.184,3

Die Gesamtforderungen an Kunden (einschließlich erworbenen Schuldscheinen, durchlaufenden Krediten, Avalen

und Indossamentsverbindlichkeiten) lagen am 31. Dezember 2006 bei 7,7 Mrd. €.

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS MIT FIRMEN- UND PRIVATKUNDEN (IN MIO. €)

	2006	2005	2004	2003	2002
Firmenkunden *	4.477,9	4.447,5	4.364,0	4.350,1	4.329,5
Privatkunden *	2.773,7	2.918,7	2.978,9	2.987,7	2.907,5

* auf Basis der aufsichtsrechtlichen Meldedaten

Das Kreditgeschäft mit Firmenkunden nahm um 0,7 % auf 4,5 Mrd. € zu. Erheblichen Anteil daran hatten abermals die Investitionskredite.

EINLAGENGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES EINLAGENGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2006	2005	2004	2003	2002
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und aus Schuldverschreibungen	6.965,4	6.736,0	6.482,8	6.183,7	6.138,2
davon:					
Spareinlagen	3.798,4	3.824,8	3.644,8	3.375,2	3.218,8
Sparkassenbriefe	11,1	20,7	30,1	72,2	112,6
Schuldverschreibungen	436,9	509,7	649,4	701,6	751,8
Täglich fällige Einlagen	1.844,6	1.645,8	1.509,3	1.393,2	1.425,1
Befristete Einlagen	874,4	735,0	649,2	641,5	629,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.004,9	3.160,1	3.000,3	3.142,8	3.314,0

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und aus Schuldverschreibungen (einschließlich Schuldverschreibungen mit Nachrangabrede) erhöhten sich um 3,4 % auf knapp 7,0 Mrd. €. Dies resultiert aus der Zunahme der täglich fälligen und der befristeten Einlagen. Unsere Spareinlagen – wie auch unsere Schuldverschreibungen – verzeichneten Rückgänge.

Nach dem Anstieg im Vorjahr konnten wir die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 4,9 % auf 3,0 Mrd. € reduzieren – eine Folge der gestiegenen Kundeneinlagen.

DIENSTLEISTUNGSGESCHÄFT

Unsere Kompetenz im Dienstleistungsgeschäft spiegelt sich wider im guten Provisionsergebnis. Mit 57,4 Mio. € hat es den sehr guten Vorjahreswert von 55,6 Mio. € übertroffen und zugleich eine Rekordhöhe erreicht. Zurückzuführen ist dies auf die Zuwächse bei den von uns vermittelten Abschlussprodukten, insbesondere Versicherungsprodukten, und zwar sowohl im Hinblick auf Volumen als auch Anzahl.

Das wiedergefundene Vertrauen der Anleger in die konjunkturelle Erholung und damit in die Geld- und Kapitalmärkte hat sich positiv in unserem Wertpapierdienstleistungsgeschäft niedergeschlagen.

ENTWICKLUNG DES WERTPAPIERDIENSTLEISTUNGSGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2006	2005	2004	2003	2002
Aktien und Investmentzertifikate	677,2	463,2	454,8	542,9	443,2
Festverzinsliche Wertpapiere	146,0	198,9	181,0	233,2	357,1
Eigenemissionen	208,5	206,8	226,9	303,7	285,8

Während die Umsätze in Aktien und Investmentzertifikaten um 46,2 % auf mehr als 677 Mio. € in die Höhe schnellten, stiegen die Umsätze in unseren Eigenemissionen um 0,8 % auf knapp 209 Mio. €. Der Absatz der festverzinslichen Wert-

papiere reduzierte sich um mehr als ein Viertel – möglicherweise eine Folge des wieder erstarkten Vertrauens in Aktien- und Investmentanlagen.

EIGENANLAGEN UND -HANDEL

Die Kapitalmärkte starteten erfreulich ins Jahr 2006. Eine Korrektur der Aufwärtsbewegung erfolgte im Mai/Juni. Erst in der zweiten Jahreshälfte schlossen die Kapitalmärkte wieder an die gute Entwicklung im Frühjahr an.

Unsere Eigenanlagen, insbesondere unsere Fondsanlagen, haben diese Entwicklung im Wesentlichen nachvollzogen. Nach einer guten Performance bis Mai/Juni verloren sie infolge der Korrektur zunächst an Boden. In dieser Phase haben wir die Risiken in den Fondsbeständen reduziert, indem wir Aktienanlagen verringerten und Währungsrisiken bei Anlagen im Konvergenzbereich vorübergehend

einschränkten. Der Aufwärtstrend in der zweiten Jahreshälfte führte schließlich zu einer insgesamt positiven Wertentwicklung. Dies ist umso bemerkenswerter, weil wir vorgesehene Investitionen mit dem Ziel der weiteren Diversifizierung unserer Eigenanlagen aufgrund der Korrektur nur teilweise realisiert und unsere Fondsbestände in Corporates im zweiten Halbjahr verringert haben. Infolge der Erhöhung von Direktanlagen in festverzinslichen Wertpapieren, insbesondere öffentlichen Anleihen, erreichte der Bestand unserer Eigenanlagen zum Jahresende wieder das Niveau des Vorjahres.

BETEILIGUNGEN UND ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Unser Beteiligungs- und Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen nahm um 1,0 % auf 182,7 Mio. € leicht ab.

Verringerungen resultierten im Wesentlichen aus den im Rahmen plangemäßer Exits erfolgten Kapitalrückführungen der Odewald & Compagnie GmbH & Co. Kommanditgesellschaft für Vermögensanlagen in Portfoliounternehmen und der Veräußerung der Kredit-Service-Center GmbH. Im Rahmen des gemeinsamen Kooperationsmodells wurden die Anteile zur Jahresmitte auf die NRS Norddeutsche Retail-Service AG übertragen mit der Zielsetzung, die Geschäftsaktivitäten nachhaltig auszubauen und weiterzuentwickeln.

Den Verringerungen stand eine Zunahme aus der Erhöhung der Beteiligung an der BUG Bremer Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH gegenüber; die Umwandlung von Gesellschafterdarlehen in Kapitalrücklagen erfolgte im

Rahmen einer grundsätzlichen Änderung des Geschäftsmodells des Beteiligungsunternehmens.

Weitere Veränderungen ergaben sich zudem aus der Übernahme einer neuen Beteiligung an der Odewald & Compagnie GmbH & Co. Dritte Beteiligungsgesellschaft für Vermögensanlagen KG, verschiedenen geringfügigen Kapitalerhöhungen – unter anderem bei der neue leben Pensionsverwaltung AG und der SCHUFA Holding AG – sowie aus einer partiellen Reduzierung der Aktienquote bei der Freie Internationale Sparkasse S.A., Luxemburg.

Die Veränderungen im Beteiligungsbereich erfolgten – bei Beachtung unserer Beteiligungsstrategie – sowohl unter strategischen als auch ertragsorientierten Gesichtspunkten. Mit unseren Tochterunternehmen bestehen zumeist Ergebnisabführungsverträge.

SACHINVESTITIONEN

Nach umfangreichen Investitionen in unser Filialnetz in den Vorjahren, insbesondere in unser FinanzCentrum Am Brill, haben sich die Sachanlagen abschreibungsbedingt um 6,0 Mio. € auf 118,0 Mio. € reduziert. Die immateriellen

Anlagewerte stiegen durch den Kauf von Software-Lizenzen im Zusammenhang mit dem weiteren Aufbau unserer Handelsplattform und dem Projekt »Basel II« um 3,6 Mio. € auf 8,1 Mio. €.

PERSONAL- UND SOZIALBEREICH

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich stichtagsbezogen um 9,5 % auf 1.550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter verringert, darunter 378 Teilzeitkräfte und Aushilfen sowie 82 Auszubildende. Dies ist – neben der Inanspruchnahme von Altersteilzeit – und Vorruhestandsregelungen vor allem auf die Auslagerung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf die NRS Norddeutsche Retail-Service AG zurückzuführen.

Ein gutes Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot gewährleistet, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den steigenden Anforderungen stets gerecht werden können, sei es der Beratungsbedarf unserer Firmen- und Privatkunden, sei es die Komplexität der Bankenaufsicht und der Banksteuerung. So fand auch unser Weiterbildungsangebot

reges Interesse. Betriebsinterne Seminare wurden von 1.542 und betriebsexterne Seminare von 331 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besucht.

Von 1.300 in bankspezifischen Bereichen beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verfügen 26,8 % über den Abschluss als Bankkauffrau bzw. Bankkaufmann, weitere 11,7 % zusätzlich über den Abschluss als Sparkassenfachwirt bzw. weitere 32,9 % zusätzlich über den Abschluss als Sparkassenbetriebswirt (grad.) sowie weitere 1,2 % darüber hinaus über den Abschluss als Diplom-Sparkassenbetriebswirt der Deutschen Sparkassenakademie. Insgesamt 9,1 % waren im Besitz eines Hochschul- oder Fachhochschulabschlusses.

VERMÖGENSLAGE

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSITIONEN (IN MIO. €)

	2006	2005	2004	2003	2002
Forderungen an Kreditinstitute	1.127,2	998,5	939,8	545,3	1.184,3
Forderungen an Kunden	7.335,4	7.419,0	7.378,1	7.161,0	7.157,3
Wertpapiere	1.862,6	1.871,3	1.378,0	1.917,3	1.266,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.004,9	3.160,1	3.000,3	3.142,8	3.314,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.528,4	6.226,3	5.833,3	5.482,1	5.386,4

Die Forderungen an Kunden verringerten sich auf 7,3 Mrd. €. Während sich unsere Anlagen in Wertpapieren auf Vorjahresniveau bewegten, stiegen die Forderungen an Kreditinstitute um 128,7 Mio. € auf 1,1 Mrd. €.

Die Eigenmittel der Sparkasse Bremen belaufen sich nach Gewinnverwendung auf 853,5 Mio. €. Das daraus abgeleitete

Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva bildet eine angemessene Ausgangsbasis für die weitere Geschäftsentwicklung.

Die Bewertung der Wertpapiere sowohl des Handelsbestandes und der Liquiditätsreserve als auch des Anlagevermögens erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip.

FINANZLAGE

Die wesentliche Grundlage zur Beurteilung unserer kurzfristigen Zahlungsbereitschaft ist für uns der die materielle Liquidität widerspiegelnde Grundsatz II. Im Durchschnitt betrug die Liquiditätskennzahl das Doppelte der erforderlichen gesetzlichen Mindestnorm.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften unterhielten wir bei der Deutschen Bundesbank ein laufendes Guthaben von im Jahresdurchschnitt 115,9 Mio. €.

Neben der Barreserve, den Geldanlagen bei Kreditinstituten und den festverzinslichen Wertpapieren, die zum Bilanzstichtag einen Gesamtwert von 2,0 Mrd. € repräsentierten, stellt die von uns betriebene Liquiditätssteuerung die Zahlungsbereitschaft auch künftig sicher.

ERTRAGSLAGE

ENTWICKLUNG DER ERFOLGSPOSITIONEN (IN MIO. €)					
	2006	2005	2004	2003	2002
Zinsüberschuss	195,6	217,4	226,5	236,0	207,8
Provisionsüberschuss	57,4	55,6	56,4	50,6	48,1
Personalaufwand	117,3	112,6	115,6	121,8	126,9
Sachaufwand	94,2	78,1	81,5	88,1	84,5
Verwaltungsaufwand	211,5	190,7	197,1	209,9	211,4
Sonstiger ordentlicher Aufwand	3,6	3,6	4,4	3,6	3,3
Sonstiger ordentlicher Ertrag	15,8	12,3	12,9	14,6	12,2
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	1,3	2,2	1,0	3,1	0,5
Bewertungsergebnis Wertpapiergeschäft	16,4	25,7	30,5	-5,2	-14,2
Bewertungsergebnis Kreditgeschäft	-53,8	-78,6	-97,1	-67,7	-73,2
Sonstige Bewertungen	-0,1	-0,1	-3,3	-5,6	-0,6
Betriebsergebnis nach Bewertung ¹⁾	2,5	10,3	4,4	26,5	-34,1
Neutrales Ergebnis	11,4	10,2	3,8	18,5	49,8
Gewinnabhängige Steuern	-1,2	6,8	-10,0	34,7	0,4
Jahresergebnis	15,1	13,7	18,2	10,4	15,3
Dividende ²⁾	0,5	1,1	0,9	-	-
Rücklagenzuführung ²⁾	14,6	12,6	17,3	9,8	14,7

¹⁾ jeweils nach Zuführung bzw. Auflösung von Vorsorgereserven

²⁾ Gewinnverwendungsvorschlag an die Hauptversammlung

Die Darstellung der Ertragslage erfolgt wie in den Vorjahren auf betriebswirtschaftlicher Basis. Dies gewährleistet, dass – unabhängig von der handelsrechtlichen Publizitätspflicht – ganzjährig nach einer einheitlichen Systematik berichtet wird,

die sowohl unserem internen Planungs- und Steuerungssystem als auch dem Prognosesystem des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes sowie dem Betriebsvergleich und dem Erfahrungsaustausch der Großsparkassen entspricht.

Unser Jahresergebnis konnten wir im Vergleich zum Vorjahr erfreulicherweise leicht verbessern. Hierbei kam es allerdings zu Verschiebungen zwischen den unterschiedlichen Positionen.

Der Zinsüberschuss verringerte sich – einem allgemein anzutreffenden Branchentrend folgend. Er fiel um 10,1 % bzw. 21,9 Mio. € auf 195,6 Mio. € zurück. Während die Zinserträge um 1,7 % auf 490,8 Mio. € sanken, stieg der Zinsaufwand (einschließlich des saldierten Zinsergebnisses aus Derivaten) um 4,8 % bzw. 13,6 Mio. € auf 295,2 Mio. €. Die allgemeine Marktzinsentwicklung zeigte insbesondere für kurzfristige Zinssätze einen deutlichen Anstieg bei einer sich abflachenden Zinsstrukturkurve. Diese Entwicklung führte zu zwei gegenläufigen Effekten. Die Durchschnittsverzinsung auf der Passivseite und damit verbunden der Zinsaufwand stiegen an. Auf der Aktivseite sank die Durchschnittsverzinsung mit der Folge zurückgehender Zinserträge. Dabei lässt sich ein Rückgang in der Durchschnittsverzinsung nahezu aller Aktivpositionen erkennen. Augenfällig ist die abfallende Durchschnittsverzinsung im Bereich der Forderungen an Kunden. Ein weiterer Grund lag in einem Einmaleffekt im Jahr 2005. Im Zinsüberschuss waren in größerem Umfang als 2006 Erlöse aus der Veräußerung der nach dem erfolgreichen Börsengang der ErSol Solar Energy AG im Bestand unserer nwk nordwest-Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH verbliebenen ErSol-Aktien enthalten.

Der Provisionsüberschuss erreichte mit 57,4 Mio. € eine bisher nie erreichte Höhe und lag somit um 1,7 Mio. € über dem Vorjahreswert (55,6 Mio. €) – ein Erfolg, der unsere breite kundenorientierte Dienstleistungspalette und Fokussierung auf unsere Vertriebsleistung sowie die intensive Zusammenarbeit mit unseren Verbundpartnern widerspiegelt. Letzteres lässt sich deutlich an den gestiegenen Provisionen aus den von uns vermittelten Abschlussprodukten, insbesondere Versicherungsprodukten, ablesen. Neben der Ausweitung des Provisionsertrages wirkte sich hier auch der Rückgang der von uns zu zahlenden Provisionen an externe Dienstleister aus, die uns bei den Serviceangeboten rund um das Girokonto unterstützen.

Der Personalaufwand nahm erstmalig seit mehreren Jahren wieder zu. Er stieg um 4,2 % bzw. 4,7 Mio. € auf 117,3 Mio. € (Vorjahr: 112,6 Mio. €). Belastend wirkten sich vor allem überproportional hohe Zuführungen zu den Rückstellungen für die Alterssicherung aus, die auf ein versicherungsmathematisches Gutachten im Rahmen des 2006 mit 25-monatiger Laufzeit abgeschlossenen Tarifvertrages für das private Bankgewerbe zurückzuführen sind. Entsprechend niedrigere Zuführungen werden 2007 anfallen. Verschiebungen vom Personal- in den Sachaufwand im Zusammenhang mit dem operativen Start der NRS Norddeutsche Retail-Service AG konnten die Kostensteigerungen nicht kompensieren.

Der Sachaufwand erhöhte sich um 20,5 % bzw. 16,0 Mio. € auf 94,2 Mio. € (Vorjahr: 78,2 Mio. €) – neben Verschiebungen vom Personal- in den Sachaufwand ein Resultat der Projekte »Basel II«, »Neue Vertriebsstruktur Privatkunden« und »Neue Vertriebsstruktur Firmenkunden«.

Der sonstige ordentliche Ertrag lag mit 15,8 Mio. € über dem Niveau des Vorjahres (12,3 Mio. €). Unter dieser Position sind vor allem die Erlöse aus der Leistungsverrechnung mit unseren Tochterunternehmen sowie andere Erstattungen von Personal- und Sachaufwand zusammengefasst. Der sonstige ordentliche Aufwand bewegte sich mit 3,6 Mio. € auf Vorjahresniveau.

Die Cost-Income Ratio betrug im Berichtsjahr 78,2 % (Vorjahr: 66,8 %).

Der Rückgang im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften steht im Zusammenhang mit einem verringerten Volumen im Devisenhandel mit Firmenkunden. Die übrigen Handelsbereiche konnten diesen Effekt nicht kompensieren.

Das Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft erreichte nicht das sehr gute Vorjahresergebnis, trug aber immerhin mit 16,4 Mio. € (Vorjahr: 25,7 Mio. €) maßgeblich zum Gesamtergebnis bei. Um 11,5 Mio. € geringeren Zuschreibungen, um 2,5 Mio. € höheren Kursverlusten und um 2,9 Mio. € gestiegenen Abschreibungen standen um 7,6 Mio. € höhere Kursgewinne innerhalb der Spezialfonds sowie aus der Veräußerung von festverzinslichen Wertpapieren und Investmentfonds gegenüber.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft konnten wir erneut deutlich verbessern. Nachdem sich diese Position bereits im Vorjahr um 19,0% zu unseren Gunsten entwickelt hatte, haben wir 2006 noch einmal eine Reduzierung um fast ein Drittel erreicht. Im Berichtsjahr lag es mit netto 53,8 Mio. € (Vorjahr: 78,6 Mio. €) deutlich unter dem Vorjahreswert. Die Wertberichtigungen und Abschreibungen reduzierten sich um 14,2 Mio. €. Die Erträge aus Eingängen auf abgeschriebene Forderungen sowie der Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen erhöhten sich um 13,9 Mio. €. Nach der 2005 erfolgten Auflösung von Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 1,1 Mio. € führten wir diesen im Berichtsjahr 2,2 Mio. € zu.

Das neutrale Ergebnis beinhaltet eine Vielzahl zusammengefasster Erträge und Aufwendungen, die nicht dem ordentlichen Betriebsergebnis zuzurechnen sind. Es stieg um 1,2 Mio. € auf 11,4 Mio. € (Vorjahr: 10,2 Mio. €). Die wesentlichen Ertragskomponenten sind aperiodischer Natur

oder resultieren aus der Auflösung von Rückstellungen. Neben Vorfälligkeitsentschädigungen aus dem Kundengeschäft sind im aperiodischen Bereich – aufgrund von Steuerungsmaßnahmen im Zinsbuch – zu gut einem Drittel des neutralen Ergebnisses Erträge aus der Schließung von derivativen Zinspositionen enthalten. Zu den Aufwandspositionen zählen Leistungen an den Pensionssicherungsverein und Zuführungen zu den Rückstellungen.

Die aus der Entwicklung der Ertragslage abgeleitete Eigenkapitalrentabilität vor Steuern betrug 5,6% (Vorjahr: 10,3%).

Nach Dotierung der Vorsorgereserven und Berücksichtigung der Erstattung von gewinnabhängigen Steuern verbleibt ein Jahresergebnis von 15,1 Mio. € (Vorjahr: 13,7 Mio. €). Davon sollen 0,5 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €) an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen ausgeschüttet sowie 14,6 Mio. € (Vorjahr: 12,6 Mio. €) zur weiteren Substanzstärkung den Gewinnrücklagen zugeführt werden.

NACHTRAGSBERICHT

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2006 haben sich keine wesentlichen Vorgänge ereignet.

RISIKOBERICHT

Der Erfolg bankbetrieblicher Tätigkeit steht in einem engen Spannungsverhältnis zu den eingegangenen Risiken. Die bewusste Übernahme von Risiken wirkt sich daher unmittelbar auf den Erfolg aus.

Die Risikoübernahme und -steuerung erfolgt dabei grundsätzlich unter der risikostrategischen Beachtung zweier Aspekte: Es müssen zunächst ein entsprechendes

Deckungskapital vorhanden und weiterhin ein angemessener Ertrag zu erwarten sein.

Bei den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die aktive Risikosteuerung in der Kreditwirtschaft das zentrale Element, um den Erfolg und das nachhaltige Bestehen des Unternehmens zu sichern.

GESAMTBANKSTEUERUNG

Die Sparkasse Bremen verfügt über ein institutionalisiertes Verfahren zur strategischen und operativen Planung, an denen die maßgeblichen Organisationseinheiten der Sparkasse beteiligt sind. Die Verantwortung für die Koordination aller Planungsaktivitäten liegt in der Einheit Unternehmensentwicklung. Die strategische Planung wird in jährlichen Intervallen überprüft und vom Vorstand beschlossen. Durch monatliche Soll-Ist-Vergleiche im Gesamtbanksteuerungsausschuss werden Planabweichungen in der operativen Planung rechtzeitig identifiziert und mögliche Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet.

Darüber hinaus bereitet der Gesamtbanksteuerungsausschuss die Entscheidungen für grundsätzliche Vorgaben wie Strategie, Risikodeckungsmasse und Risikolimits vor. Grundlage für den Gesamtbanksteuerungsausschuss, in dem der Vorstandsvorsitzende vertreten ist, sind dabei die Ergebnisse aus dem Treasury-Ausschuss und dem Ausschuss Kreditrisiko, die ebenfalls mit den jeweils zuständigen Vorstandsmitgliedern besetzt sind.

Das Risikomanagementsystem regelt den aufbau- und ablauforganisatorischen Rahmen zur Steuerung und Überwachung von Risiken und ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung, in die auch die ausgelagerten Bereiche einbezogen sind. Für die Steuerung der auf die NRS Norddeutsche Retail-Service AG ausgegliederten Einheiten und Funktionen wurden mit den Referaten Controlling sowie Konzernrechnungswesen/Steuern gesonderte Schnittstellen geschaffen.

Verantwortet werden die Risikoprozesse in der Sparkasse Bremen durch das Referat Controlling und die Einheit Kreditmanagement. Ihnen obliegen die Methodenverantwortung für alle risikorelevanten Themen und die Risiko-

überwachung, wobei die Methodenentwicklung und Reporterstellung nach Abstimmung und Vorgabe der Sparkasse Bremen durch das Risikocontrolling in der NRS Norddeutsche Retail-Service AG erfolgt.

Die grundsätzliche Zielsetzung unseres Risikomanagementsystems ist die jederzeitige Sicherstellung der Tragfähigkeit der eingegangenen Risiken. Das 2006 umgesetzte Konzept stellt die Risikotragfähigkeit sowohl auf Basis eines ökonomischen als auch eines GuV-orientierten Steuerungskreises sicher, wobei betriebswirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund gestellt und externe Anforderungen an die Risikotragfähigkeit berücksichtigt werden. Das Limitsystem ist am ökonomischen Risikodeckungspotenzial ausgerichtet. Dazu wird das über alle Risikoarten ermittelte Gesamtrisiko regelmäßig dem zur Verfügung stehenden wertorientierten und bilanziellen Kapital unter Berücksichtigung der hebbaren stillen Reserven gegenübergestellt.

Die Umsetzung der neuen Eigenkapitalanforderungen (Basel II) und der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) wird in diesem Zusammenhang im Rahmen eines Großprojektes bereits seit 2004 konsequent verfolgt. Im Berichtsjahr konnten wesentliche Umsetzungsaktivitäten wie der Aufbau der technischen Infrastruktur für das Meldewesen, die Anpassung einer Vielzahl von Prozessen an neue aufsichtsrechtliche Vorgaben und die weitere Optimierung der Steuerungssysteme auf Gesamtbankebene abgeschlossen werden. Für 2007 ist der fristgerechte Abschluss der Umsetzungsaktivitäten geplant.

Mit dem Anspruch einer optimalen Steuerung der Rentabilität, des Risikos und der Liquidität verfolgt die Sparkasse die permanente Weiterentwicklung und Optimierung ihrer steuerungsrelevanten Instrumente.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Bei allen Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können, wird ein wirksames Risikomanagement und -controlling eingesetzt. Risiken der künftigen Entwicklung, die bestandsgefährdend sein könnten, werden durch ein umfassendes Risikofrüherkennungssystem überwacht und sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar. Die Risikotragfähigkeit ist ausreichend und war im Jahr 2006 zu jeder Zeit gegeben.

Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die Summe der gewichteten risikotragenden Aktiva und der Risiken aus Marktrisikopositionen (Grundsatz I) über-

schreitet per 31. Dezember 2006 mit einer Gesamtkennziffer von 10,4 % deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %.

Solvabilitätskoeffizient (= Grundsatz I)	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
Gesamtkennziffer	10,4 %	9,5 %	9,7 %

Im Folgenden werden weitere Informationen zum Risikomanagement und -controllingsystem sowie zur Risikolage für die einzelnen Risikoarten dargestellt.

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Unter dem Adressenausfallrisiko verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung für einen Kredit oder ein Finanzinstrument aufgrund eines Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners und die damit verbundene Gefahr, dass überlassenes Kapital nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wird.

Zur Quantifizierung des ökonomischen Kreditrisikos auf Portfolioebene werden die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Methoden und Verfahren eingesetzt, die eine integrierte Betrachtung des Adressenausfallrisikos in der gesamten Sparkasse ermöglichen. Das in diesem Zusammenhang eingesetzte VaR-Verfahren auf Basis von CreditPortfolioView ermöglicht für die Betrachtung der Ausfallrisiken auf Gesamtbankebene eine portfolioorientierte Berechnung mit einer entsprechenden Ermittlung der Auslastung der Risikodeckungsmassen. Dadurch ist für die Berechnung des Adressenausfallrisikos ein zu den Marktpreisrisiken von der Methodik her passender Messansatz gegeben.

Zur Unterstützung der strategischen Ausrichtung und langfristigen Existenzsicherung der Sparkasse erfolgt die Steuerung des Kreditgeschäfts unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten im Ausschuss »Kreditrisikosteuerung« und in der Einheit Kreditmanagement.

Als wesentliche Instrumente zur Bonitätsbeurteilung im Kreditgeschäft wendet die Sparkasse bereits seit vielen

Jahren für Firmen- und Privatkunden unterschiedliche interne Ratingverfahren an, um eine angemessene Einschätzung des Risikos zu gewährleisten. Dabei werden differenzierte Verfahren der Sparkassenorganisation eingesetzt, die für jeden Kunden die individuelle Bonität bestimmen. Im Rahmen der Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurde 2006 zudem die Implementierung des DSGV-Immobilienratings, des DSGV-Kleinstkundenratings und der DSGV-Privatkundenscorecards eingeleitet, um eine zielführende Unterstützung der Bonitätsbeurteilung und Preisgestaltung zu gewährleisten.

Die Entscheidungsbefugnisse bei der einzelgeschäftlichen Kreditbewilligung sind nach Kreditvolumen und Risikogehalt abgestuft. Ab festgelegten Kriterien ist die zusätzliche Risikobeurteilung durch ein vom Markt unabhängiges Votum obligatorisch. Über die Hereinnahme bedeutender Risiken beschließt der Kreditausschuss der Sparkasse.

Kein Kreditwachstum um jeden Preis – die Gesamtforderungen an Kunden (einschließlich erworbenen Schuldscheindarlehen, durchlaufenden Krediten, Avalen und Indossamentverbindlichkeiten) haben sich 2006 auf 7,7 Mrd. € stabilisiert.

Die Risikovorsorge hat sich vor dem Hintergrund verbesserter konjunktureller Rahmendaten und aufgrund einer vorsichtigen Kreditvergabe- und Sicherheitenpolitik der

letzten Jahre deutlich reduziert. Für 2007 wird eine weitere Entlastung erwartet.

Für die Begleitung gefährdeter Kreditengagements und deren Intensivbetreuung in finanziellen Restrukturierungsprozessen setzen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit besonderem Knowhow in einer vom Marktbereich unabhängigen Gruppe ein.

Bestehende Prozesse und Methoden zur Kreditrisikosteuerung wurden 2006 im Hinblick auf die aufsichtrecht-

lichen Vorgaben nach Basel II und MaRisk überarbeitet, um bereits heute die Grundlage für die zukünftige Implementierung anspruchsvollerer Verfahren (IRB-Ansatz) zu legen.

Beteiligungsrisiken als besondere Ausprägung des Adressenausfallrisikos werden mit Hilfe eines turnusmäßigen Beteiligungscontrollings und -berichtswezens gesteuert, das 2006 ebenfalls im Hinblick auf die Anforderungen nach Basel II überarbeitet wurde.

MARKTPREISRISIKO

Unter Marktpreisrisiken verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung von Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Marktparameter wie Zinsen, Aktienkursen und Fremdwährungen.

Für die Marktpreisrisiken der Sparkasse wurden vorstandsseitig Risikolimits festgelegt. Deren Einhaltung wird börsentäglich vom Risikocontrolling überwacht.

Die zukünftigen potenziellen Verluste werden durch ein Risikolimit begrenzt, bei dem das Gesamtrisiko der marktpreisrisikobehafteten Positionen nach dem Value-at-Risk-Konzept (VaR) gemessen wird. Der VaR (Konfidenzniveau 99,9%, Haltedauer 250 Tage) sämtlicher Marktpreisrisikopositionen lag im Durchschnitt des Jahres 2006 bei 189 Mio. €.

ENTWICKLUNG DES VALUE AT RISK (VaR) SÄMTLICHER MARKTPREISRISIKOPOSITIONEN Konfidenzniveau: 99,9%, Haltedauer für alle Portfolios: 250 Tage



Zur Überprüfung des VaR-Risikomodells wird für den Handelsbestand täglich ein Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass das verwendete Risikomodell die tatsäch-

liche Wertveränderung abdeckt. Anpassungen waren nicht erforderlich.

Darüber hinaus werden im regelmäßigen Turnus mit Hilfe von Worst-Case-Szenarien extreme Marktbewegungen des Handelsbereichs simuliert.

Gesondert gesteuert wird das Zinsbuch der Sparkasse Bremen. Die Steuerung und Überwachung des Zinsänderungsrisikos erfolgt institutionalisiert durch den Gesamtbanksteuerungsausschuss und den Treasury-Ausschuss unter vorbereitender Unterstützung durch das Treasury und das Risikocontrolling. Der Treasury-Ausschuss beschließt unter anderem über die Zinsmeinung der Sparkasse sowie über Maßnahmen zur Steuerung der Marktpreisrisiken

innerhalb der Limite. Die eingesetzte Software versetzt uns in die Lage, die barwertigen und GuV-bezogenen Zinsrisiken effizient zu quantifizieren und die Auswirkungen von Maßnahmen zu simulieren.

Bei der Zinsbuchsteuerung verfolgen wir eine semi-aktive Strategie. Sie orientiert sich an einer Benchmark (REX-P, gemäß Empfehlung des DSGV) und lässt innerhalb eines Zielkorridors von 80–120% des festgelegten Ziel-VaR eine aktive barwertige Zinsbuchsteuerung durch den Treasury-Ausschuss zu.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Unter dem Liquiditätsrisiko verstehen wir die Gefahr, dass fällige Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht in dem gewünschten Umfang erfüllt werden können.

Diese Risiken werden von der Sparkasse Bremen sowohl im Rahmen der Liquiditätsplanung und -steuerung als auch durch die Einhaltung der Liquiditätskennzahl des Grundsatzes II gesteuert.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen werden, soweit sie für die Beurteilung der Lage oder der künftigen Entwicklung von Belang sein können, bei den jeweiligen Risikoarten implizit mit behandelt. So sind etwa zinsbezogene Zahlungsstromschwankungen bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten in der Zinsbuchsteuerung berücksichtigt,

während schwankende Zahlungsströme durch Kundendispositionen im Rahmen der kurzfristigen Liquiditätssteuerung durch das Treasury gesteuert werden. Darüber hinaus werden regelmäßig die Auswirkungen von Liquiditätsengpässen auf die Handelsgeschäfte simuliert.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Grundsatz II lag im Jahr 2006 im Durchschnitt beim Doppelten der erforderlichen Mindestnorm.

	31.12.2006	31.012.2005	31.12.2004
Liquiditätsgrundsatz (= Grundsatz II)			
Liquiditätskennziffer	2,05	1,96	1,90

OPERATIONELLES RISIKO

Als operationelle Risiken bezeichnen wir die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten.

Die Sparkasse Bremen nutzt für das Management operationeller Risiken Konzepte und Software, die beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband unter Beteiligung vieler Sparkassen entwickelt wurden. Neben den allgemeinen Grundlagen sind dies eine Schadenfalldatenbank sowie die Methoden der jährlichen Risikoinventur und der Risikolandkarte, die alle zwei Jahre durchgeführt wird. Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgen sowohl in der Risikoinventur als auch in der Risikolandkarte anhand strukturiert aufbereiteter Szenarien. Die Risikoinventur für operationelle Risiken gliedert sich in einen qualitativen und einen quantitativen Teil (Verlustpotenzialschätzung).

Die Schadenfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung eingetretener Verluste aus operationellen Risiken und darauf aufbauender Maßnahmen. Die tatsächlichen Verluste aus operationellen Risiken lagen im Jahr 2006, wie schon in den Vorjahren, deutlich unter dem zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit reservierten Betrag.

Zur Ermittlung des operationellen Risikos wurde 2006 im Rahmen der Risikoinventur erstmalig eine Quantifizierung und Schätzung möglicher Verlustpotenziale von Szenarien vorgenommen. Auch die Gesamtsumme dieser Schätzungen liegt deutlich unter dem aufsichtsrechtlich anzusetzenden Betrag.

PROGNOSEBERICHT

Unter den im Folgenden dargestellten Prämissen berichten wir über die voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse Bremen mit den wesentlichen Chancen und Risiken. Der Prognosezeitraum umfasst das laufende und das kommende Geschäftsjahr. Die darin enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen und Informationen beruhen auf unseren aktuellen

Bewertung und Steuerung der ermittelten Ergebnisse liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Unter Berücksichtigung von Kosten- und Effizienzaspekten entscheiden sie über den Einsatz von Begrenzungs- und Verbesserungsmaßnahmen. Sollte es im Rahmen einer Steuerungsentscheidung zur Einleitung einer Maßnahme kommen, so wird diese (bei entsprechender Bedeutung) in den Planungsprozess der Sparkasse integriert.

Rechtsrisiken als Teil der operationellen Risiken werden durch eine sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher und juristisch geprüfter Standardverträge reduziert.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen stellen Informationen und sichere Prozesse zentrale Ressourcen für den Geschäftserfolg dar. Die Sparkasse bedient sich in großem Umfang der technischen Möglichkeiten der Informationsverarbeitung, um einen hohen Wirkungsgrad für ihre Geschäftsprozesse sicher zu stellen. Ziel der Notfall- und Sicherheitsarchitektur ist es daher, die Sparkasse und ihre Kunden durch eine Kombination von organisatorischen, personellen, technischen und baulichen Maßnahmen in Bezug auf alle relevanten Risiken umfassend zu schützen, um die Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit der Informationen und Prozesse sicher zu stellen und das Ausmaß möglicher Schäden zu begrenzen.

Die vorhandenen Notfallhandbücher und Sicherheitsleitlinien dokumentieren diesen Anspruch und geben die Anforderungen an das Sicherheitsmanagement der Sparkasse Bremen, ihrer Tochterunternehmen und externer Leistungserbringer vor.

Erwartungen und heutigen Annahmen. Diese stützen sich im Wesentlichen auf die allgemein erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung, unsere operative Planung, unsere mittelfristige Ergebnisplanung sowie langjährige Erfahrungen. Dabei gehen wir grundsätzlich davon aus, dass der Entwicklung 2008 keine gravierend von 2007 abweichenden Ver-

hältnisse zugrunde liegen werden. Jede Prognose ist jedoch naturgemäß mit nicht abwägbaren Ungewissheiten und dem Risiko behaftet, dass die tatsächliche Entwicklung anders verlaufen kann als prognostiziert.

Von der konjunkturellen Erholung werden das Kreditgewerbe und auch die Sparkasse Bremen profitieren. Neben einer weiteren Belebung unseres Geschäftes erwarten wir, dass sich unser Geschäftsvolumen auch künftig ausweiten wird. Die Ausweitung soll ausschließlich vom Kundengeschäft ausgehen. Dabei zielen wir sowohl auf das Firmenkunden- als auch auf das Privatkundengeschäft. Unsere Erwartungshaltung stützt sich dabei konkret auf die Planungen unserer laufenden Projekte »Neue Vertriebsstruktur Privatkunden« und »Neue Vertriebsstruktur Firmenkunden«.

Für das Kreditgeschäft rechnen wir – neben positiven Effekten aus diesen Projekten – auch aufgrund der verbesserten konjunkturellen Lage mit einer anziehenden Nachfrage sowohl der Firmen- als auch der Privatkunden. Hierdurch werden die Bestände zunehmen. Allerdings streben wir auch künftig lediglich ein unter Risikogesichtspunkten kontrolliertes moderates Wachstum an.

In der Konsequenz der Erwartung eines durch das Kundengeschäft getragenen Wachstums der Durchschnittsbilanzsumme beinhaltet unsere Planung der Eigenanlagen lediglich die Prolongation auslaufender Positionen unter der Prämisse eines konstanten Zinsniveaus.

Auf der Passivseite erwarten wir eine Belebung unserer Kundeneinlagen. Auch hier werden die Bestände weiter steigen. Dies wird durch die historische Entwicklung untermauert. So konnten wir bei unseren Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und hier bis 2005 insbesondere bei unseren Spareinlagen entgegen einer allgemein rückläufigen Tendenz kontinuierlich Zuwächse verzeichnen.

Im Rahmen unseres Eigengeschäftes planen wir eine Konstanz im Volumen der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Kurzfristige Geldaufnahmen bei Kreditinstituten dienen lediglich dem Spitzenausgleich im Rahmen des Kundengeschäftes.

Die geschilderten Volumensplanungen haben Auswirkungen auf unsere zukünftige Erfolgsentwicklung. Das ge-

stiegene Marktzinsniveau, insbesondere am kurzen Ende, wirkt sich vorwiegend auf der Passivseite aus und führt damit zu einer Belastung des Zinsüberschusses. Dieser Effekt wird allerdings durch das ausgeweitete Kundengeschäft mehr als kompensiert. Per Saldo wird der Zinsüberschuss unter Berücksichtigung des Erfolgsbeitrages aus dem Eigengeschäft das Niveau des Vorjahres übertreffen.

Diese Aussage gilt ebenfalls für den Provisionsüberschuss. Denn aufgrund unserer laufenden Projekte »Neue Vertriebsstruktur Privatkunden« und »Neue Vertriebsstruktur Firmenkunden« erwarten wir auch eine Belebung für unser Dienstleistungsgeschäft. Hinzu kommt, dass das Vertrauen der Anleger durch die allgemeine wirtschaftliche Lage sowie die positive Börsenentwicklung der jüngeren Vergangenheit zumindest teilweise zurückgewonnen werden konnte. Das Vertrauen wird infolge der zumindest zunächst erwarteten Aktienkursentwicklung grundsätzlich weiter zunehmen. Die daraus resultierenden Umsätze werden sich positiv auf unser Dienstleistungsgeschäft und damit auf unser Provisionsergebnis auswirken.

Outsourcing führt in der Regel zu Kostenreduzierungen, mitunter aber auch zu höheren Erträgen. Im sonstigen ordentlichen Ertrag werden neben Erstattungen aus der konzerninternen Leistungsverrechnung auch die Erstattungen von Personal- und Sachaufwendungen von Dritten ausgewiesen. Unsere hohe Outsourcingquote wird die künftige Entwicklung dieser Position daher positiv beeinflussen. Die Unternehmen, auf die wir Leistungen ausgegliedert haben, werden weiterhin Leistungen von uns in Anspruch nehmen, so dass wir im Mindestansatz von einer Konstanz auf dem gegenwärtigen hohen Niveau ausgehen.

Im Verwaltungsaufwand sind deutliche Verschiebungen zwischen dem Personal- und Sachaufwand erkennbar. Entlastungen im Personalaufwand stehen Belastungen im Sachaufwand gegenüber. Die Verschiebungen resultieren aus den weiteren Schritten zur konsequenten Ausrichtung der Sparkasse Bremen zur Vertriebsparkasse. Aufgrund der bereits 2006 erfolgten überproportional hohen Zuführungen zu den Rückstellungen für die Alterssicherung – die Folge eines versicherungsmathematischen Gutachtens auf Basis des mit

25-monatiger Laufzeit abgeschlossenen Tarifvertrages für das private Bankgewerbe – werden 2007 im Personalaufwand entsprechend geringere Zuführungen anfallen. Der Sachaufwand dürfte sich aufgrund der Aufwendungen im Zusammenhang mit der anstehenden IT-Migration sowie der Mitte 2006 auf die NRS Norddeutsche Retail-Service AG ausgelagerten Stabs- und Serviceaufgaben erhöhen.

Die Cost-Income-Ratio wird sich auf unverändertem Niveau bei rund 78 % bewegen. Für die Zukunft erwarten wir tendenziell eine Verbesserung, nicht zuletzt aufgrund der bereits erfolgten Outsourcingmaßnahmen.

Für das Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft erwarten wir keine nennenswerten Belastungen. Trotz der verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einer erwartungsgemäß positiven Börsenentwicklung planen wir aufgrund vorsichtiger Einschätzung weder positive Bewertungen noch etwaige Kursgewinne ein.

Im Hinblick auf das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft gehen wir – trotz moderater Ausweitung der Kreditbestände – von keinen zunehmenden Ausfallrisiken aus. Vielmehr erwarten wir, dass sich das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft weiter verbessern wird. Bereits im

Vorjahr hatten wir eine erhebliche Risikovorsorge für bestehende Sanierungs- und Abwicklungsengagements getroffen und weisen auch 2006 eine zwar deutlich reduzierte, aber immer noch hohe Risikovorsorge aus. Diese sehen wir in der Zukunft grundsätzlich weiter rückläufig.

Im schwierig planbaren neutralen Ergebnis haben wir bisher nur Positionen prognostiziert, die trotz ihres unregelmäßigen Charakters permanent auftreten. So beinhaltet der neutrale Ertrag Vorfälligkeitsentschädigungen in vorsichtig geschätzter Höhe und bereits aufgrund eines versicherungsmathematischen Zwischengutachtens vorzunehmende Auflösungen von Altersteilzeitrückstellungen. Im neutralen Aufwand werden aperiodischen Aufwendungen und geleistete Spenden ausgewiesen.

Im Gesamtergebnis sehen wir unter den im Einzelnen getroffenen vorsichtigen Annahmen ein ausgewiesenes Jahresergebnis zunächst unter dem Niveau der Vorjahre, aber mit einer anschließend wiederum durchaus positiven Tendenz.

In den wichtigen Kennzahlen streben wir überwiegend vergleichbare Ergebnisse an wie 2006. Wir sind weiterhin bestrebt, die Eigenkapitalrentabilität in den Folgejahren zu verbessern.

SCHLUSSERKLÄRUNG

Gemäß § 312 AktG haben wir über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen einen Bericht erstellt. Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung ab: »Gemäß § 312 Abs. 3 AktG erklären wir als Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr 2006 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unternehmen oder bei jedem Rechtsgeschäft

auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt wurde.

Bremen, im März 2007

Der Vorstand

**DIE SPARKASSE
BREMEN AG
JAHRESABSCHLUSS 2006**

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2006

AKTIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			76.345.160,40		72.918
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			<u>203.355.301,47</u>		80.848
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank</i>	203.355.301,47				80.848
				279.700.461,87	153.766
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			--		-
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar</i>	--				-
b) Wechsel			--		20.707
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar</i>	--				20.707
				--	20.707
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			269.262.542,67		326.215
b) andere Forderungen			<u>857.934.445,42</u>		672.331
				1.127.196.988,09	998.546
4. Forderungen an Kunden					
<i>darunter:</i>					
<i>durch Grundpfandrechte gesichert</i>	2.489.007.907,98				2.525.656
<i>Kommunalkredite</i>	280.510.976,56				287.129
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		--			-
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	--				-
ab) von anderen Emittenten		<u>45.458.711,19</u>	45.458.711,19		-
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	--				-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		196.450.096,95			50.184
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	196.450.096,95				50.184
bb) von anderen Emittenten		<u>359.736.200,30</u>	556.186.297,25		339.354
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	336.669.160,30				275.024
c) eigene Schuldverschreibungen			<u>18.405.384,63</u>		24.960
<i>Nennbetrag</i>	18.221.587,28				24.118
				620.050.393,07	414.498
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					
				1.242.584.888,39	1.456.789
7. Beteiligungen					
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	11.943.964,79				11.944
<i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i>	--				-
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	13.220.932,18				13.163
<i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i>	--				-
9. Treuhandvermögen					
<i>darunter:</i>					
<i>Treuhandkredite</i>	18.605.918,07				19.188
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					
				--	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
				8.070.627,40	4.502
12. Sachanlagen					
				117.988.695,26	124.006
13. Sonstige Vermögensgegenstände					
				33.791.878,20	34.470
14. Rechnungsabgrenzungsposten					
				3.026.513,26	3.090
Summe der Aktiva				10.970.043.551,55	10.834.102

PASSIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			76.772.308,47		47.847
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>2.928.166.028,46</u>		3.112.232
				3.004.938.336,93	3.160.079
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		3.384.089.338,88			3.578.160
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>414.306.693,54</u>	3.798.396.032,42		246.630
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		1.844.569.805,95			1.645.841
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>885.460.489,79</u>	<u>2.730.030.295,74</u>		755.661
				6.528.426.328,16	6.226.292
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			267.178.927,42		300.448
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			--		-
darunter:					
Geldmarktpapiere	--				-
eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	--				-
				267.178.927,42	300.448
4. Treuhandverbindlichkeiten				19.512.949,87	20.198
darunter:					
Treuhandkredite	18.605.918,07				19.188
5. Sonstige Verbindlichkeiten				33.807.690,49	29.964
6. Rechnungsabgrenzungsposten				10.891.204,24	13.679
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			240.742.528,00		237.781
b) Steuerrückstellungen			3.323.869,11		3.798
c) andere Rückstellungen			<u>29.297.652,35</u>		24.397
				273.364.049,46	265.976
8. Sonderposten mit Rücklageanteil				--	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				169.707.574,65	209.254
10. Genusssrechtskapital				147.225.837,62	147.226
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	--				
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) gezeichnetes Kapital		370.000.000,00			370.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter		<u>53.000.000,00</u>	423.000.000,00		13.000
b) Kapitalrücklage			47.041.959,68		47.042
c) Gewinnrücklage					
ca) gesetzliche Rücklage		--			-
cb) Rücklage für eigene Anteile		--			-
cc) satzungsmäßige Rücklagen		--			-
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>29.834.411,03</u>	29.834.411,03		17.269
d) Bilanzgewinn			<u>15.114.282,00</u>		13.675
				514.990.652,71	460.986
Summe der Passiva				10.970.043.551,55	10.834.102
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			--		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			373.336.315,58		370.369
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			--		-
				373.336.315,58	370.369
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			--		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			--		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>218.801.817,59</u>		213.406
				218.801.817,59	213.406

GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2006

	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		428.711.946,61			435.541
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>15.914.219,28</u>	444.626.165,89		13.320
2. Zinsaufwendungen			<u>295.517.215,65</u>		281.702
				+149.108.950,24	+167.159
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			59.572.015,11		57.670
b) Beteiligungen			4.126.066,49		1.133
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>2.424.652,31</u>		1.115
				66.122.733,91	59.918
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				5.757.491,01	12.115
5. Provisionserträge			61.609.409,75		61.941
6. Provisionsaufwendungen			<u>5.846.516,08</u>		6.185
				+55.762.893,67	+55.756
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand aus Finanzgeschäften				+1.333.727,57	+2.211
8. Sonstige betriebliche Erträge				25.743.180,81	19.220
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil				--	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		76.841.506,01			80.024
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung <i>darunter: für Altersversorgung</i>	29.332.178,36	<u>42.451.324,31</u>	119.292.830,32		33.745 19.953
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>83.969.658,67</u>		66.590
				203.262.488,99	180.359
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				11.115.528,50	12.423
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				8.452.355,23	9.649
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			68.215.235,84		103.833
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			--	-68.215.235,84	-103.833
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteili- gungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			--		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>2.114.634,75</u>	+2.114.634,75	11.833 +11.833
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				401.951,61	955
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil				--	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				+14.496.051,79	+20.993
20. Außerordentliche Erträge			--		-
21. Außerordentliche Aufwendungen			--		-
22. Außerordentliches Ergebnis				--	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-1.175.829,91		6.828
24. Sonstige Steuern			<u>557.599,70</u>		490
				-618.230,21	7.318
25. Jahresüberschuss				15.114.282,00	13.675
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				--	-
27. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				--	-
28. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			--		-
b) aus der Rücklage für eigene Aktien			--		-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			--		-
d) aus anderen Gewinnrücklagen			--	--	-
29. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			--		-
b) in die Rücklage für eigene Aktien			--		-
c) in satzungsmäßige Rücklagen			--		-
d) in andere Gewinnrücklagen			--	--	-
30. Bilanzgewinn				15.114.282,00	13.675

ANHANG

I. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Unseren Jahresabschluss haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und unserer Satzung aufgestellt. Auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses gemäß § 340 i HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB wurde verzichtet, da die Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowohl einzeln als auch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Fristengliederung erfolgt nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV für bestimmte Posten und Unterposten der Bilanz im Anhang. Auf die Aufteilung der anteiligen Zinsen auf die verschiedenen Restlaufzeiten wurde gemäß Wahlrecht in § 11 RechKredV verzichtet.

— FORDERUNGEN AN KUNDEN UND KREDITINSTITUTE

Die Bilanzierung erfolgte zum Nennwert. Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet. Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

— WERTPAPIERE

Sämtliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Berücksichtigung des Wertaufholungsgebotes bewertet.

— ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bzw., wenn besondere Umstände vorlagen, zu niedrigeren Werten angesetzt. Das Wertaufholungsgebot wurde dabei berücksichtigt.

— SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

Diese wurden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten, bei abnutzbaren Vermögensgegenständen vermindert um lineare bzw. degressive Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Vermögensgegenstände wurden aus Vereinfachungsgründen im Jahre des Zugangs vollständig abgeschrieben.

— SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden Wertminderungen bzw. erkennbare Risiken durch entsprechende Bewertungsabschläge berücksichtigt.

— VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Etwaige Disagien wurden aktiviert und Agien passiviert. Sie wurden entsprechend der Laufzeiten abgegrenzt.

— RÜCKSTELLUNGEN

Allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verpflichtungen wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung getragen.

Die Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach aktualisierten Grundlagen (Heubeck-Richttafeln 2005 G) und versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem steuerrechtlich zulässigen Zinssatz ermittelt.

Der aus dem Übergang auf die neuen Richttafeln resultierende Auflösungsbetrag wird sowohl handels- als auch steuerrechtlich gleichmäßig auf drei Jahre verteilt, beginnend mit dem Jahr 2005. Insgesamt ergibt sich in diesem Jahr ein Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen.

— WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Umrechnung der auf Fremdwährung lautenden Aktiv- und Passivposten sowie der schwebenden Geschäfte erfolgte mit den Referenzkursen der EZB bzw. Terminkursen zum Jahresende.

Die bei Umrechnung von einfach gedeckten Geschäften ermittelten positiven Umrechnungsdifferenzen wurden als Erträge in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigt, soweit sie einen nur vorübergehend wirksamen Aufwand aus den zur Deckung dienenden Geschäften ausgleichen. Verbleibende Bewertungsgewinne wurden nicht vereinnahmt.

Eine Bewertung nach der »besonderen Deckung« wurde nicht in Anspruch genommen.

Fremdwährungsoptionen, die dieselbe Währung betreffen, wurden im Rahmen von Handelsaktivitäten und der Risikosteuerung zusammengefasst. Bewertungsgewinne wurden bis zur Höhe der ihnen gegenüberstehenden Bewertungsverluste erfolgswirksam verrechnet. Dabei wurde der beizulegende Wert anhand eines Optionspreismodells berechnet. Verbleibende Gewinne wurden nicht vereinnahmt. Die Bewertung erfolgt nach den Vorschriften des § 340 h HGB und in Übereinstimmung mit dem Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer.

— DERIVATE

Derivative Finanzinstrumente (Optionen und Termingeschäfte) wurden nach den Grundsätzen des Imparitätsprinzips und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet. Zinsswaps wurden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Aus diesem Grund wurde insoweit keine Bewertung vorgenommen. Schwebende Devisentermingeschäfte, schwebende Devisenoptionsgeschäfte und Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurden nach der Stellungnahme BFA 2/1995 bilanziert. Strukturierte Produkte wurden nach IDW RH BFA 1.003 behandelt.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(SOWEIT NICHT ANDERS ANGEGEBEN, WERTE IN TAUSEND €)

—AKTIVSEITE

zu 3. Forderungen an Kreditinstitute

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute – Unterposten b) – beinhalten Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	238.043
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	242.855
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	340.062
– mehr als fünf Jahre	725

Im Posten 3 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 2.100)	1.986
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 61.747)	44.156
– Forderungen an die eigene Girozentrale	20.396
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: –)	–

zu 4. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden beinhalten Forderungen

– mit unbestimmter Laufzeit	299.529
-----------------------------	---------

sowie Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	922.232
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	467.645
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.943.758
– mehr als fünf Jahre	3.695.820

Im Posten 4 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 17.999)	35.123
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 383.761)	393.797
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: 1.034)	32.561
– darunter an verbundene Unternehmen (Vorjahr: –)	1.526
– darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 1.034)	1.034

zu 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im folgenden Jahr fällig

165.242

Im Posten 5 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	581.708
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	38.343
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 290.065)	413.828
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –)	–
– eigene Schuldverschreibungen (5 c) mit Nachrangabrede (Vorjahr: 888)	737

zu 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Im Posten 6 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	67.651
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	4.408
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 1.445.193)	1.236.884
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –)	–
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –)	–
– Spezialfondsanteile	1.101.559

Die Anteilscheine der Spezialfonds sind nach § 92 InvG nur mit Zustimmung der Kapitalanlagegesellschaft übertragbar. Die Gesellschaften schütten grundsätzlich die per Fondsgeschäftsjahresende für Rechnung der Sondervermögen angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen und Dividenden aus, wobei Zwischenausschüttungen vorgenommen werden. Die zur Ausschüttung verfügbaren realisierten Kursgewinne per Fondsgeschäftsjahresende werden von den Gesellschaften überwiegend thesauriert. Die positiven Ergebnisse aus Finanzterminkontrakten am Fondsgeschäftsjahresende wurden vollständig ausgeschüttet.

zu 7. Beteiligungen		
– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere		23
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere		–
zu 8. Anteile an verbundenen Unternehmen		
Im Posten 8 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.		
zu 9. Treuhandvermögen		
Bei den Treuhandvermögen handelt es sich um:		
– Forderungen an Kunden		18.606
– Sonstige Vermögensgegenstände		907
zu 11. und 12. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		
Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:		
	immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
Anschaffungskosten am Jahresanfang	28.737	275.666
Zugänge	6.233	3.367
Abgänge	4.200	15.873
<u>kumulierte Abschreibungen</u>	<u>22.699</u>	<u>145.171</u>
Bilanzwerte am Jahresende	8.071	117.989
Abschreibungen im Geschäftsjahr	2.157	8.958
Im Posten 12 Sachanlagen sind enthalten:		
– im Rahmen der Sparkassentätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude		70.585
– Betriebs- und Geschäftsausstattung		17.355
zu 13. Sonstige Vermögensgegenstände		
Im Posten 13 sind enthalten:		
– Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens (Vorjahr: 77)		77
Bemerkenswerte Einzelposten:		
– Steuererstattungsansprüche		8.648
– Forderungen an verbundene Unternehmen aus Ergebnisabführung		5.757
– nachrangige Vermögensgegenstände (Stille Beteiligungen)		10.000
zu 14. Rechnungsabgrenzungsposten		
Im Posten 14 sind enthalten:		
– Disagien aus Verbindlichkeiten (Vorjahr: 1.108)		1.229
– Agien aus Forderungen (Vorjahr: 7)		4

–PASSIVSEITE

zu 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	190.014
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	252.784
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.777.185
– mehr als fünf Jahre	648.506

Im Posten 1 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 2.669)	307
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 31.161)	37.487
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	43.360

Für in diesem Posten enthaltene Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände von 660,9 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – Unterposten a) ab) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	68.261
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	202.196
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	137.178
– mehr als fünf Jahre	6.672

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) bb) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	331.910
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	43.684
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	193.235
– mehr als fünf Jahre	296.082

Im Posten 2 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 46.166)	40.429
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 38.994)	40.021

zu 3. Verbriefte Verbindlichkeiten

Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im folgenden Jahr fällig 52.027

Im Posten 3 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 8.634)	1.010
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 15.815)	15.815

zu 4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:

– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.408
– Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.105

zu 5. Sonstige Verbindlichkeiten

Bemerkenswerte Einzelposten:

– von unseren Kunden einbehaltene Zinsabschlagsteuer	14.066
– Rückzahlungsverpflichtungen aus geschlossenen Immobilienfonds	3.691
– Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.794

Für in diesem Posten enthaltene Margin-Verpflichtungen aus EUREX-Geschäften sind Wertpapiere über 5,0 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 6. Rechnungsabgrenzungsposten	
Im Posten 6 sind Agien und Disagien aus Forderungen enthalten (Vorjahr: 13.052).	10.546
zu 9. Nachrangige Verbindlichkeiten	
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 123)	254
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 668)	668
Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind in 2006 Zinsaufwendungen in folgender Höhe angefallen.	8.993
Der Bestand betrifft auf Deutsche Mark und Euro lautende Inhaber- und Namensschuldverschreibungen mit fester Verzinsung und Fälligkeiten von 2007 bis 2019. Eine vorzeitige Rückzahlung sowie eine Umwandlung in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vorgesehen.	
zu 10. Genusssrechtskapital	
Der Bestand betrifft 15 Namensgenussscheine. Im Geschäftsjahr 2006 wurden keine neuen Namensgenussscheine ausgegeben.	
zu 11. Eigenkapital	
Das Grundkapital beträgt 370,0 Mio. € und teilt sich auf 370.000 nennwertlose Stückaktien auf. Die Aktien werden vollständig von der Finanzholding der Sparkasse in Bremen gehalten. Zum gezeichneten Kapital gehört eine Stille Einlage in Höhe von 13,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 3 Jahren und eine Stille Einlage in Höhe von 40,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren.	
Gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 28. 07. 2006 wurden 12,6 Mio. € aus dem Bilanzgewinn des Jahres 2005 in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.	
Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, vom Bilanzgewinn 2006 von insgesamt 15,1 Mio. € 14,6 Mio. € den Gewinnrücklagen zuzuführen und 0,5 Mio. € an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen auszuschütten.	
zu Eventualverbindlichkeiten (Nr. 1 unter dem Strich)	
In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind enthalten:	
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: –)	42
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 3.776)	3.166

III. SONSTIGE ANGABEN ZUR BILANZ

— FREMDWÄHRUNGSAKTIVA UND -PASSIVA

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, beläuft sich umgerechnet auf 173,6 Mio. € respektive 188,0 Mio. €.

— ECHTE PENSIONS GESCHÄFTE

Zum Abschlussstichtag waren keine Vermögensgegenstände in Pension gegeben.

— SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Lizenz- und Wartungsverträgen von derzeit p. a. 8,8 Mio. €.

Im Beteiligungsbereich bestehen nicht passivierte Einzahlungs- bzw. Nachschussverpflichtungen von derzeit 14,3 Mio. €.

Aus der aufgrund nicht mehr mehrheitlichen Beteiligung am Bankhaus Carl F. Plump & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen, am 06.04.2000 widerrufenen Erklärung gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Köln, ist die Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, verpflichtet, diesen von Verlusten aus bis dahin angelegten Maßnahmen gemäß § 2 Abs. 2 des Statuts des Einlagensicherungsfonds freizustellen.

Gemäß besonderen Erklärungen sind die von der Sparkasse für fünf Objektfinanzierungen bei Grundstückskommanditgesellschaften eingesetzten Komplementäre aus der persönlichen Haftung für Verbindlichkeiten dieser gegenüber der Sparkasse freizustellen.

Im Zusammenhang mit der Auslagerung von Tätigkeiten hat sich die Sparkasse für einen befristeten Zeitraum verpflichtet, einigen Tochtergesellschaften zu ermöglichen, etwaige Ausgleichszahlungen im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen, wie sie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen wären. Dieses gilt so lange, wie die Sparkasse Mehrheitsgesellschafterin der jeweiligen Tochtergesellschaft ist.

Mit der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, haftet die Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, gesamtschuldnerisch für die Grunderwerbsteuer im Zusammenhang mit der Übertragung der Grundstücke und Gebäude bei der Auslagerung des Bankbetriebes auf die Die Sparkasse Bremen AG, Bremen.

— ANHANGANGABEN GEMÄSS

§ 160 ABS. 1 NR. 8 AKTG

Nachfolgende Bekanntmachung wurde der AG mitgeteilt: »Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Am Brill 1–3 in 28195 Bremen, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihr 100 % der Aktien an unserer Gesellschaft gehören.«

— TERMINGESCHÄFTE

Der wesentliche Teil der am Abschlussstichtag bestehenden zinsbezogenen Geschäfte (Zinsswaps) wurde zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich überwiegend um Handelsgeschäfte mit Kunden, die nahezu vollständig kursgesichert wurden.

Restlaufzeit	bis 1 Jahr Mio. €	über 1 Jahr bis 5 Jahre Mio. €	über 5 Jahre Mio. €	Gesamt Mio. €	Zeitwerte Mio. €	Buchwerte Mio. €	Bilanz- posten
Zinsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	435,2	1.588,1	770,0	2.793,3	-2,5	0,0	A13 / P5
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	814,7	28,3	–	843,0	1,0	0,9 / 1,0	A13 / P5
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–
Geschäfte mit sonstigen Risiken							
OTC-Produkte	–	–	–	–	–	–	–
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt				3.636,3			

Zinsswaps

Der Zeitwert ergibt sich aus der Saldierung der mit Hilfe der Zerobond-Renditen berechneten Barwerte der cash-flows der beiden Swapseiten. Die cash-flows der variablen Seite werden mittels impliziter Forward Rates berechnet.

Devisentermingeschäfte

Der Zeitwert ergibt sich aus dem aktuellen Terminkurs (Kassakurs zum Bilanzstichtag +/- Swapsatz für die Restlaufzeit per Bilanzstichtag).

Devisenoptionen

Der Zeitwert wird nach dem Garmann-Kohlhagen-Modell berechnet.

Caps

Mit Hilfe des modifizierten Black-Modells wird der Zeitwert als Summe der mit den Zerobond-Renditen abgezinsten theoretischen Preise jedes einzelnen Caplets auf den Bewertungszeitpunkt berechnet.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

zu 5. Provisionserträge

Im Rahmen unseres Allfinanz-Angebotes haben wir aus gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen für die Vermittlung von Lebens- und Sachversicherungen, Bausparprodukten und Investmentfonds-Anteilen Provisionserträge erhalten.

zu 8. Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind u. a. 10,5 Mio. € Verwaltungskostenerstattungen durch Tochterunternehmen, 2,9 Mio. € ordentliche Grundstücks- und Gebäudeerträge und 2,2 Mio. € andere Gebühren aus dem Darlehensgeschäft enthalten.

V. SONSTIGE ANGABEN

ANTEILSBESITZ			
Anteilsbesitz ab mind. 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist.	Anteil am Kapital Ende 2006 in %	Eigenkapital 2005 in T€	Ergebnis 2005 in T€³
Name und Sitz der Gesellschaft			
nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	71.500 ²	0 ¹
BREBAU GmbH, Bremen	30,0	55.514	3.306
Bankhaus Carl F. Plump & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	49,0	12.782	0
nwb nordwest Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	10.363 ²	-18 ²
nwu nordwest Unternehmensbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	7.000 ²	0 ¹
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0	4.910	310
nwi nordwest international Servicegesellschaft mbH, Bremen	100,0	1.000 ²	0 ¹
nwd nordwest-data Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	385 ²	0 ¹
nwm nordwest-media Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	100 ²	0 ¹
KV Kapitalbeteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
S-Consult Hanseatische Unternehmensberatung-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
Bremer Schoss Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Bremen	100,0	42 ²	0 ¹
nws nordwest-service & catering Gesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	25 ²	0 ¹
Anmerkungen:			
¹ Mit diesen Gesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge			
² Eigenkapital und Ergebnis 2006			
³ Ausgewiesener Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag der betreffenden Unternehmung			
Beteiligungen der Sparkasse Bremen AG an großen Kapitalgesellschaften sowie an Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen, die fünf vom Hundert der Stimmrechte überschreiten.			
Anteil am Kapital in %			
Name und Sitz der Gesellschaft			
Bankhaus Carl F. Plump & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	49,0		
BREBAU GmbH, Bremen	30,0		
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0		
Bürgschaftsbank Bremen GmbH, Bremen	11,1		
Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	11,0		
neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	6,1		
Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, ist zu 100 % ein Tochterunternehmen der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, stellt einen Konzernabschluss auf, in den Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, einbezogen wird.			
Honorar des gesetzlichen Abschlussprüfers			
Im Aufwand des Geschäftsjahres sind 0,9 Mio. € für die Abschlussprüfung und 0,1 Mio. € für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen enthalten.			

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder,
Vorsitzender

Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler,
stv. Vorsitzender

Dipl.-Kfm. Holger U. Birkigt

Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann

Alexander Künzel (ab 28.07.2006)

Otto Lamotte

Heiko Oerter

Hans-Joachim Schur

Volker Stange

Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Geschäftsführender Gesellschafter der HASECO ZÖGER GmbH & Co. KG

Geschäftsführender Gesellschafter der Birkigt International
Consulting & Media GmbH

Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der
Clostermann & Jasper Partnerschaft

Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Die den Aufsichtsratsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum
Bilanzstichtag mit 1,5 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2006 für
Ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat und in den Ausschüssen des Aufsichtsrates
0,2 Mio. € vergütet.

VORSTAND

Jürgen Oltmann
Dr. rer. nat. Tim Nesemann
Klaus Schöniger
Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Vorsitzender des Vorstandes

Die den Vorstandsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum Bilanzstichtag mit 1,5 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Vorstandes wurden 2,1 Mio. € vergütet, davon 1,4 Mio. € fixe Bezüge und 0,7 Mio. € variable Bezüge.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene wurden 0,9 Mio. € gezahlt; für diesen Personenkreis bestehen Pensionsrückstellungen von 10,0 Mio. €.

MANDATE

JÜRGEN OLTMANN

BREBAU GmbH
BREMER LAGERHAUS GESELLSCHAFT
-Aktiengesellschaft von 1877-
DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche
Factoring GmbH & Co.
Freie Internationale Sparkasse S.A.
neue leben Holding AG
neue leben Pensionskasse AG
neue leben Pensionsverwaltung AG
NRS Norddeutsche Retail-Service AG

AR, stv. Vorsitzender

AR

AR

VR, Vorsitzender

AR

AR

AR

AR, stv. Vorsitzender

–DR. TIM NESEMANN

Bürgschaftsbank Bremen GmbH
GEWOBA Aktiengesellschaft
Wohnen und Bauen

VR, stv. Vorsitzender

AR (ab 16.06.2006)

–KLAUS SCHÖNIGER

Freie Internationale Sparkasse S.A.
LBS Landesbausparkasse Bremen AG
Öffentliche Versicherung Bremen
S Broker AG & Co. KG

VR

AR, stv. Vorsitzender

AR, stv. Mitglied (ab 01.02.2006)

AR (ab 01.06.2006)

–DR. HEIKO STAROBOM

LBS Landesbausparkasse Bremen AG
nordwest-leasing GmbH
Öffentliche Versicherung Bremen

AR

AR

AR

–RALF PASLACK

ErSol Solar Energy AG

AR

**MITARBEITERINNEN
UND MITARBEITER**

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte 1.079 ¹

Teilzeit- und Ultimokräfte 469 ¹

1.548

Auszubildende 70

Insgesamt **1.618**

¹ davon gewerbliche

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

– Vollzeitkräfte 8

– Teilzeit- und Ultimokräfte 82

Bremen, 05. März 2007

Die Sparkasse Bremen AG

Der Vorstand

Oltmann

Dr. Nesemann

Schöniger

Dr. Staroßom

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der

Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 16. April 2007

**Prüfungsstelle des
HANSEATISCHEN SPARKASSEN-
UND GIROVERBANDES**

Bolte
Wirtschaftsprüfer

DIE SPARKASSE BREMEN AG

LAGEBERICHT 2007

RAHMENBEDINGUNGEN

KONJUNKTUR – ETWAS SCHWÄCHER, ABER IMMER NOCH GÜNSTIG

Das Wirtschaftswachstum fiel 2007 etwas hinter dem guten Vorjahreswert zurück. Gleichwohl bewertet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung die Gesamtsituation immer noch günstig wie seit langem nicht.

Das Bruttoinlandsprodukt stieg bundesweit um 2,5 % (2006: 2,7 %). Triebfeder dafür waren wiederum der Export, daneben die Industrieproduktion und die anziehende Inlandsnachfrage. Dies wirkte sich in einer deutlich entspannteren Lage auf dem Arbeitsmarkt aus. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm um 1,7 % auf 39,7 Mio. Menschen zu. Umgekehrt erreichte die Zahl der Erwerbslosen mit knapp unter 3,4 Mio. (rd. 8,2 %) den niedrigsten Stand seit 15 Jahren.

Sorge bereiten die 2007 durch die US-amerikanische Hypothekenkrise ausgelösten weltweiten Finanzmarkturbulenzen. In ihrem Sog wurden die Geld- und Kapitalmärkte empfindlich

gestört. Nur scheinbar mangelnde internationale und deutschen Finanzinstitute ihren offensichtlich immensen Bewertungsbedarf an.

Bremen schloss an die bundesweite wirtschaftliche Entwicklung an. Die Erwerbslosenquote sank auf 10,7 % – den ebenfalls niedrigsten Wert seit 1993. Wieder einmal mehr erwies sich vor allem die Hafen- und Logistikwirtschaft als Leistungsträger, insbesondere der Automobilumschlag.

Für 2008 sind die Aussichten etwas gedämpfter. Erwartet wird bundesweit ein Wachstum von noch um etwa 2 %. Ein Ende der Finanzmarktkrise ist nicht absehbar. Der private Konsum dürfte von einer weiter zunehmenden Beschäftigung profitieren, sofern es den Tarifparteien gelingt, zu maßvollen Lohn- und Gehaltsabschlüssen zu gelangen.

VERTRIEBSOFFENSIVE – FAIR. MENSCHLICH. NAH.

Der Markt für Finanzdienstleistungen ist einem ungebrochenen Wandel unterworfen. Neue Anbieter treten auf den Plan. Neue Produkte und Vertriebswege sind an der Tagesordnung. Die privaten Großbanken haben das Geschäft mit dem Privatkunden wiederentdeckt. Dies alles fordert uns heraus, uns umso klarer auf unsere eigenen Stärken zu konzentrieren und unsere Chancen selbstbewusst zu nutzen.

Unsere Antwort setzt dort an, wo wir am stärksten sind: der Nähe zum Kunden. Diese Nähe wollen wir mit unserer Vertriebsoffensive beleben und mit neuer Qualität versehen.

Die neue Vertriebsstruktur im Privatkunden- und Firmenkundengeschäft war dafür ein notwendiger und wichtiger Schritt. Kompetente Beratung und bedarfsgerechter Produktverkauf erfolgen – bei Verbleib der hohen Präsenz vor Ort – neben dem zentralen Private Banking und Firmenkundengeschäft in sieben Vermögensmanagement- und fünf Firmenkundencentern sowie 27 Marktbereichen mit 63 personengestützten Filialen,

27 SB-Filialen und zwei Sparkassen-Shops. Hinzugekommen ist der echte Multikanal- einschließlich Direktvertrieb über unsere seit Mai 2007 online geschaltete Internet-Vertriebsplattform und unser Telefonbanking. Prozessoptimierungen und -verlagerungen entlasten den Vertrieb von administrativen Aufgaben.

Dies alles hat zum Ziel, Raum zu schaffen – Raum für mehr Beratungszeit und -qualität und natürlich mehr Abschlüsse. Dabei begleiten wir sowohl unsere Führungskräfte als auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit umfangreichen Trainings und Coachings, um die gewonnenen Freiräume intensiv zu nutzen. Wir sind daher zuversichtlich, dass unsere Vertriebsoffensive – mit Kompetenz, Fairness und persönlicher Nähe bei wettbewerbsgerechten Preisen und guter Qualität – unsere Marktführerschaft in Bremen stärken und unter Beweis stellen wird – entsprechend dem Leitmotiv des Deutschen Sparkassentages 2007: FAIR. MENSCHLICH. NAH.

NRS NORDDEUTSCHE RETAIL-SERVICE AG – ERFOLGREICHES ERSTES VOLLES GESCHÄFTSJAHR

Konsequente Ausrichtung zur Vertriebssparkasse – das ist eine Seite der Medaille, Kräftebündelung von Marktfolge- und Serviceaufgaben die andere. Unser erfolgreiches Outsourcing von Leistungen des Zahlungsverkehrs, der Kreditnachbearbeitung, des Betriebes unserer IT-Infrastruktur und des Facility Managements auf Tochter-, Beteiligungs- und Fremdunternehmen bilden beredte Beispiele, jüngstes davon ist die NRS Norddeutsche Retail-Service AG. Der leistungsfähige Anbieter von Marktfolge- und Serviceaufgaben beschäftigt mittlerweile – mit seinen beiden Tochterunternehmen, der Kredit-Service-Center GmbH und der ZVS Zahlungsverkehrs- und Transaktionservicegesellschaft mbH, der sich inzwischen 38 Sparkassen als

Nutzer angeschlossen haben – in Bremen, Hamburg und Neumünster rund 1.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; für 2008 ist eine Dependance in Lübeck geplant. Die NRS Norddeutsche Retail-Service AG nutzte das Geschäftsjahr, um interne Prozesse weiter zu optimieren, aber vor allem weitere Mandanten zu gewinnen. Neben den Gründersparkassen in Bremen und Hamburg arbeiten seit 2007 die Sparkasse Südholstein, Neumünster, und die Sparkasse Harburg-Buxtehude mit ihr zusammen. Die Sparkasse Mittelholstein AG, Rendsburg, die Sparkassen Wedel und Hohenweststedt sowie die Sparkasse zu Lübeck folgten 2008. Mit weiteren Instituten ist die NRS Norddeutsche Retail-Service AG im Angebotsprozess – Erfolg spricht sich eben herum.

INTERNE PROJEKTE – INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

Nicht nur Vertriebsoffensive und Outsourcingaktivitäten, sondern auch unsere internen Projekte sind Investitionen in die Zukunft.

Um die Sparkasse Bremen auch künftig fit zu machen für die Herausforderungen des Wettbewerbes und die Anforderungen des Gesetzgebers, haben wir uns entschieden, unsere IT-Anwendungen auf die Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG zu übertragen. Der Umstellungstermin ist vorgesehen für Oktober 2008 – und die Zeichen stehen gut, dass wir das anspruchsvolle Ziel termingerecht erreichen.

Die Novellierung des Pfandbriefgesetzes mit dem Fall des Pfandbriefprivileges hatten wir zum Anlass genommen, unser Pfandbriefprojekt aufzulegen. Bis Herbst 2008 wollen wir die Pfandbrieffähigkeit der Sparkasse Bremen herstellen, um

unsere Refinanzierungskosten künftig durch die Emission von Pfandbriefen dauerhaft zu entlasten.

Daneben dienen unsere internen Projekte der Erfüllung aufsichtsrechtlicher und gesetzgeberischer Anforderungen. Nach integrierter Umsetzung aller drei Säulen der neuen Eigenkapitalvorschriften gab die Sparkasse Bremen als eine der ersten Sparkassen bzw. als eines von wenigen Kreditinstituten plangemäß zum 30. Juni 2007 ihre erste Basel-II-konforme Meldung ab. Die praktische Umsetzung der europäischen Finanzmarkt-Richtlinie wurde erfolgreich und pünktlich am 31. Oktober 2007 abgeschlossen.

Insgesamt haben wir allein seit 2003 für 400 Projekte und Maßnahmen einschließlich der aktuell laufenden Projekte etwa 390 Personennjahre aufgewandt – eine beachtliche Leistung.

GESCHÄFTSVERLAUF

BILANZSUMME LEICHT ERHÖHT

Die Sparkasse Bremen hat sich in schwierigem Umfeld behauptet und blickt 2007 auf eine vergleichsweise gute Geschäftsentwicklung zurück. Die Bilanzsumme erhöhte sich leicht um 2,8% auf 11,3 Mrd. €.

Auf der Aktivseite nahmen unsere Beteiligungen und vor allem die Forderungen an Kreditinstitute deutlich zu.

Die vom amerikanischen Hypothekengeschäft ausgelöste Finanzmarktkrise blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Geld-

und Kapitalmarktentwicklung. Um möglichen Risiken daraus wirksam zu begegnen, bauten wir den Bestand unserer Wertpapiere durch Verkauf von Schuldverschreibungen und Spezialfondsanlagen signifikant ab.

Auf der Passivseite wuchsen die Kundeneinlagen beachtlich weiter, während wir die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erneut reduzierten.

KREDITGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2007	2006	2005	2004	2003
Forderungen an Kunden	7.770,1	7.727,3	7.829,3	7.881,7	7.657,5
davon:					
Wechsel	0,0	0,0	20,7	46,4	51,9
Kurz-, mittel- und langfristige Kundenforderungen	7.317,0	7.335,4	7.419,0	7.378,1	7.161,0
davon:					
Erworbene Schuldscheine	151,7	262,8	262,4	257,2	6,2
Durchlaufende Kredite	18,8	18,6	19,2	19,7	13,0
Avale und Indossamentsverbindlichkeiten	434,3	373,3	370,4	437,5	431,6
Forderungen an Kreditinstitute	1.955,5	1.127,2	998,5	939,8	545,3

Die Gesamtforderungen an Kunden (einschließlich erworbener Schuldscheine, durchlaufender Kredite, Avale und Indossamentsverbindlichkeiten) lagen am 31. Dezember 2007 bei 7,8 Mrd. €.

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS MIT FIRMIEN- UND PRIVATKUNDEN (IN MIO. €)

	2007	2006	2005	2004	2003
Firmenkunden *	4.634,2	4.477,9	4.447,5	4.364,0	4.350,1
Privatkunden *	2.699,7	2.773,7	2.918,7	2.978,9	2.987,7

* auf Basis der aufsichtsrechtlichen Meldedaten

Das Kreditgeschäft mit Firmenkunden nahm um 3,5 % auf 4,6 Mrd. € zu. Erneut resultiert dieser Anstieg aus der erfreulichen Entwicklung der Investitionskredite.

Die Kredite an Privatkunden nahmen um 2,7 % auf 2,7 Mrd. € ab. Wir konnten zwar unsere Neubewilligungen gegenüber dem Vorjahr um fast 125 Mio. € erhöhen, insgesamt aber war

das Ergebnis infolge hoher Tilgungen leicht rückläufig. Dieser Rückgang entspricht einem Branchentrend, der in Vergleichsanalysen bestätigt wird.

Die deutliche Steigerung der Forderungen an Kreditinstitute resultiert aus der Wiederanlage der freigewordenen, liquiden Mittel aus unseren Wertpapierverkäufen.

EINLAGENGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES EINLAGENGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2007	2006	2005	2004	2003
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieftete Verbindlichkeiten	7.335,9	6.965,4	6.736,0	6.482,8	6.183,7
davon:					
Spareinlagen	3.674,2	3.798,4	3.824,8	3.644,8	3.375,2
Sparkassenbriefe	0,0	11,1	20,7	30,1	72,2
Schuldverschreibungen	441,6	436,9	509,7	649,4	701,6
Täglich fällige Einlagen	2.168,2	1.844,6	1.645,8	1.509,3	1.393,2
Befristete Einlagen	1.051,9	874,4	735,0	649,2	641,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.924,4	3.004,9	3.160,1	3.000,3	3.142,8

Die Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieften Verbindlichkeiten erhöhte sich beachtlich um 5,3 % auf 7,3 Mrd. €. Zu diesem Anstieg trug im Wesentlichen die Zunahme der täglich fälligen Einlagen bei.

Durch die erfreuliche Entwicklung der Kundeneinlagen konnten wir die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 2,7 % auf 2,9 Mrd. € erneut reduzieren.

DIENSTLEISTUNGSGESCHÄFT

Das Provisionsergebnis zeigt, dass wir uns erneut unseren Kunden als kompetenter Dienstleister empfehlen konnten. Das hervorragende Ergebnis aus dem Vorjahr wurde um 3,3 Mio. € übertroffen und erreichte eine neue Rekordhöhe von 59,1 Mio. €.

Neben der erfreulichen Entwicklung des Wertpapiergeschäftes haben insbesondere die Bereiche Versicherungen und Bausparen zu diesem Erfolg beigetragen. Dies bestätigt das Vertrauen, das unsere Kunden in uns als Finanzdienstleister setzen.

ENTWICKLUNG DES WERTPAPIERDIENSTLEISTUNGSGESCHÄFTS (UMSÄTZE IN MIO. €)

	2007	2006	2005	2004	2003
Aktien und Investmentzertifikate	922,4	677,2	463,2	454,8	542,9
Festverzinsliche Wertpapiere	204,2	146,0	198,9	181,0	233,2
Eigenemissionen	162,4	208,5	206,8	226,9	303,7

Trotz der Turbulenzen an den Finanz- und Kapitalmärkten verzeichneten wir bei den Aktien und Investmentzertifikaten einen Anstieg der Umsätze um 36,2 % sowie im Bereich der festver-

zinslichen Wertpapiere um knapp 40,0 %. Der Absatz unserer Eigenemissionen ging hingegen deutlich zurück.

EIGENANLAGEN IN WERTPAPIEREN

Im Rahmen unserer Zinsbuchsteuerung haben wir uns 2007 entschlossen, der Entwicklung an den Kapitalmärkten Rechnung zu tragen, und haben zur Risikoabschirmung Kurswertverluste bei Rentenwerten realisiert. Darüber hinaus haben wir unter Inkaufnahme von Kurswertverlusten gegenüber 2006 den Bestand an

Spezialfonds um rund 533 Mio. € reduziert und so insgesamt das Risiko der Eigenanlagen stark verringert, um mit möglichen ungünstigen Entwicklungen an den Geld- und Kapitalmärkten einhergehende weitere Abschreibungsrisiken bereits heute zu vermeiden.

BETEILIGUNGEN UND ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Unser Beteiligungs- und Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen nahm um 43,2 Mio. € auf 225,9 Mio. € zu.

Die Zunahme resultierte im Wesentlichen aus unserer Beteiligungsübernahme an der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG für den Mehrheitserwerb an der Landesbank Berlin Holding AG, Kapitalabrufen der Odewald & Compagnie GmbH & Co. Dritte Beteiligungsgesellschaft für Vermögensanlagen KG sowie der Beteiligung an dem Private Equity-Dachfonds Golding Mezzanine SICAV IV.

Der Mehrheitserwerb an der Landesbank Berlin Holding AG durch die S-Finanzgruppe mbH & Co. KG sichert – die Berliner Sparkasse ist Teil der Unternehmensgruppe – nicht nur den Markenerhalt »Sparkasse«, sondern eröffnet der Sparkassen-Finanzgruppe vielfältige strategische Optionen, zum Beispiel im Rahmen eines zentralisierten Vertriebes der sogenannten »Leuchtturmprodukte« (u. a. Baufinanzierung, Konsumentenkredit).

Der Zunahme standen einige Verringerungen gegenüber, insbesondere durch im Rahmen plangemäßer Exits erfolgte Kapitalrückführungen der Odewald & Compagnie GmbH & Co. Kommanditgesellschaft für Vermögensanlagen in Portfoliounternehmen, die Kapitalherabsetzung bei der Heptagon Capital Beteiligungsgesellschaft der Freien Sparkassen mbH & Co. KG und die beendete Liquidation der Park Hotel Bremen GmbH i. L., nachdem Hotelimmobilie und -grundstück 2002 mit der PBE Parkhotel Bremen Dr. Herbert Ebertz KG in eine Fondslösung überführt worden waren.

Die Veränderungen im Beteiligungsbereich erfolgten – bei Beachtung unserer Beteiligungsstrategie – sowohl unter strategischen als auch ertragsorientierten Gesichtspunkten. Mit unseren Tochterunternehmen bestehen zumeist Ergebnisabführungsverträge.

SACHINVESTITIONEN

Im Anstieg des Sachaufwands spiegeln sich auch im Jahr 2007 die Investitionen in unsere Zukunftsprojekte wider. Zum einen stellen wir mit der Neustrukturierung unseres Vertriebs auch in den Folgejahren sicher, dass sich unsere Erträge im Kundengeschäft weiter auf hohem Niveau bewegen, zum anderen

planen wir die Verlagerung einiger IT-Bereiche auf die Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG, mit der wir langfristig unsere Kosten wirkungsvoll senken werden. Erste Kosteneinsparungseffekte erwarten wir bereits ab 2009.

PERSONAL- UND SOZIALBEREICH

Zum 31. Dezember 2007 waren bei der Sparkasse Bremen 1.593 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, was umgerechnet auf Vollzeitkräfte 1.283 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entspricht. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt um 2,8 %. Die Zahl der Teilzeitkräfte und Aushilfen beträgt 408. Die Zahl der Auszubildenden wurde mit 88 gegenüber dem Vorjahr (82) erneut erhöht.

Auch 2007 stellten neue oder absehbare gesetzliche Regelungen hohe Anforderungen an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowohl bei der Beratung unserer Kunden als auch im Backoffice-Bereich. Unser Ausbildungs- und Weiterbildungs-

angebot in Form von betriebsinternen und externen Seminaren stellt sicher, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Erwartungen erfüllen. Dies spiegelt sich in deren hohem Ausbildungsstand wider: Über 28 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über den Abschluss als Bankkauffrau bzw. Bankkaufmann, rund 44 % darüber hinaus über eine weitergehende Qualifikation als Sparkassen-/Bankfachwirt, Sparkassenbetriebswirt (grad.) oder Bankbetriebswirt; weitere 9,1 % haben erfolgreich eine Fachhochschule oder Universität besucht.

VERMÖGENSLAGE

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSITIONEN (IN MIO. €)

	2007	2006	2005	2004	2003
Forderungen an Kreditinstitute	1.955,5	1.127,2	998,5	939,8	545,3
Forderungen an Kunden	7.317,0	7.335,4	7.419,0	7.378,1	7.161,0
Wertpapiere	1.343,0	1.862,6	1.871,3	1.378,0	1.917,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.924,4	3.004,9	3.160,1	3.000,3	3.142,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.894,3	6.528,4	6.226,3	5.833,3	5.482,1

Die Forderungen an Kunden bewegen sich nahezu auf Vorjahresniveau und tragen mit 65 % zur Bilanzsumme bei. Die Anlagen in Wertpapieren haben sich um insgesamt knapp 520 Mio. € oder 28 % reduziert. Maßgeblich dafür war – neben der Erhöhung des Bestandes an Geldmarktpapieren und Schuldverschreibungen – die im Rahmen der risikoorientierten Steuerung unseres Portfolios erfolgte Reduzierung der Spezialfonds um 533 Mio. €. Als Alternativenanlage boten sich kurzfristige Bankengelder an, so dass die Forderungen an Kreditinstitute deutlich um 828,3 Mio. € auf knapp 2 Mrd. € stiegen. Damit stieg auch der Anteil der Forderungen an Kreditinstitute an der Bilanzsumme von 10 % auf rund 17 %; analog sank der Anteil der Wertpapiere von rund

17 % auf nunmehr 12 %. Im Passivbereich ergaben sich keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Die Eigenmittel der Sparkasse Bremen belaufen sich nach Gewinnverwendung auf 862,6 Mio. €. Das daraus abgeleitete Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva konnte auf 10,9 % erneut erfreulich gesteigert werden und bildet eine angemessene Ausgangsbasis für die weitere Geschäftsentwicklung.

Die Wertpapiere der Direktanlage im Anlagevermögen werden teilweise erstmals nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

FINANZLAGE

Ein wesentlicher Indikator für die kurzfristige Zahlungsbereitschaft ist der Grundsatz II, der die materielle Liquidität darstellt. Im Durchschnitt lag diese Liquiditätskennzahl deutlich oberhalb der erforderlichen gesetzlichen Mindestnorm.

Unser laufendes Guthaben bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften betrug im Jahresdurchschnitt 119,6 Mio. €.

Die Summe aus Barreserve, den Geldanlagen bei Kreditinstituten und festverzinslichen Wertpapieren beträgt zum Bilanzstichtag 3,0 Mrd. €. Diese Mittel sowie unsere Liquiditätssteuerung stellen auch künftig die Zahlungsbereitschaft sicher.

ERTRAGSLAGE

ENTWICKLUNG DER ERFOLGSPOSITIONEN (IN MIO. €)

	2007	2006	2005	2004	2003
Zinsüberschuss ¹⁾	208,3	221,0	239,2	241,3	248,4
Provisionsüberschuss	59,1	55,8	55,8	55,5	51,2
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	3,6	1,3	2,2	1,0	3,1
Personalaufwand	106,4	119,3	113,8	116,0	123,0
Sachaufwand ²⁾	105,7	95,1	79,0	82,8	89,5
Verwaltungsaufwand ²⁾	212,1	214,4	192,8	198,8	212,5
Bewertungsergebnis	-65,3	-66,1	-92,0	-100,0	-50,6
Gewinnabhängige Steuern	0,3	-1,2	6,8	-10,0	34,7
Jahresergebnis	10,5	15,1	13,7	18,2	10,4
Dividende	0,4	0,5	1,1	0,9	0,6
Rücklagenzuführung	10,1	14,6	12,6	17,3	9,8

¹⁾ einschließlich laufender Erträge sowie Erträgen aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen

²⁾ einschließlich Abschreibungen

Die Darstellung der Ertragslage erfolgt abweichend zu den Vorjahren auf Basis von handelsrechtlichen Zahlen. Bei unserer unterjährigen Planung und Steuerung berücksichtigen wir weiterhin die betriebswirtschaftliche Sicht. Beide Ansätze sind jederzeit ineinander überführbar. Während die betriebswirtschaftliche Sicht der Systematik des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, des Betriebsvergleiches und dem Erfahrungsaustausch der Großsparkassen entspricht, ermöglicht der von uns gewählte handelsrechtliche Ausweis auch eine Vergleichbarkeit mit Kreditinstituten des privatrechtlichen Sektors.

Unser Jahresergebnis war im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Das schwierige wirtschaftliche Umfeld führte zu Verschiebungen zwischen einzelnen Positionen.

Der Rückgang des Zinsüberschusses resultiert aus der aktuellen Zinssituation und entspricht auch in diesem Jahr dem allgemeinen Branchentrend. Er ging um 5,7 % bzw. 12,7 Mio. € auf 208,3 Mio. € zurück. Während die Zinserträge um 35,7 auf 552,2 Mio. € stiegen, verzeichneten wir bei dem Zinsaufwand (einschließlich des saldierten Zinsergebnisses aus Derivaten) einen Anstieg um 16,4 % bzw. 48,4 Mio. € auf 343,9 Mio. €. Hier wirkte sich insbesondere das gestiegene Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt belastend aus, welches stärker gestiegen ist als erwartet. Während wir für aufgenommene Mittel tendenziell eine kurze Zinsbindung eingehen und infolge gestiegener kurzfristiger Zinsen nunmehr einen höheren Zinssatz bezahlen, sind die ausgeliehenen Mittel größtenteils durch längere Festzinsvereinbarungen geprägt. Das Jahr 2007 war gekennzeichnet durch eine flache Zinsstrukturkurve. Teilweise konnten wir diesem branchenüblichen Trend beim Zinsüberschuss entgegen wirken, indem wir Zinsswaps aufgelöst und deren Erträge

vereinnahmt haben. Diese Erträge stammen zu einem großen Teil aus Absicherungsswaps, so dass die Erträge daraus mit Kursverlusten im Wertpapierbereich korrespondieren.

Das Provisionsergebnis zeigt, dass wir uns erneut unseren Kunden als kompetenter Dienstleister empfehlen konnten. Das hervorragende Ergebnis aus dem Vorjahr konnte um 3,3 Mio. € übertroffen werden und hat eine neue Rekordhöhe von 59,1 Mio. € erreicht. Wir sehen hier – wie erwartet – bereits die positiven Auswirkungen unserer Projekte zur Vertriebsoffensive, in deren Rahmen wir die Vertriebsstruktur reorganisiert haben, so dass sich insbesondere die Provisionen aus dem Wertpapier- und dem Versicherungsgeschäft sehr positiv entwickelt haben.

Der Personalaufwand nahm gegenüber dem Vorjahr deutlich ab. Ursächlich hierfür sind deutlich niedrigere Zuführungen zu den Rückstellungen für die Alterssicherung auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens. Darüber hinaus führte das erste volle Geschäftsjahr nach dem Mitte 2006 erfolgten Betriebs- und Mitarbeiterübergang auf die NRS Norddeutsche Retail-Service AG zur Reduzierung des Personalaufwandes.

Dagegen erhöhte sich der Sachaufwand erneut deutlich um 11,1 % bzw. 10,6 Mio. € auf 105,7 Mio. € (Vorjahr: 95,1 Mio. €) – neben dem Betriebsübergang eine Auswirkung unserer zukunftsorientierten Projekte wie der bevorstehenden Auslagerung von IT-Anwendungen auf die Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG sowie unserer Vertriebsoffensive. Diese Effekte waren in dieser Form erwartet worden und sind letztlich deutlich geringer als geplant ausgefallen.

Die Cost-Income Ratio betrug im Berichtsjahr 73,8 % (Vorjahr: 73,3 %).

Die positive Entwicklung des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften resultiert überwiegend aus dem Devisenhandel mit Firmenkunden.

Das Bewertungsergebnis hat sich insgesamt aufgrund der erwarteten erfreulichen Entwicklung im Kreditbereich leicht verbessert. Die Bewertung unserer Wertpapierbestände in Höhe von 1,3 Mrd. € erforderte Abschreibungen in Höhe von gut 16 Mio. €. Die Entwicklung der Geld- und Kapitalmärkte infolge der Finanzmarkturbulenzen hat uns veranlasst, unter Inkaufnahme eines maßvollen Bewertungsbedarfs die Spezialfondsbestände

erheblich abzubauen und damit indirekte Auswirkungen der US-amerikanischen Hypothekenkrise für die Zukunft zu vermeiden. Die aus der Entwicklung der Ertragslage abgeleitete Eigenkapitalrentabilität vor Steuern betrug 2,1 % (Vorjahr: 2,8 %).

Der Steueraufwand beträgt 0,3 Mio. €.

Der Jahresüberschuss ging gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Mio. € auf 10,5 Mio. € zurück. Davon sollen 0,4 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €) an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen ausgeschüttet sowie 10,1 Mio. € (Vorjahr: 14,6 Mio. €) zur weiteren Substanzstärkung den Gewinnrücklagen zugeführt werden.

NACHTRAGSBERICHT

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2007 haben sich keine wesentlichen Vorgänge ereignet.

RISIKOBERICHT

Der Erfolg bankbetrieblicher Tätigkeit steht in einem engen Spannungsverhältnis zu den eingegangenen Risiken. Die bewusste Übernahme von Risiken wirkt sich daher unmittelbar auf den Erfolg aus und ist eine Voraussetzung zur Erzielung einer angemessenen Rendite.

Die Risikoübernahme und -steuerung erfolgt dabei grundsätzlich unter der risikostrategischen Beachtung zweier Aspekte: Es

müssen zunächst entsprechendes Deckungskapital vorhanden und weiterhin ein angemessener Ertrag zu erwarten sein.

Bei den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die aktive Risiko- und Portfoliosteuerung in der Kreditwirtschaft das zentrale Element, um den Erfolg und das nachhaltige Bestehen des Unternehmens zu sichern.

GESAMTBANKSTEUERUNG

Die Sparkasse Bremen verfügt über ein institutionalisiertes Verfahren zur strategischen und operativen Planung, an denen die maßgeblichen Organisationseinheiten der Sparkasse beteiligt sind. Die Verantwortung für die Koordination aller Planungsaktivitäten liegt in der Einheit Unternehmensentwicklung. Die strategische Planung wird in jährlichen Intervallen überprüft und vom Vorstand beschlossen. Durch monatliche Soll-Ist-Vergleiche im Gesamtbanksteuerungsausschuss werden Planabweichungen in der operativen Planung rechtzeitig identifiziert und mögliche Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet.

Darüber hinaus bereitet der Gesamtbanksteuerungsausschuss die Entscheidungen für grundsätzliche Vorgaben wie Strategie, Risikodeckungsmasse und Risikolimit vor. Grundlage für den Gesamtbanksteuerungsausschuss, in dem der Vorstandsvorsitzende vertreten ist, sind dabei die Ergebnisse aus dem Treasury-Ausschuss und dem Ausschuss Kreditrisiko, die ebenfalls mit den jeweils zuständigen Vorstandsmitgliedern besetzt sind.

Das integrierte Risikomanagementsystem regelt den aufbau- und ablauforganisatorischen Rahmen zur Steuerung und

Überwachung von Risiken und ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung, in die auch die ausgelagerten Bereiche einbezogen sind. Die Steuerung der auf die NRS Norddeutsche Retail-Service AG ausgegliederten Einheiten und Funktionen erfolgt auf Basis eines detaillierten Leistungsmanagements innerhalb der Referate Controlling sowie Konzernrechnungswesen/Steuern.

Verantwortet werden die Risikoprozesse in der Sparkasse Bremen durch das Referat Controlling und die Einheit Kreditmanagement. Ihnen obliegen die Methodenverantwortung für alle risikorelevanten Themen und die Risikoüberwachung, wobei die Methodenentwicklung und Reporterstellung nach Abstimmung und Vorgabe der Sparkasse Bremen durch das Risikoccontrolling in der NRS Norddeutsche Retail-Service AG erfolgt.

Die grundsätzliche Zielsetzung unseres Risikomanagementsystems ist die jederzeitige Sicherstellung der Tragfähigkeit der eingegangenen Risiken. Das Konzept zur regelmäßigen Überwachung von Deckungsmasse und Risikoengagement stellt auf Basis eines ökonomischen und eines GuV-orientierten Steuerungskreises sicher, dass die jederzeitige Risikotragfähigkeit

gewährleistet ist. Hierbei werden betriebswirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund gestellt und externe Anforderungen an die Risikotragfähigkeit als Nebenbedingung berücksichtigt. Das Limitsystem ist am ökonomischen Risikodeckungspotenzial ausgerichtet. Dazu wird das über alle Risikoarten ermittelte Gesamtrisiko regelmäßig dem zur Verfügung stehenden wertorientierten und bilanziellen Kapital unter Berücksichtigung der hebbaren stillen Reserven gegenübergestellt.

Die Umsetzung der neuen Eigenkapitalanforderungen (Basel II) und der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) wurde mit der ersten Meldung per 30. Juni 2007 planmäßig abgeschlossen.

Mit dem Anspruch einer optimalen Steuerung der Rentabilität, des Risikos und der Liquidität verfolgt die Sparkasse die permanente Weiterentwicklung und Optimierung ihrer steuerungsrelevanten Instrumente.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Bei allen Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können, wird ein wirksames Risikomanagement und -controlling eingesetzt, welches nach Bedarf, insbesondere auch vor dem Hintergrund der aktuellen Geld- und Kapitalmarktentwicklungen durch Einzelanalysen ausgewählter Engagements, Portfolien und Positionen ergänzt wird. Risiken der künftigen Entwicklung, die bestandsgefährdend sein könnten, werden durch ein umfassendes Risikofrüherkennungssystem überwacht, durch regelmäßige Analysen von Stresstests begleitet und sind auch nach der durchgeführten Risikoinventur und Risikolandkarte nicht erkennbar. Die Risikotragfähigkeit ist ausreichend und war im Jahr 2007 zu jeder Zeit gegeben.

Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die Summe der gewichteten risikotragenden Aktiva und der

Risiken aus Marktrisikopositionen (alt: Grundsatz I) überschritt per 31. Dezember 2007 mit einer Gesamtkennziffer von 10,9 % deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %.

Solvabilitätskoeffizient (= Grundsatz I)	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005
Gesamtkennziffer	10,9 %	10,4 %	9,5 %

Im Folgenden werden weitere Informationen zum Risikomanagement und -controllingsystem sowie zur Risikolage für die einzelnen Risikoarten dargestellt.

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Unter dem Adressenausfallrisiko verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung für einen Kredit oder ein Finanzinstrument aufgrund eines Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners und das damit verbundene Risiko, dass überlassenes Kapital nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wird.

Zur Quantifizierung des ökonomischen Kreditrisikos auf Portfolioebene werden die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Methoden und Verfahren eingesetzt, die eine integrierte Betrachtung des Adressenausfallrisikos in der gesamten Sparkasse ermöglichen. Das in diesem Zusammenhang eingesetzte VaR-Verfahren auf Basis von CreditPortfolioView ermöglicht für die Betrachtung der Ausfallrisiken auf Gesamtbankebene eine portfolioorientierte Berechnung mit einer entsprechenden Ermittlung der Auslastung der Risikodeckungsmassen. Dadurch ist für die Berechnung des Adressenausfallrisikos ein zu den Marktpreisrisiken von der Methodik her passender Messansatz gegeben.

Zur Unterstützung der strategischen Ausrichtung und langfristigen Existenzsicherung der Sparkasse erfolgt die Steuerung

des Kreditgeschäfts unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten in der Einheit Kreditmanagement und im Ausschuss »Kreditrisikosteuerung«.

Als wesentliche Instrumente zur Bonitätsbeurteilung im Kreditgeschäft wendet die Sparkasse bereits seit vielen Jahren für Firmen- und Privatkunden unterschiedliche interne Ratingverfahren an, um eine angemessene Einschätzung des Risikos zu gewährleisten. Dabei werden differenzierte Verfahren der Sparkassenorganisation eingesetzt, die für jeden Kunden die individuelle Bonität bestimmen. Im Rahmen der Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden 2007 das DSGVO-Immobiliengeschäftsrating und das DSGVO-Kleinstkunden Rating implementiert, um eine zielführende Unterstützung der Bonitätsbeurteilung und Preisgestaltung zu gewährleisten. Die Einführung weiterer Ratingverfahren für spezielle Kundensegmente ist eingeleitet.

Die Entscheidungsbefugnisse bei der einzelgeschäftlichen Kreditbewilligung sind nach Kreditvolumen und Risikogehalt abgestuft. Ab festgelegten Kriterien ist die zusätzliche Risikobeurteilung durch ein vom Markt unabhängiges Votum obliga-

torisch. Über die Hereinnahme bedeutender Risiken beschließt der Kreditausschuss der Sparkasse.

Kein Kreditwachstum um jeden Preis – die Gesamtforderungen an Kunden (einschließlich erworbener Schuldscheine, durchlaufender Kredite, Avale und Indossamentsverbindlichkeiten) haben sich 2007 auf 7,8 Mrd. € stabilisiert.

Die Risikovorsorge hat sich vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmendaten und aufgrund einer vorsichtigen Kreditvergabe- und Sicherheitenpolitik der letzten Jahre deutlich reduziert. Für 2008 wird eine weitere Entlastung erwartet.

Für die Begleitung gefährdeter Kreditengagements und deren Intensivbetreuung in finanziellen Restrukturierungsprozessen setzen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit

besonderem Know-how in einer vom Marktbereich unabhängigen Einheit ein.

Bestehende Prozesse und Methoden zur Kreditrisikosteuerung wurden 2007 im Hinblick auf die aufsichtrechtlichen Vorgaben nach Basel II und MaRisk überarbeitet, um bereits heute die Grundlage für die zukünftige Implementierung anspruchsvollerer Verfahren (IRB-Ansatz) zu legen. Hierzu zählen die Implementierung der weiteren Ratingverfahren sowie ergänzende Methoden zur Steuerung des Kreditgeschäfts.

Die Beteiligungsrisiken als besondere Ausprägung des Adressenausfallrisikos werden mit Hilfe eines eigenständigen, turnusmäßigen Beteiligungscontrollings und -berichtswesens gesteuert.

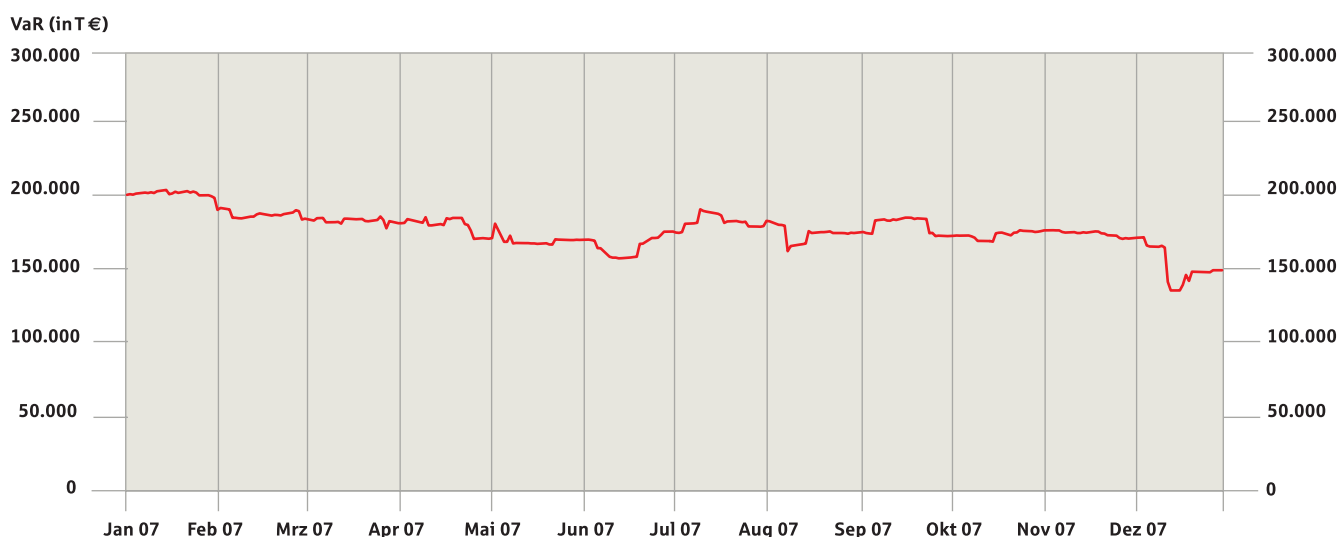
MARKTPREISRISIKO

Unter Marktpreisrisiken verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung von Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Marktparameter wie Zinsen, Aktienkurse und Fremdwährungen.

Für die Marktpreisrisiken der Sparkasse wurden vorstandsseitig Risikolimits festgelegt. Deren Einhaltung wird börsentäglich vom Risikocontrolling überwacht. Die zukünftigen po-

tenziellen Verluste werden durch ein Risikolimit begrenzt, bei dem das Gesamtrisiko der marktpreisrisikobehafteten Positionen nach dem Value-at-Risk-Konzept (VaR) gemessen wird. Der VaR (Konfidenzniveau 99,9 %, Haltedauer 250 Tage) sämtlicher Marktpreisrisikopositionen lag im Durchschnitt des Jahres 2007 bei 178,0 Mio. €.

ENTWICKLUNG DES VALUE AT RISK (VaR) SÄMTLICHER MARKTPREISRISIKOPOSITIONEN



Zur Überprüfung des VaR-Risikomodells wird für den Handelsbestand täglich ein Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass das verwendete Risikomodell die tatsächliche Wertveränderung abdeckt. Anpassungen waren nicht erforderlich.

Darüber hinaus werden im regelmäßigen Turnus mit Hilfe von Worst Case-Szenarien extreme Marktbewegungen des Handelsbereichs simuliert.

Aufgrund seiner Bedeutung wird das Zinsbuch der Sparkasse Bremen gesondert gesteuert und überwacht. Dies erfolgt institutionalisiert durch den Gesamtbanksteuergausschuss und den Treasury-Ausschuss unter vorbereitender Unterstützung durch das Treasury und das Risikocontrolling. Der Treasury-Ausschuss beschließt unter anderem über die Zinsmeinung der Sparkasse sowie über Maßnahmen zur Steuerung der Marktpreisrisiken innerhalb der Limite. Die eingesetzte Software

versetzt uns in die Lage, die barwertigen und GuV-bezogenen Zinsrisiken effizient zu quantifizieren und die Auswirkungen von Maßnahmen zu simulieren.

Bei der Zinsbuchsteuerung verfolgen wir eine semiaktive Strategie. Sie orientiert sich an einer Benchmark (REX-P) und lässt innerhalb eines Zielkorridors von 80–120 % des festgelegten Ziel-VaR eine aktive barwertige Zinsbuchsteuerung durch den Treasury-Ausschuss zu.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Unter dem Liquiditätsrisiko verstehen wir die Gefahr, dass fällige Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht in dem gewünschten Umfang erfüllt werden können.

Diese Risiken werden von der Sparkasse Bremen sowohl im Rahmen der Liquiditätsplanung und -steuerung als auch durch die Einhaltung der Liquiditätskennzahl nach der Liquiditätsverordnung gesteuert.

Zur Verbesserung der Transparenz des kurzfristigen Liquiditätsrisikos und der aktuellen Liquiditätssituation der Sparkasse wird darüber hinaus monatlich ein Liquidity-at-Risk berechnet und die Diversifikation der Kapitalstruktur analysiert.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen werden, soweit sie für die Beurteilung der Lage oder der künftigen Entwicklung von Belang sein können, bei den jeweiligen Risikoarten implizit mit behandelt. So sind etwa zinsbezogene Zahlungsstromschwankungen bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten in der Zinsbuchsteuerung berücksichtigt, während schwankende Zahlungsströme durch Kundendispositionen im Rahmen der kurzfristigen Liquiditätssteuerung durch das Treasury gesteuert werden. Darüber hinaus werden regelmäßig die Auswirkungen von Ratingmigrationen im Allgemeinen und Liquiditätsengpässen auf die Handelsgeschäfte im Besonderen simuliert.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag im Jahr 2007 im Durchschnitt beim Doppelten der erforderlichen Mindestnorm.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag im Jahr 2007 im Durchschnitt beim Doppelten der erforderlichen Mindestnorm.

Liquiditätsverordnung (= Grundsatz II)	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005
Liquiditätskennziffer	1,75	2,05	1,96

OPERATIONELLES RISIKO

Als operationelle Risiken bezeichnen wir die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Die Sparkasse Bremen nutzt für das Management operationeller Risiken Konzepte und Software, die beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband unter Beteiligung vieler Sparkassen entwickelt wurden. Neben den allgemeinen Grundlagen sind dies eine Schadenfalldatenbank sowie die Methoden der jährlichen Risikoinventur und der Risikolandkarte, die alle zwei Jahre durchgeführt wird. Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgen sowohl in der Risikoinventur als auch in der Risikolandkarte anhand strukturiert aufbereiteter Szenarien. Die Risikoinventur für operationelle Risiken gliedert sich in einen qualitativen und einen quantitativen Teil (Verlustpotenzialschätzung).

Die Schadenfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung eingetretener Verluste aus operationellen Risiken und darauf aufbauender Maßnahmen. Die tatsächlichen Verluste

aus operationellen Risiken lagen im Jahr 2007, wie schon in den Vorjahren, deutlich unter dem zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit reservierten Betrag.

Zur Beurteilung des operationellen Risikos wurde 2007 im Rahmen einer fokussierten Risikolandkarte eine Analyse primär IT-bedingter Szenarien vorgenommen, um mögliche Risiken aus der beabsichtigten Migration des Rechenzentrums zu bewerten.

Die Bewertung und Steuerung der über alle Methoden ermittelten Ergebnisse liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Unter Berücksichtigung von Kosten- und Effizienzaspekten entscheiden sie über den Einsatz von Begrenzungs- und Verbesserungsmaßnahmen. Sollte es im Rahmen einer Steuerungsentscheidung zur Einleitung einer Maßnahme kommen, so wird diese (bei entsprechender Bedeutung) in den Planungsprozess der Sparkasse integriert.

Rechtsrisiken als Teil der operationellen Risiken werden durch eine sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher und juristisch geprüfter Standardverträge reduziert.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen stellen Informationen und sichere Prozesse zentrale Ressourcen für den Geschäftserfolg dar. Wir bedienen uns in großem Umfang der technischen Möglichkeiten der Informationsverarbeitung, um einen hohen Wirkungsgrad für unsere Geschäftsprozesse sicher zu stellen. Ziel der Notfall- und Sicherheitsarchitektur ist es daher, die Sparkasse und ihre Kunden durch eine Kombination von organisatorischen, personellen, technischen und baulichen Maßnahmen in Bezug auf alle relevanten Risiken umfassend zu schützen,

um die Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit der Informationen und Prozesse sicher zu stellen und das Ausmaß möglicher Schäden zu begrenzen.

Die durchgeführten Notfalltests, die vorhandenen Notfallhandbücher und Sicherheitsleitlinien dokumentieren diesen Anspruch und geben die Anforderungen an das Sicherheitsmanagement der Sparkasse Bremen, ihrer Tochterunternehmen und externer Leistungserbringer vor.

PROGNOSEBERICHT

Im Folgenden berichten wir über die voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse Bremen im laufenden und folgenden Geschäftsjahr. Unsere Prognose beruht auf unseren aktuellen Erwartungen und heutigen Annahmen, die sich auf die allgemein erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung, unsere operative Planung, unsere mittelfristige Ergebnisplanung sowie langjährige Erfahrungen stützen. Grundsätzlich erwarten wir weder für 2008 noch für 2009 gravierende Veränderungen gegenüber 2007, dennoch ist naturgemäß jede Aussage über zukünftige Ereignisse mit dem Risiko verbunden, dass die tatsächliche Entwicklung anders verläuft.

Neben der weiter andauernden konjunkturellen Erholung erwarten wir, dass unsere Vertriebsstrukturprojekte im Bereich Privat- und Firmenkunden dazu führen, dass unser Kundengeschäft 2008 und 2009 weiter wächst. Dies wird sich auch in einer entsprechenden Ausweitung unserer Bilanzsumme zeigen.

Das Wachstum im Kreditgeschäft werden wir unter Risikogesichtspunkten streng kontrollieren, um die positive Entwicklung des Bewertungsergebnisses weiter zu gewährleisten.

Unter Berücksichtigung unseres weiterhin vom Kundengeschäft getragenen Wachstums, planen wir im Bereich der Eigenanlagen lediglich eine Prolongation auslaufender Positionen, zumal wir in 2007 den Bestand an Rentenpositionen als Reaktion auf die aktuelle Zinsentwicklung reduziert haben.

Unsere attraktiven Produktgestaltungen im Passivbereich haben bereits in den letzten Jahren dazu geführt, dass wir unsere Kundeneinlagen deutlicher als im Branchentrend ausweiten konnten. Auch in den nächsten Jahren erwarten wir eine Fortsetzung dieser Tendenz.

Das geplante Wachstum im Kundengeschäft wird sich positiv auf den Zinsüberschuss auswirken. Die Zinsstrukturkurve, die

die Zinsmarge auf der Passivseite belastet, wird dazu führen, dass sich das Volumenwachstum dort jedoch nur begrenzt niederschlägt. Aus unserem Pfandbriefprojekt erwarten wir ab 2009 ebenfalls einen positiven Einfluss auf unseren Zinsüberschuss.

Auch beim Provisionsüberschuss sehen wir in den nächsten Jahren ein weiteres Wachstum, da unsere Projekte »Neue Vertriebsstruktur Privatkunden« und »Neue Vertriebsstruktur Firmenkunden« in die Ergebnisphase eingetreten sein werden und für neue Akzente im Dienstleistungsgeschäft sorgen.

Nachdem im Jahr 2008 der Verwaltungsaufwand durch die bevorstehende Migration von Teilen unserer IT-Architektur auf die Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG steigen wird, sind wir zuversichtlich, dass wir bereits ab 2009 entsprechende Einsparungspotenziale sowohl im Personal- als auch im Sachaufwand realisieren werden. Zudem wird ab 2008 das System zur Personal- und Sachkostensteuerung dazu beitragen, dass wir die Effizienz unserer Kostenkontrolle weiter erhöhen.

Die Cost-Income-Ratio wird 2009 bei rund 74 % liegen.

Das Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft wird sich nach unserer Einschätzung in den nächsten Jahren deutlich verbessern. Die Sparkasse Bremen achtet bei ihren Direktanlagen grundsätzlich auf eine ausgewogene Risikostruktur, so dass weder ein Engagement in verbrieften Hypothekendarlehen bonitätsschwacher Privatpersonen (sogenannte Subprime-Hypothekendarlehen) noch in sonstigen Asset Backed Securities erfolgt ist. In unseren Spezialfonds sind keine US-Subprime-Risiken vorhanden. Beim Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft gehen wir von Werten auf Vorjahresniveau aus.

Insgesamt werden die vorgenannten Entwicklungen dazu führen, dass das Jahresergebnis moderat, aber durchaus erfreulich wächst. Auch die Eigenkapitalrentabilität wird demzufolge in den Folgejahren steigen.

SCHLUSSEKLRUNG

Gemäß § 312 AktG haben wir über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen einen Bericht erstellt. Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung ab: »Gemäß § 312 Abs. 3 AktG erklären wir als Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr 2007 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unternehmen oder bei jedem Rechtsgeschäft auf Veranlassung oder im

Interesse dieser Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt wurde.

Bremen, im März 2008

Der Vorstand

DIE SPARKASSE BREMEN AG

JAHRESABSCHLUSS 2007

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2007

AKTIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			95.266.039,31		76.345
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			<u>161.235.261,43</u>		203.355
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank</i>	161.235.261,43				203.355
				256.501.300,74	279.700
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			--		-
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar</i>	--				-
b) Wechsel			<u>--</u>		-
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar</i>	--				-
				--	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			204.896.239,39		269.263
b) andere Forderungen			<u>1.750.608.258,93</u>		857.934
				1.955.504.498,32	1.127.197
4. Forderungen an Kunden					
<i>darunter:</i>					
<i>durch Grundpfandrechte gesichert</i>	2.424.073.912,67				2.489.008
<i>Kommunalkredite</i>	176.647.075,24				280.511
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			--		-
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	--				-
ab) von anderen Emittenten		<u>172.181.990,45</u>	172.181.990,45		45.459
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	172.181.990,45				-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		50.596.424,23			196.450
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	50.596.424,23				196.450
bb) von anderen Emittenten		<u>515.335.933,00</u>	565.932.357,23		359.736
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	462.969.784,90				336.669
c) eigene Schuldverschreibungen			<u>15.508.933,55</u>		18.405
<i>Nennbetrag</i>	15.501.981,06				18.222
				753.623.281,23	620.050
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					
				589.384.151,71	1.242.585
7. Beteiligungen					
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	11.943.964,79				11.944
<i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i>	--				-
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	13.024.405,30				13.221
<i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i>	--				-
9. Treuhandvermögen					
<i>darunter:</i>					
<i>Treuhandkredite</i>	18.842.683,18				18.606
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					
				--	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
				8.302.079,49	8.071
12. Sachanlagen					
				112.017.626,33	117.989
13. Sonstige Vermögensgegenstände					
				41.644.593,51	33.792
14. Rechnungsabgrenzungsposten					
				2.690.066,83	3.027
Summe der Aktiva				11.282.285.099,84	10.970.044

PASSIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			45.932.776,57		76.772
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>2.878.472.384,53</u>		2.928.166
				2.924.405.161,10	3.004.938
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	2.837.511.548,35				3.384.089
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>836.664.204,96</u>	3.674.175.753,31		414.307
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	2.168.232.446,20				1.844.570
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.051.923.367,52</u>	<u>3.220.155.813,72</u>		885.460
				6.894.331.567,03	6.528.426
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			292.931.020,55		267.179
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			<u>—,—</u>		—
darunter:					
Geldmarktpapiere	—,—				—
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	—,—				—
				292.931.020,55	267.179
4. Treuhandverbindlichkeiten				19.717.759,24	19.513
darunter:					
Treuhandkredite	18.842.683,18				18.606
5. Sonstige Verbindlichkeiten				44.378.096,03	33.808
6. Rechnungsabgrenzungsposten				8.080.925,07	10.891
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			241.557.677,00		240.742
b) Steuerrückstellungen			3.695.942,00		3.324
c) andere Rückstellungen			<u>32.360.955,19</u>		29.298
				277.614.574,19	273.364
8. Sonderposten mit Rücklageanteil				<u>—,—</u>	—
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				148.664.990,74	169.708
10. Genusssrechtskapital				147.225.837,62	147.226
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	10.225.837,62				—
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) gezeichnetes Kapital		370.000.000,00			370.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter		<u>53.000.000,00</u>	423.000.000,00		53.000
b) Kapitalrücklage			47.041.959,68		47.042
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		—,—			—
cb) Rücklage für eigene Anteile		—,—			—
cc) satzungsmäßige Rücklagen		—,—			—
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>44.393.693,03</u>	44.393.693,03		29.835
d) Bilanzgewinn			<u>10.499.515,56</u>		15.114
				524.935.168,27	514.991
Summe der Passiva				11.282.285.099,84	10.970.044
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			—,—		—
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			434.328.540,31		373.336
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			<u>—,—</u>		—
				434.328.540,31	373.336
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			—,—		—
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			—,—		—
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>401.227.750,52</u>		218.802
				401.227.750,52	218.802

**GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG FÜR DIE ZEIT
VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2007**

	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		460.471.397,57			428.712
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>30.270.860,97</u>	490.742.258,54		15.914
2. Zinsaufwendungen			<u>343.902.411,22</u>		295.517
				+ 146.839.847,32	+ 149.109
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			47.965.943,31		59.572
b) Beteiligungen			4.050.687,11		4.126
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>6.382.647,28</u>		2.425
				58.399.277,70	66.123
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				3.110.639,96	5.757
5. Provisionserträge			64.672.960,59		61.610
6. Provisionsaufwendungen			<u>5.579.930,08</u>		5.847
				+ 59.093.030,51	+ 55.763
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand aus Finanzgeschäften				+ 3.641.391,85	+ 1.334
8. Sonstige betriebliche Erträge				24.350.123,48	25.743
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil				--	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		75.845.952,52			76.842
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	18.305.930,37	<u>30.558.190,56</u>	106.404.143,08		42.451 29.332
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>94.760.203,59</u>		83.970
				201.164.346,67	203.263
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				10.918.725,42	11.116
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				5.952.369,80	8.452
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			37.841.999,01		68.215
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			--	- 37.841.999,01	- 68.215
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			27.472.446,65		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			--	- 27.472.446,65	2.115
				757.104,08	402
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				--	--
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil				--	--
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				+ 11.327.319,19	+ 14.496
20. Außerordentliche Erträge				--	--
21. Außerordentliche Aufwendungen				--	--
22. Außerordentliches Ergebnis				--	--
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			279.953,30		-1.176
24. Sonstige Steuern			<u>547.850,33</u>		558
				827.803,63	- 618
25. Jahresüberschuss				10.499.515,56	15.114
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				--	--
27. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				--	--
28. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			--		--
b) aus der Rücklage für eigene Aktien			--		--
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			--		--
d) aus anderen Gewinnrücklagen			<u>--</u>	--	--
29. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			--		--
b) in die Rücklage für eigene Aktien			--		--
c) in satzungsmäßige Rücklagen			--		--
d) in andere Gewinnrücklagen			<u>--</u>	--	--
30. Bilanzgewinn				10.499.515,56	15.114

ANHANG

I. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Unseren Jahresabschluss haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und unserer Satzung aufgestellt. Auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses gemäß § 340 i HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB wurde verzichtet, da die Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowohl einzeln als auch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Fristengliederung erfolgt nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV für bestimmte Posten und Unterposten der Bilanz im Anhang. Auf die Aufteilung der anteiligen Zinsen auf die verschiedenen Restlaufzeiten wurde gemäß Wahlrecht in § 11 RechKredV verzichtet.

— FORDERUNGEN AN KUNDEN UND KREDITINSTITUTE

Die Bilanzierung erfolgte zum Nennwert. Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet. Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

— WERTPAPIERE

Die Wertpapiere des Anlagevermögens, die nach eingehender Prüfung der Sparkasse, nicht der dauernden Wertminderung unterliegen, wurden erstmals gemäß gesetzlichem Wahlrecht teilweise nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Dieses gilt für Wertpapiere, deren Marktwert zum Abschlussstichtag unter dem Buchwert lag und deren Rückzahlung zum Nennwert vereinbart ist. Alle weiteren Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

— ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bzw., wenn besondere Umstände vorlagen, zu niedrigeren Werten angesetzt. Das Wertaufholungsgebot wurde dabei berücksichtigt.

— SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

Diese wurden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten, bei abnutzbaren Vermögensgegenständen vermindert um lineare bzw. degressive Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Vermögensgegenstände wurden aus Vereinfachungsgründen im Jahre des Zugangs voll abgeschrieben.

— SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden Wertminderungen bzw. erkennbare Risiken durch entsprechende Bewertungsabschläge berücksichtigt.

— VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Etwaige Disagien wurden aktiviert und Agien passiviert. Sie wurden entsprechend der Laufzeiten abgegrenzt.

— RÜCKSTELLUNGEN

Allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verpflichtungen wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung getragen.

Die Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach aktualisierten Grundlagen (Heubeck-Richttafeln 2005 G) und versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem steuerrechtlich zulässigen Zinssatz ermittelt.

Der aus dem Übergang auf die neuen Richttafeln resultierende Auflösungsbetrag wird sowohl handels- als auch steuerrechtlich gleichmäßig auf drei Jahre verteilt, beginnend mit dem Jahr 2005. Insgesamt ergibt sich in diesem Jahr ein Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen.

— WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Umrechnung der auf Fremdwährung lautenden Aktiv- und Passivposten sowie der schwebenden Geschäfte erfolgte mit den Referenzkursen der EZB bzw. Terminkursen zum Jahresende.

Die bei Umrechnung von einfach gedeckten Geschäften ermittelten positiven Umrechnungsdifferenzen wurden als Erträge in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigt, soweit sie einen nur vorübergehend wirksamen Aufwand aus den zur Deckung dienenden Geschäften ausgleichen. Verbleibende Bewertungsgewinne wurden nicht vereinnahmt.

Eine Bewertung nach der »besonderen Deckung« wurde nicht in Anspruch genommen.

Fremdwährungsoptionen, die dieselbe Währung betreffen, wurden von der Sparkasse im Rahmen von Handelsaktivitäten und der Risikosteuerung zusammengefasst. Bewertungsgewinne wurden bis zur Höhe der ihnen gegenüberstehenden Bewertungsverluste erfolgswirksam verrechnet. Dabei wurde der beizulegende Wert anhand eines Optionspreismodells berechnet. Verbleibende Gewinne wurden nicht vereinnahmt. Die Bewertung erfolgt nach den Vorschriften des § 340 h HGB und in Übereinstimmung mit dem Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer.

— DERIVATE

Derivative Finanzinstrumente (Optionen und Termingeschäfte) wurden nach den Grundsätzen des Imparitätsprinzips und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet. Zinsswaps wurden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Aus diesem Grund wurde insoweit keine Bewertung vorgenommen. Schwebende Devisentermingeschäfte, schwebende Devisenoptionsgeschäfte und Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurden nach der Stellungnahme BFA 2/1995 bilanziert. Strukturierte Produkte wurden nach IDW RH BFA 1.003 und IDW RS BFA 1 behandelt.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ (SOWEIT NICHT ANDERS ANGEGEBEN, WERTE IN TAUSEND €)

— AKTIVSEITE

zu 3. Forderungen an Kreditinstitute

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute – Unterposten b) – beinhalten Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	538.257
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	905.157
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	245.871
– mehr als fünf Jahre	165

Im Posten 3 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 1.986)	1.049
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 44.156)	173
– Forderungen an die eigene Girozentrale	70.530
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: –)	–

zu 4. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden beinhalten Forderungen

– mit unbestimmter Laufzeit	329.191
-----------------------------	---------

sowie Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	922.870
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	439.182
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.005.500
– mehr als fünf Jahre	3.612.237

Im Posten 4 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 35.123)	35.953
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 393.797)	376.385
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: 32.561)	31.608
– darunter an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 1.526)	1.608
– darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 1.034)	–

zu 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im folgenden Jahr fällig

232.821

Im Posten 5 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	725.391
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	28.232
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 413.828)	737.496
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –)	562.343
– Zeitwert dieser Wertpapiere (festverzinsliche Wertpapiere)	556.034
– eigene Schuldverschreibungen (5 c) mit Nachrangabrede (Vorjahr: 737)	328

zu 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Im Posten 6 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	5.000
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	5.682
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 1.236.884)	578.702
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –)	–
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –)	–
– Spezialfondsanteile	568.560

Die Anteilscheine der Spezialfonds sind nach § 92 InvG nur mit Zustimmung der Kapitalanlagegesellschaft übertragbar. Die Gesellschaften schütten grundsätzlich die per Fondsgeschäftsjahresende für Rechnung der Sondervermögen angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen und Dividenden aus, wobei Zwischenausüttungen vorgenommen werden. Die zur Ausschüttung verfügbaren realisierten Kursgewinne per Fondsgeschäftsjahresende werden von den Gesellschaften überwiegend thesauriert.

zu 7. Beteiligungen

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	23
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	–

zu 8. Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Posten 8 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

zu 9. Treuhandvermögen

Bei den Treuhandvermögen handelt es sich um:

– Forderungen an Kunden	18.843
– Sonstige Vermögensgegenstände	875

zu 11. und 12. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:

	immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
Anschaffungskosten am Jahresanfang	30.769	263.160
Zugänge	2.596	3.078
Abgänge	1.174	2.520
<u>kumulierte Abschreibungen</u>	<u>23.889</u>	<u>151.700</u>
Bilanzwerte am Jahresende	8.302	112.018
Abschreibungen im Geschäftsjahr	2.143	8.776

Im Posten 12 Sachanlagen sind enthalten:

– im Rahmen der Sparkassentätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	67.486
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.178

zu 13. Sonstige Vermögensgegenstände

Im Posten 13 sind enthalten:

– Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens (Vorjahr: 77)	79
--	----

Bemerkenswerte Einzelposten:

– Steuererstattungsansprüche	10.551
– Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	9.932
– nachrangige Vermögensgegenstände (Stille Beteiligungen)	10.000

zu 14. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 14 sind enthalten:

– Disagien aus Verbindlichkeiten (Vorjahr: 1.229)	1.123
– Agien aus Forderungen (Vorjahr: 4)	–

– PASSIVSEITE

zu 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	129.365
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	488.496
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.374.251
– mehr als fünf Jahre	815.760

Im Posten 1 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 307)	7.396
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 37.487)	6.342
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	40.874

Für in diesem Posten enthaltene Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände von 713,9 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – Unterposten a) ab) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	236.307
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	483.075
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	114.118
– mehr als fünf Jahre	3.164

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) bb) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	420.023
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	60.618
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	172.647
– mehr als fünf Jahre	374.097

Im Posten 2 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 40.429)	44.341
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 40.021)	63.307

zu 3. Verbriefte Verbindlichkeiten

Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im folgenden Jahr fällig 57.514

Im Posten 3 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 1.010)	332
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 15.815)	15.815

zu 4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:

– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.701
– Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.017

zu 5. Sonstige Verbindlichkeiten

Bemerkenswerte Einzelposten:

– von unseren Kunden einbehaltene Zinsabschlagsteuer	21.195
– Rückzahlungsverpflichtungen aus geschlossenen Immobilienfonds	4.305
– Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.864

Für in diesem Posten enthaltene Margin-Verpflichtungen aus EUREX-Geschäften sind Wertpapiere über 5,0 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 6. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 6 sind Agien und Disagien aus Forderungen
enthalten (Vorjahr: 10.546): 7.863

zu 9. Nachrangige Verbindlichkeiten

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 254) –
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein
Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 668) 668

Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind
in 2007 Zinsaufwendungen in folgender Höhe angefallen: 7.742

Der Bestand betrifft auf Deutsche Mark und Euro lautende Inhaber- und
Namenschuldverschreibungen mit fester Verzinsung und Fälligkeiten von
2008 bis 2019. Eine vorzeitige Rückzahlung sowie eine Umwandlung in
Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vorgesehen.

zu 10. Genussrechtskapital

Der Bestand betrifft 15 Namensgenussscheine. Im Geschäftsjahr 2007 wurden
keine neuen Namensgenussscheine ausgegeben.

zu 11. Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 370,0 Mio. € und teilt sich auf 370.000 nennwert-
lose Stückaktien auf. Die Aktien werden vollständig von der Finanzholding
der Sparkasse in Bremen gehalten. Zum gezeichneten Kapital gehören eine
Stille Einlage in Höhe von 13,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 3 Jahren
und eine Stille Einlage in Höhe von 40,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von
9 Jahren.

Gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 23. 05. 2007 wurden 14,6 Mio. €
aus dem Bilanzgewinn des Jahres 2006 in die anderen Gewinnrücklagen
eingestellt.

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, vom Bilanzgewinn 2007
von insgesamt 10,5 Mio. € 10,1 Mio. € den Gewinnrücklagen zuzuführen
und 0,4 Mio. € an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen auszu-
schütten.

zu Eventualverbindlichkeiten (Nr. 1 unter dem Strich)

In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungs-
verträgen sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 42) 42
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein
Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 3.166) 1.833

III. SONSTIGE ANGABEN ZUR BILANZ

—FREMDWÄHRUNGSAKTIVA UND -PASSIVA

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, beläuft sich umgerechnet auf 166,1 Mio. € respektive 156,4 Mio. €.

—ECHTE PENSIONS GESCHÄFTE

Zum Abschlussstichtag waren keine Vermögensgegenstände in Pension gegeben.

—SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Lizenz- und Wartungsverträgen von derzeit p. a. 9,2 Mio. €.

Im Beteiligungsbereich bestehen nicht passivierte Einzahlungs- bzw. Nachschussverpflichtungen von derzeit 19,6 Mio. €. Aus der aufgrund nicht mehr mehrheitlicher Beteiligung am Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG, Bremen, am 06.04.2000 widerrufenen Erklärung gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e. V., Köln, ist die Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, verpflichtet, diesen von Verlusten aus bis dahin angelegten Maßnahmen gemäß § 2 Abs. 2 des Statuts des Einlagensicherungsfonds freizustellen.

Gemäß besonderen Erklärungen sind die von der Sparkasse für fünf Objektfinanzierungen bei Grundstückskommanditgesellschaften eingesetzten Komplementäre aus der persönlichen Haftung für Verbindlichkeiten dieser gegenüber der Sparkasse freizustellen.

Im Zusammenhang mit der Auslagerung von Tätigkeiten hat sich die Sparkasse für einen befristeten Zeitraum verpflichtet, einigen Tochtergesellschaften zu ermöglichen, etwaige Ausgleichzahlungen im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen, wie sie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen wären. Dieses gilt solange, wie die Sparkasse Mehrheitsgesellschafterin der jeweiligen Tochtergesellschaft ist.

—ANHANGANGABEN GEMÄSS

§ 160 ABS. 1 NR. 8 AKTG

Nachfolgende Bekanntmachung wurde der AG mitgeteilt: »Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Am Brill 1–3 in 28195 Bremen, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihr 100 % der Aktien an unserer Gesellschaft gehören.«

TERMINGESCHÄFTE

Der wesentliche Teil der am Abschlussstichtag bestehenden zinsbezogenen Geschäfte (Zinsswaps) wurde zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich überwiegend um Handelsgeschäfte mit Kunden, die nahezu vollständig kursgesichert wurden. Daneben bestanden im Rahmen einer strukturierten Anleihe Kündigungsrechte des Emittenten.

Restlaufzeit	bis 1 Jahr Mio. €	über 1 Jahr bis 5 Jahre Mio. €	über 5 Jahre Mio. €	Gesamt Mio. €	Zeitwerte Mio. €	Buchwerte Mio. €	Bilanz- posten
Zinsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	1.022,3	1.232,4	1.161,4	3.416,1	-4,8	1,8 / 1,8	A13 / P5
Börsengeschäfte	-	-	-	-	-	-	-
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	615,3	24,9	-	640,2	-0,7	0,7 / 0,8	A13 / P5
Börsengeschäfte	-	-	-	-	-	-	-
Geschäfte mit sonstigen Risiken							
OTC-Produkte	-	25,4	-	25,4	0	-	-
Börsengeschäfte	-	-	4,4	4,4	4,2	4,3	A5
Gesamt				4.086,1			

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

Zinsswaps

Der Zeitwert ergibt sich aus der Saldierung der mit Hilfe der Zerobond-Renditen berechneten Barwerte der cash-flows der beiden Swapseiten. Die cash-flows der variablen Seite werden mittels impliziter Forward Rates berechnet.

Caps / Floors

Mit Hilfe des modifizierten Black-Modells wird der Zeitwert als Summe der mit den Zerobond-Renditen abgezinsten theoretischen Preise jedes einzelnen Caplets auf den Bewertungszeitpunkt berechnet.

Devisentermingeschäfte

Der Zeitwert ergibt sich aus dem aktuellen Terminkurs (Kassakurs zum Bilanzstichtag +/- Swapsatz für die Restlaufzeit per Bilanzstichtag).

Devisenoptionen

Der Zeitwert wird nach dem Garmann-Kohlhagen-Modell berechnet.

zu 1.a) Zinserträge

In diesem Posten sind mit rd. 5 % periodenfremde Erträge enthalten, die im Wesentlichen aus Steuerungsmaßnahmen des Zinsbuches resultieren.

zu 5. Provisionserträge

Im Rahmen unseres Allfinanz-Angebotes haben wir aus gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen für die Vermittlung von Lebens- und Sachversicherungen, Bausparprodukten und Investmentfonds-Anteilen Provisionserträge erhalten.

zu 8. Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind u. a. 10,3 Mio. € Verwaltungskostenerstattungen durch Tochterunternehmen, 2,9 Mio. € ordentliche Grundstücks- und Gebäudeerträge und 2,1 Mio. € andere Gebühren aus dem Darlehensgeschäft enthalten.

V. SONSTIGE ANGABEN

ANTEILSBESITZ			
Anteilsbesitz ab mind. 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist.	Anteil am Kapital Ende 2007 in %	Eigenkapital 2006 in T€	Ergebnis 2006 in T€³
Name und Sitz der Gesellschaft			
nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	71.500 ²	0 ¹
BREBAU GmbH, Bremen	48,8	57.455	3.186
Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG, Bremen	49,0	13.442	660
nwb nordwest Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	15.019 ²	4.657 ²
nwu nordwest Unternehmensbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	7.000 ²	0 ¹
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0	5.210	360
nwi nordwest international Servicegesellschaft mbH, Bremen	100,0	1.000 ²	0 ¹
nwd nordwest-data Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	385 ²	0 ¹
nwm nordwest-media Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	100 ²	0 ¹
KV Kapitalbeteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
S-Consult Hanseatische Unternehmensberatung-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
Bremer Schoss Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Bremen	100,0	42 ²	0 ¹
nws nordwest-service & catering Gesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	25 ²	0 ¹
Anmerkungen:			
¹ Mit diesen Gesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge			
² Eigenkapital und Ergebnis 2007			
³ Ausgewiesener Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag der betreffenden Unternehmung			
Beteiligungen der Sparkasse Bremen AG an großen Kapitalgesellschaften sowie an Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen, die fünf vom Hundert der Stimmrechte überschreiten.	Anteil am Kapital in %		
Name und Sitz der Gesellschaft			
Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG, Bremen	49,0		
BREBAU GmbH, Bremen	48,8		
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0		
Bürgschaftsbank Bremen GmbH, Bremen	11,1		
Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	11,0		
neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	6,1		
Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, ist zu 100 % ein Tochterunternehmen der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, stellt einen Konzernabschluss auf, in den Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, einbezogen wird.			

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder,
Vorsitzender
Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler,
stv. Vorsitzender
Dipl.-Kfm. Holger U. Birkigt
Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann

Alexander Künzel
Otto Lamotte
Heiko Oerter
Hans-Joachim Schur
Volker Stange

Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Geschäftsführender Gesellschafter der HASECO ZÖGER GmbH & Co. KG

Geschäftsführender Gesellschafter der BIRKIGT INT'L CONSULTING & Media GmbH
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Die den Aufsichtsratsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum
Bilanzstichtag mit 1,5 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2007 für
Ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat und in den Ausschüssen des Aufsichtsrates
0,2 Mio. € vergütet.

VORSTAND

Jürgen Oltmann
Dr. rer. nat. Tim Nesemann
Klaus Schöniger
Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Vorsitzender des Vorstandes
stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes (ab 07.12.2007)

Die den Vorstandsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum Bilanzstichtag mit 1,6 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Vorstandes wurden 1,9 Mio. € vergütet, davon 1,4 Mio. € fixe Bezüge und 0,5 Mio. € variable Bezüge.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene wurden 0,9 Mio. € gezahlt; für diesen Personenkreis bestehen Pensionsrückstellungen von 10,0 Mio. €.

MANDATE

In gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften beziehungsweise in Aufsichtsgremien von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen nahmen folgende gesetzliche Vertreter oder andere Mitarbeiter der Sparkasse Mandate wahr:

— JÜRGEN OLTMANN

BREBAU GmbH
BREMER LAGERHAUS GESELLSCHAFT
-Aktiengesellschaft von 1877-
DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche
Factoring GmbH & Co.
Freie Internationale Sparkasse S.A.
neue leben Holding AG
neue leben Pensionskasse AG
neue leben Pensionsverwaltung AG
NRS Norddeutsche Retail-Service AG

AR, stv. Vorsitzender
AR
AR, stv. Vorsitzender (ab 01.01.2007)
VR, Vorsitzender
AR
AR
AR
AR, stv. Vorsitzender (bis 30.06.2007)
AR (ab 01.07.2007)

— DR. TIM NESEMANN		
Bürgschaftsbank Bremen GmbH	VR, stv. Vorsitzender	(bis 23.05.2007)
GEWOBA Aktiengesellschaft		
Wohnen und Bauen	AR	
Wincor Nixdorf Portavis GmbH	AR	(ab 08.01.2007)
— KLAUS SCHÖNIGER		
Freie Internationale Sparkasse S.A.	VR	
LBS Landesbausparkasse Bremen AG	AR, stv. Vorsitzender	
Öffentliche Versicherung Bremen	AR, stv. Mitglied	
S Broker AG & Co. KG	AR	
— DR. HEIKO STAROßOM		
LBS Landesbausparkasse Bremen AG	AR	(bis 27.03.2007)
nordwest-leasing GmbH	AR	
Öffentliche Versicherung Bremen	AR	
— RALF PASLACK		
ErSol Solar Energy AG	AR	
— HORST BRÜNING		
LBS Landesbausparkasse Bremen AG	AR	(ab 28.03.2007)
MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER		
Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:		
Vollzeitkräfte	1.040	¹
Teilzeit- und Ultimokräfte	455	¹
	1.495	
Auszubildende	71	
Insgesamt	1.566	
¹ davon gewerbliche		
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter		
– Vollzeitkräfte	3	
– Teilzeit- und Ultimokräfte	75	

Bremen, 13. Februar 2008

Die Sparkasse Bremen AG
Der Vorstand

Oltmann

Dr. Nesemann

Schöniger

Dr. Staroßom

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 9. April 2008

Prüfungsstelle des

**HANSEATISCHEN SPARKASSEN-
UND GIROVERBANDES**

Bolte
Wirtschaftsprüfer

8 Unterschriftenseite

Bremen, den 29. August 2008

Die Sparkasse Bremen AG



Dr. Johannes Künzle



Christian Kist